

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Polen und Rumäniengebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 2. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollständigste: Berlin 27 538 - Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diakonal-Geldkass., Depositenkassa Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 20 Pfennig. Rückseite 15.- Reichsmark. „Achtzehn Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (zweiwöchige zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengewebe das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Sozialdemokratie lehnt ab.

Heute dritte Lesung der Fürstenvorlage. — Die Sozialdemokratie sagt nein, sie fordert Sperrgesetz und Auflösung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestern abend nach der Plenarsitzung abgehaltenen Fraktionsitzung mit 73 gegen 38 Stimmen beschlossen, in der dritten Beratung über das Gesetz über die Auseinanderziehung mit den vormalig regierenden Fürstenthümern mit Nein zu stimmen, also die Vorlage abzulehnen.

Genosse Wells wird am Freitag bei der dritten Beratung des Gesetzes den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründen und die Auflösung des Reichstags sowie die Verabschiedung des Sperrgesetzes fordern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird heute die Fürstenvorlage ablehnen. Sie hat ihr Votum gegenüber dem Kompromißentwurf der Regierungsparteien gefällt. Es lautet: ungenügend, unannehmbar.

Damit ist das Schicksal der Fürstenvorlage besiegelt. Der Kampf gegen die Fürstenvorlage ist nicht zu einem das Rechtsgefühl des Volkes befriedigenden Ende gekommen. Er bleibt im akuten Stadium. In den 14 1/2 Millionen, die beim Volksentscheid über die Fürstenteilung mit Ja gestimmt haben, bleibt die Bitterkeit befehligen Rechtsgefühls.

Nach dem Ergebnis des Volksentscheids war der Weg der parlamentarischen Verhandlungen gewiesen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist diesen Weg gegangen. Sie hat den Versuch unternommen, durch ihre Mitarbeit an der Fürstenvorlage im Rechtsausschuß den Willen der 14 1/2 Millionen zur Geltung zu bringen. Sie hat Verbesserungsvorschläge gestellt. Sie hat die letzten Möglichkeiten parlamentarischer Verhandlungen bis zur letzten Minute ausgeschöpft. Ein Erfolg dieser Arbeit hätte vorausgesetzt, daß die bürgerlichen Parteien Verständnis dafür gezeigt hätten, daß der Reichstag an dem ausgesprochenen Willen von 15 Millionen Staatsbürgern vorbeizugehen kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist nicht auf dieses Verständnis gestoßen.

Das Ergebnis der Beratungen im Rechtsausschuß war: abgelehnt der sozialdemokratische Antrag, die Richter des Sondergerichts durch den Reichstag wählen zu lassen. Abgelehnt der sozialdemokratische Antrag, das Fürstengericht auf Antrag eines Teiles tätig werden zu lassen. Abgelehnt der sozialdemokratische Antrag, dem Befehl rückwirkende Kraft zu geben. Abgelehnt der sozialdemokratische Antrag, bei der Trennung von Fürstenthümern und Staatseigentum dem Volke günstigere Grenzen zu ziehen. Abgelehnt der sozialdemokratische Antrag, Aufwertungen der früher stattgefundenen Art bis zu 1450 Proz. unbedingt auszuschießen. Angenommen von wesentlichen Anträgen lediglich nur der Antrag auf entschädigungslosen Wegfall der Zinnsüßen, Kronbeitrittskommisrenten und Kronlotterienrenten.

Die zweite Lesung der Vorlage im Plenum des Reichstags hat das Ergebnis der Beratungen im Rechtsausschuß nicht verändert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stand vor der Tatsache, daß die Regierungsparteien nicht geneigt waren, dem ausgesprochenen Willen der 14 1/2 Millionen wesentliche Zugeständnisse zu machen.

Es war klar, daß ein für die Sozialdemokratie annehmbares Gesetz Zugeständnisse von beiden Seiten erforderlich hätte. Die Regierungsparteien aber forderten eine einseitige Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu ihrem Entwurf. Sie haben den Willen der 14 1/2 Millionen vollständig mißachtet. Hinter der mangelnden Geneigtheit der Regierungsparteien, dem Willen der 14 1/2 Millionen entgegenzukommen, steht ein anderes: der Versuch einer Machtprobe gegenüber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Fürstenvorlage, der Versuch, die parlamentarische Konstellation auszuspielen gegen den Willen der Hälfte der Wähler, denen dieser Reichstag in seiner Gesamtheit sein Mandat verdankt. Dieser Reichstag hat eine Demonstration des Volkswillens erfahren, die ihm die Grenzen seines Mandats zeigt, stärker als es bei anderen Wahlsystemen nachwahlen vermöchte. Es ist trotzdem nicht möglich, in diesem Reichstag eine Mehrheit zu finden, die die Folgerung aus der Demonstration des Volkswillens zieht.

Dieser Reichstag wird — vielleicht noch in diesen Tagen — mit Sicherheit aber im Herbst entscheidende und schwerwiegende Beschlüsse in der Fallfrage zu fassen haben, die für die deutsche Wirtschaft wie für die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse von einschneidender Bedeutung sein können.

Hätte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der gewollten Machtprobe in der Fürstenvorlage dem Willen der Regierungsparteien gefügt, der in der Ablehnung der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge zum Ausdruck kam, so hätte sie für die kommenden Zollverhandlungen den Anhängern höherer Lebensmittelzölle bei den bürgerlichen Parteien von vornherein mehr als einen Vorsprung gegeben. Das Ja zu einem schlechten, den Willen der 14 1/2 Millionen mißachtenden Kompromiß hätte die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien auf ein Ja zu einem schlechten Kompromiß in der Zollfrage gehoben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein Man-

dat von ihren Wählern, ein Mandat von den Millionen, die beim Volksentscheid ihren Willen kundgetan haben. Sie hat im Interesse des ganzen Volkes versucht, die Fürstenvorlage zu verbessern. Das Scheitern dieses Versuches, die Mißachtung des Willens eines so großen Teils des Volkes durch die Regierungsparteien des Reichstages hat sie zu dem Nein geführt. Wenn die Regierungsparteien des Reichstages den Willen der 15 Millionen mißachteten, wenn in diesem Reichstag nicht die Bildung einer Mehrheit möglich ist, die einen gerechten Ausgleich mit dem Willen dieser Millionen sucht, wenn die Mehrheit des Parlaments in einem scharfen Gegensatz zum Volkswillen steht — dann darf

Abrüstung und Gaskrieg.

Ein Vortrag Prof. Dr. Habers.

Im Saal der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt gestern nachmittags die deutsche Abteilung der Interparlamentarischen Union eine Sitzung, die sich mit dem Thema der Gasabrüstung beschäftigte. Vortragender war Geheimrat Professor Dr. Haber, die erste Autorität Deutschlands und wahrscheinlich der Welt auf diesem Gebiet.

Es wäre, so begann Professor Haber, ein sehr großes Glück, wenn die Völker Europas endlich einsehen würden, daß der Krieg für sie keine profitable Angelegenheit ist. Ich will nicht von Marokko und China sprechen, die Kriege, die dort geführt werden, sehen sich freilich von ferne gemüthlicher an als von der Nähe. Es wäre aber schon ein ganz ungeheurer Fortschritt, wenn nur die Völker Europas lernen, untereinander Frieden zu halten. Während des Weltkrieges bekämpfte man zunächst noch den Soldaten, allmählich kam aber der Gedanke auf, daß jeder ein mittelbarer Soldat ist, der im Hinterland Munition erzeugt. Das Flugzeug, das in einer nicht ferneren Zukunft die Luft so beherrschen wird, wie das Auto jetzt schon die Straßen, macht jeden im Hinterland zum Objekt des Angriffs. Auch die Frauen und Kinder.

Eine besondere Rolle in der Phantasie, die sich dem Zukunftskrieg zuwendet, spielt nun die Verwendung des Gases. Sie nimmt in allen Betrachtungen einen ungeheürlich weiten Raum ein, und insbesondere ist die Vorstellung ganz falsch, daß Deutschland auf diesem Gebiet einen besonderen Vorsprung besitze wegen der hohen Entwicklung seiner chemischen Industrie. Noch immer wird in einem Zukunftskrieg, den wir alle zu vermeiden wünschen, das Eisen der entscheidende sein, nicht aber das Gas. An Eisenerzen ist aber Deutschland durch den Verlust von Lothringen so gut wie völlig entblüht, und ohne diesen entscheidend wichtigen Rohstoff ist es nicht imstande, Krieg zu führen. Wenn ein Krieg ausbräche und über Berlin die Bomben abgeworfen werden würden, dann würden die Brilanzgeschosse eine unverhältnismäßig viel größere Zahl von Todesfällen verursachen als die Gasgeschosse.

Das Gas aber ruft eine unbeschreibliche Panik hervor und verursacht auf diese Weise einen Zustand, den keine geordnete Staats- und Kriegsführung ertragen kann.

Wenige Gramm einer Substanz aus meinem Laboratorium würden genügen, alle, die in diesem Saal sind, binnen 20 Minuten zu töten. Wird die Menge vermehrt, tritt die Wirkung viel rascher ein. Aber das beweist nichts für die Wirkung im Krieg, im Freien.

Die chemische Industrie Deutschlands ist gegen jede Tätigkeit auf diesem Gebiet. Sie hat sich durch ihre Funktion im Weltkrieg soviel hoch gezogen und soviel Konkurrenz großgezögert, daß sie keine Lust zur Wiederholung verspüren kann. Im Krieg hat es überhaupt wenig Gasstoffe gegeben. Aber die Verluste waren nicht entscheidend, sondern entscheidend war die Panik und die durch sie hervorgerufene Flucht. Wo es riecht, hört bei den meisten Menschen die Tapferkeit auf. Der Krieg hat uns an das Krachen von Geschützen gewöhnt, und wir haben demgegenüber eine gewisse Philosophie, die uns seit Jahrhunderten angewöhnt worden ist. Das Gas aber ist eine neue Sensation, den Menschen fremd, sie können seine Wirkung nicht abschätzen. Ein Gruch, der meine Mitarbeiter im Laboratorium nur dazu veranlassen würde, in aller Gemütsruhe die Fenster zu öffnen, ruft bei Laien, die einen Gasangriff vermuten, die ungeheuersten psychologischen Wirkungen hervor.

Daß man durch Gasgeschosse das organische Leben einer ganzen Großstadt vernichten kann, ist Phantasie. Man kann wohl große

Verluste verursachen durch konzentrierte Wirkung auf einen Fleck. Aber die konzentrierte Wirkung, ausgeübt von einer gleichen Menge von Brilanzgeschossen, würde überhaupt nichts übrig lassen. Dazu kommt die Wirkung der Witterungsverhältnisse. Wenn sich auch nur die Zweige im Winde bewegen, kann man mit dem Gas nach Hause gehen. Auch ein Regen genügt, um die Gaswirkung zum allergrößten Teil zu vernichten. Wohl sind in der Entwicklung der Gastechnik auch neuerdings Fortschritte gemacht worden. Aber sie bemessen sich nur noch nach Prozenten. Die entscheidende Entwicklung lag zwischen 1915 und 1918. Sie ist zu vergleichen der Entwicklung von der Postkutsche bis zum Schnellzug. Damit war das Wesentliche erreicht und die späteren Fortschritte wurden viel langsamer.

Um sie zu erproben, sind überall Übungsplätze geschaffen worden, bloß nicht in Deutschland, wo das verboten ist. Bloße Laboratoriumsversuche ohne Gastampfpflege sind für die Katz. Es fehlt die Möglichkeit, die Substanzen zu erproben. Im Krieg sind hunderte von Substanzen hergestellt worden, von denen höchstens ein Prozent sich als brauchbar erwies.

Damals ist nie mit Gas von Flugzeugen aus gearbeitet worden. Das war eine Grenze, die von beiden Seiten eingehalten wurde. Jetzt geht man über diese Grenze hinaus.

Einmal wurde während des Krieges vom Grafen Zeppelin der Vorschlag gemacht, von einem seiner Luftschiffe Gas auf Verdun abzuwerfen. Ich sprach darüber mit Falkenhayn, der aber winkte ab. Auch die Frage der Zweckmäßigkeit war zweifelhaft. Denn Luftschiffe treffen ja nie ganz richtig. Auch das Levisit war während des Krieges schon bekannt. Es hat aber den großen Nachteil, daß es Warnung gibt. Man spürt es schon lange, bevor es zu wirken beginnt, und man kann seine Gegenmaßnahmen treffen.

Wird der Gaskrieg verboten, so geschieht uns durchaus ein Gefallen, nicht nur aus selbstverständlichen Gründen der Menschlichkeit, sondern auch deshalb, weil uns die anderen auf diesem Gebiete durch ihre Vorbereitungen weit überlegen sind.

Aber die Soldaten lassen sich ihre Kampfmethoden nicht vorstreiben. Ihr durchschlagendes Argument gegenüber allen Parlamenten ist „das Gas in der Hand eines möglichen Feindes.“ Dagegen sagen sie, müsse man gewappnet sein. „Wir werden nicht die ersten sein“, versichern sie, „aber wenn die anderen anfangen, ...?“ — „Wer fängt nun an?“ Das hängt von den Frontberichten ab, die ja nicht bewußt liegenhaft zu sein brauchen. In Flandern zum Beispiel kam ein Bericht nach dem anderen, daß die Engländer mit Gas schossen. Ich ging hin, es sah so, aber von Gas war keine Rede. Vitriinsäure war als Explosivstoff verwendet worden und die Zeräubung, die bei fehlerhaften Geschossen entstand, rief den Eindruck des Gasangriffs hervor. Ähnliches kann sich auch in Zukunft wiederholen und auf diese Weise gleitet man in den Gaskrieg hinein.

Geheimnisse gibt es im Gaskrieg nicht. Auf internationalen Konferenzen der Sachverständigen nach dem Krieg hat sich herausgestellt, daß alle alles von allen wußten. Sie hatten alle während des Krieges an Blindgänger ihre Studien gemacht. Man kann eben vor dem anderen nicht geheimhalten, was man ihm zuschickt, sei es durch ein Postpaket, sei es durch eine Granate, die nicht explodiert.

Nicht der Gaskrieg an und für sich, sondern der Krieg überhaupt, der Zukunftskrieg mit seiner Massenwirkung von Flugzeugen auf das wehrlose Hinterland, der Zukunftskrieg der Frauen und Kinder nicht verschonen würde, ist das Ungeheure, das unfähig Unmenschliche, das mit allen Mitteln der Politik bekämpft zu werden verdient.

die Sozialdemokratie den Willen der 14 1/2 Millionen nicht schroff vor den Kopf stoßen. Sie darf es nicht um der Demokratie willen. Sie durfte nicht die Gefahr einer Vertrauenskrise der Demokratie heraufbeschwören.

Diese entscheidenden Gründe haben den Beschluß, die Fürstenvorlage abzulehnen, herbeigeführt. Sie unterscheiden sich wesentlich von den Argumenten, die die Kommunisten ins Feld führen. Wenn etwas ohne Einfluß auf die Entscheidung der Fraktion geblieben ist, so das Treiben der Kommunisten.

Das Rein der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem unzulänglichen Fürstenkompromiß ist der zweite Punkt, an dem die mit Recht erbitterten und in ihrem Rechtsgefühl beleidigten Massen im Chaos des Kampfes um die Fürstenvorlagen Halt finden.

Der Beschluß unserer Reichstagsfraktion ist das Ergebnis langer Beratungen, in denen Gründe und Gegengründe gegeneinander standen und abgewogen wurden. Er wurde mit 73 gegen 38 Stimmen gefaßt. Die Minderheit hat gewissenhaft die eigenen Gründe gegen die Gründe der Mehrheit gewogen. Sie hat die Gefahr erwogen, daß nach der Ablehnung der Fürstenvorlage der Regierung ein Vakuum entstehen kann, in dem einzelne Länder vor neuen Fürstenprozessen oder unangünstigen Vergleichen stehen können. Aus dieser Erwägung heraus hatte die preußische Landtagsfraktion, der Reichstagsfraktion die Annahme der Fürstenvorlage empfohlen. Sie fürchtete, daß beim Versagen der Reichstagsgesetzgebung Breußen einen Vergleich mit den Hohenzollern schließen müsse, der ungünstiger sei als die Regelung nach der Fürstenvorlage. Die Minderheit erwog, ob nicht der Fortgang des Kampfes um die Fürstenvorlagen zu einer Ablenkung des Volkes von den wichtigsten Fragen der Politik und Gesetzgebung — Zollfragen, Wirtschaftspolitik — mit sich bringen könne, ob nicht die Ablehnung zu einer Stärkung der Radikaltendenzen in den Mittelparteien beitragen werde. Das Interesse des Volkes und der Arbeiterschaft war so gut ihr Zielpunkt wie es der Zielpunkt der Mehrheit war.

Ueber alles ausschlaggebend war in der Fraktion jedoch der Gesichtspunkt: Regierung und Regierungsparteien haben eine Vertrauenskrise der parlamentarischen Demokratie heraufbeschworen. Die Sozialdemokratie jedoch muß diese Vertrauenskrise verhindern.

Die Regierung hat gestern gedroht, im Falle der Ablehnung das Sperrgesetz zurückzuziehen und damit den Fürstenvorstellungen freien Lauf zu lassen. Ein solcher Schritt wäre die Krönung der undemokratischen Haltung, die Regierung und Regierungsparteien bisher gezeigt haben. Um so lauter erhebt die Sozialdemokratie ihre Stimme für den Willen des Volkes.

Die Regierung wird heute keine Mehrheit für ihre Vorlage erhalten. Es gibt in diesem Reichstag keine Mehrheit mehr, die im Einklang wäre mit dem Willen des Volkes. Wäre die Regierung nicht entgegen den Grundsätzen der Demokratie und den Grundsätzen eines autoritären Systems weiterregieren, so gibt es für sie nur eine Konsequenz: Verabschiedung des Sperrgesetzes, Auflösung des Reichstags!

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde nach 10 Uhr abends gefaßt. Der Reichstag hatte sich schon ziemlich geleert. Am Anschluß an den Fraktionsbeschluß schwirrte sofort ein Schwarm von Gerüchten in der Luft. Die einen wollten wissen, daß das Zentrum nach der Ablehnung unbedingt die Auflösung des Reichstages verlange, und, wenn diesem Verlangen nicht nachgegeben würde, seine Minister aus der Regierung zurückziehen werde. Ohne das Zentrum sei eine andere Regierungsbildung nicht möglich; jede andere Regierung würde von Zentrum und Sozialdemokraten ein Misstrauensvotum erhalten, so daß die Auflösung des Reichstages unter allen Umständen erfolgen müsse. Andere wollten wissen, daß von einer derartigen Haltung

des Zentrums keine Rede sein könne; die Regierung werde sich darauf beschränken, formell zurückzutreten, und werde sich sofort wieder beauftragen lassen.

Das Reichsarbeitsministerium berichtigt.

Kein Abbau der Erwerbslosenunterstützung.

Wir erhalten vom Reichsarbeitsministerium folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in der Morgenausgabe vom 1. Juli 1926 unter der Ueberschrift „Abbau der Erwerbslosenunterstützung?“ mit der Begründung zu der Anordnung über die Höchstsätze, die das Reichsarbeitsministerium den Ausschüssen des Reichsrats vorgelegt hat. Der „Vorwärts“ legt dabei dieser Begründung eine Bedeutung bei, die ihr nicht zukommt. Es handelt sich nicht um die Begründung eines Gesetzes oder einer Verordnung, die veröffentlicht wird und damit für die Auslegung des Gesetzes oder der Verordnung eine Rolle spielt. Es handelt sich vielmehr nur um einen Schriftsatz, der den Ausschüssen des Reichsrats die Unterlagen für ihre Entscheidung zusammenstellt und der nur einem beschränkten Kreise bekannt wird. Ein solcher Schriftsatz konnte an der Frage der 75 Proz. nicht vorbeigehen, weil mit entsprechenden Anträgen im Reichsrat zu rechnen war. Der Hinweis sollte die Reichsratsausschüsse veranlassen, auf die Einführung dieser Beschränkung von Reich wegen zu verzichten, wie sie ursprünglich aus dem Kreise der Länder gefordert worden war. Tatsächlich haben die Reichsratsausschüsse sich dem Standpunkt der Reichsregierung und des Reichstags in dieser Frage angeschlossen. Damit ist der Zweck der Begründung erreicht worden und sie kommt für die weitere Behandlung des ganzen Fragenkreises nicht in Betracht.

Ich darf ergebenst bitten, vorstehende Ausführungen in Ihrem Blatt zu veröffentlichen.

Zu dieser Erklärung des Reichsarbeitsministeriums ist folgendes zu bemerken:

Es ist das Verdienst des „Vorwärts“, die gefährlichen Treibereien auf Abbau der Erwerbslosenunterstützung durch Begrenzung auf 75 Proz. des zuletzt bezogenen Arbeitslohns begünstigt zu haben. Damit ist erreicht worden, daß der Reichstag in letzter Stunde durch Annahme der sozialdemokratischen Entscheidung (siehe dazu den Bericht über die Reichstagsverhandlungen) mit allem Nachdruck alle solche Bestrebungen ablehnt. Im Gegensatz zu der Begründung des Reichsarbeitsministeriums sollen nach dem Willen des Reichstags also auch die Landesregierungen eine derartige Beschränkung nicht anordnen. Der Reichsarbeitsminister hat im Reichstag zugesagt, in einem neuen Rundschreiben an die Länder darauf hinzuweisen, daß eine Herabsetzung der Sätze nicht vorgenommen werden soll. Das ist ein voller Erfolg unserer Veröffentlichung.

Die Anleiheablösung.

Rehrbelastung für das Reich 60 bis 100 Millionen.

Im weiteren Verlauf der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt erstattete der Zentrumsabgeordnete Dr. Scheler Bericht über die Verhandlungen des Unterausschusses über die Fragen der Anleiheablösung. Nach Schätzungen des Reichsfinanzministeriums sind jetzt 40,3 Milliarden Mark Altbesitzanleihen des Reichs festgesetzt worden gegen 20 Milliarden, die von der Regierung ursprünglich geschätzt waren. Das Versehen wegen Zuerkennung der Auslöschungsbefreiung und Bewilligung von Vorzugsrenten sei noch sehr im Rückstand. Es wird bis zum Ende des Jahres noch nicht erledigt sein. Die Rehrbelastung, die für das Reich entsteht, weil die Zahl der Anleihebesitzer viel zu niedrig eingeschätzt worden war, wird 60 bis 100 Millionen Mark betragen. Die Länder und Gemeinden seien mit ihren Forderungen noch weiter im Rückstand als das Reich. Dr. Scheler teilte ferner mit, daß die kommunalen Sparkassen nicht imstande sein werden, ihre Sparkasseneinlagen aus ihren Mitteln mit 12 1/2 Proz. auszuwerten. Die Mittel, die den Sparkassen für die Aufwertung zur Verfügung stehen, reichen dazu bei weitem nicht aus. Die Garantien (Gemeinden und Gemeindeverbände) werden, damit diese 12 1/2 Proz. gezahlt werden können, im ganzen etwa 750 Millionen zuzuführen haben.

Im Unterausschuß war ein Antrag, nach dem die Regierung die nach vorhandenen Ueberbände des Rechnungsjahres 1925 (zirka 33 Millionen Mark) zur besonderen Anleiheablösung für solche Gläubiger verwenden sollte, bei denen wegen hohen Alters ein besonderes Bedürfnis zu rascher und weitherziger Hilfe besteht, mit allen Stimmen angenommen worden. Gegen diesen Antrag machte der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die schwersten Bedenken geltend. Er werde bei Annahme dieses Antrages den Etat nicht im Gleichgewicht halten können. Auf Grund dieser Ausführungen brachten die Regierungsparteien einen Kompromißantrag ein, in dem die Regierung ersucht wird, aus den Mitteln des Anleiheabsetzungsfonds, dessen Erhöhung durch die die Voranschläge überschreitende Höhe der Altbesitzanleihen erforderlich wird, einen ausreichenden Betrag zugunsten solcher Anleihegläubiger, bei denen wegen hohen Alters und dergleichen ein besonderes Bedürfnis zu rascher Hilfe besteht, durch Rückkauf ihrer Auslosungsrechte zu einem angemessenen Kurse zu verwenden.

Die entscheidenden Abstimmungen wurden auf Grund eines Beratungsantrages, und da die Beratungszeit des Ausschusses abgelaufen war, vertagt.

Keine Einigung in der Zollfrage.

Auch die Regierungsparteien unter sich uneins.

Die Verhandlungen über die Zollfragen, die zwischen den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten gestern im Reichstag stattfanden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie wurden daher um 8 Uhr abends abgebrochen und auf Freitag vertagt. Am Freitag tritt um 9 Uhr vormittags der handelspolitische Ausschuss zusammen, um sich mit diesen Fragen erneut zu beschäftigen. Nach der Ausschusssitzung werden die Besprechungen zwischen den Parteien wieder aufgenommen werden. Auch innerhalb der Regierungsparteien ist eine Verständigung über die Zölle noch nicht erreicht. Es bestehen noch kleine Differenzpunkte, die man aber auszugleichen hofft.

Kriegervereinsterror.

Ausschluß wegen Abstimmung beim Volksentscheid.

Der Vorstand des Kriegervereins Neuh (Saalkreis) richtete am 21. seiner Mitglieder, die sich an der Abstimmung zum Volksentscheid beteiligen, folgenden eingeschriebenen Brief:

„Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß Ihre Beteiligung an der Volksabstimmung in großem Gegensatz zu dem Zweck und den Bedingungen des Kriegervereins steht. Laut Beschluß des erweiterten Vorstandes des Kriegervereins Neuh-Deulanden sind Sie daher aus dem Verein ausgeschlossen.“

Der Vorsitzende des Kriegervereins war bei der Abstimmung Wahlvorkreiser. Er sah von früh bis abends unermüdetlich an der Urne.

Die Ausübung des Stimmrechts gehört zu den Staatsbürgerrechten. Indem der Kriegervereinsvorstand von Neuh die Betätigung dieses Rechts zum Anlaß von Ausschließungen nimmt, handelt er gegen den Sinn des Gesetzes. Hier liegt ein Fall vollendeten Terrors vor.

Bemerkenswert ist, daß Reichspräsident Hindenburg Ehrenvorsitzender des Spitzenverbandes der Kriegervereine, des Reichshäuserbundes, ist.

Der Völkerrundkommissar für Ungarn, Smith, hat während seiner ganzen Budapest Amtszeit auf das von Böklerbundrat für ihn festgesetzte Gehalt verzichtet. Er drückte den Wunsch aus, daß der gesamte Betrag zur Hebung des Budgetüberschusses des verarmten Landes verwendet würde. Nun wird auf der Technischen Hochschule eine Smith-Stiftung zur Unterstützung von Studenten errichtet, die die technischen Errungenschaften Amerikas studieren wollen.

Die Massenauswanderung aus Rumänisch-Bessarabien, die auch eine Folge des rumänischen Ehrenregiments ist, soll eine neue Verordnung einschränken, wonach es den Bauern, denen die Agrarreform Grund und Boden erhalten haben, untersagt ist, ihren Besitz zu veräußern.

Antigone und Ismene in Niebüll . . .

Es war eine Zeit, da gaben die Gymnasien ihre Schulprogramme ans Licht. Keine Schulreformprogramme, nein, — sondern Statistiken, Berichte über das Schuljahr. Als wichtigstes aber enthielt so ein Programm stets eine wissenschaftliche Abhandlung, und das waren oft tief durchdachte, schwer verdauliche und bedeutende Sachen.

Die staatliche Aufbauschule in Niebüll in Schleswig macht's sich leichter: mit staatlichem Gelde offenbar drückt sie ihre Statistik, ihren Bericht: bloß den Bericht — in klassischem Deutsch.

Die Doffenlichkeit, soweit sie Steuern zählt, hat ein Interesse daran, eine Anstalt kennenzulernen, die (mit unserem Gelde) Berichte druckt und die (von unserem Gelde) eine Lehrmittelausstattung erhielt, „wie sie gewiß nur wenige höhere Lehranstalten besitzen“ (schreibt der Direktor).

Sicher dient diese Schule der Gegenwart, dem Leben des heutigen Staates und den Aufgaben der kommenden Gesellschaft? Schon wir einmal, womit sich die jungen Leute beschäftigen haben! Wir finden da folgende Aufsätze:

- „Antigone und Ismene, zwei griechische Frauencharaktere nach Sophokles' Antigone.“
- „Welche Gedanken liegen einer Kriegererziehung zugrunde?“
- „Eine Charakteristik Keines nach Goethes Keines Fuhs.“
- „Das Bild einer deutschen Kleinstadt“ (nicht Niebülls, sondern: nach Hermann und Dorothy!)
- „Für die Knaben: Teilheims Charakter; für die Mädchen: Der Charakter Minnas.“
- „Unser Schulgebäude.“ (Für Obertertial)
- „Die Begebenheiten im Hause Walter Fürsts.“
- „Ein Tag aus dem Leben Friedrich Schillers.“
- „Odysseus und Nauflot“ (!)
- „Ein Sprichwort nach Wahl mit einer erläuternden Geschichte aus dem Lebenskreise des Schülers.“
- „Die Sünde des Jünglings, nach Schillers Laucher.“
- „Was mir an Siegfried gefällt.“
- „Die Reichspolitik (nicht etwa der Gegenwart, sondern:) der hohenstaufischen Kaiser.“ — usw.

Man fragt sich: Leben wir noch im Jahre 1888? Teil, Hermann, Homer — erbundene Vergangenheit! wir grüßen dich! —

Auch sonst bringt diese Veröffentlichung manches, was Ihre Unentbehrlichkeit erweist und zur Nachahmung auffordert: „Das neue Schulgebäude befindet sich mit allen seinen Einrichtungen im besten Zustande.“ (It's nicht für „Lachen links“?) „Auch wird für Abfluß des Regenwassers gesorgt werden.“ (Bravo!) „Im Winter betrug die Teilnahme an den Spielesamstagen 88,33 Proz.“ — „Großes Gewicht wurde auf das Bücherbinden gelegt.“ (Man sieht: gute Fachleute.)

„b) Name und Obliegenheiten des Oberstudienrats: Einen Oberstudienrat besitzt die Anstalt nicht.“ (Wink?)

Wie gefagt; 20 Seiten Großquart, mit unserem Geld, lieber

Leser! Und dabei sind fortgesetzt Ministerialkommissionen oben gewesen, Herr Boellh, Herr Kastner, Herr Jahnke. Man sieht, die Modernisierung unserer staatlichen höheren Schulen ist auf dem besten Wege. Es lebe die Schulreform! Es leben die Richtlinien! Hier werden Gegenwartsmenschen errogen, Bürger der Republik (die ihnen ihren Jahresbericht druckt).

Der größte Zeppelin der Welt für Amerika.

Es ist keine Frage, daß der Verkehr der Zukunft den starren Luftschiffen gehört, und unter ihnen wieder den Zeppelin, die sich als das beste System für große Fahrten bewährt haben. Wie sich heute bereits bei langstreckigen Reisen das Flugzeug eingebürgert hat, und die meisten zahlungsfähigen Fahrgäste lieber ein paar Stunden fliegen, als ebensolche Tage in der Eisenbahn durch die Länder reisen, so wird in wenigen Monaten auch der Amerikasfahrer es vorziehen, lieber einige Tage im Luftschiff zu verbringen, als ebensolche Wochen in Wasserfahrt. Diesen Erwartungen entsprechend sind auch die neuen Pläne der Luftschiffe, die augenblicklich teils in Deutschland, teils in Amerika vorbereitet oder erbaut werden. Nachdem die Beschränkungen für die deutsche Luftschiffahrt nicht mehr bestehen, ist ja auch, wie Dr. Gdener mittelte, Friedrichshafen dabei, ein gewaltiges Luftschiff zu bauen, bei dem ganz neue technische Fortschritte die Sicherheit erhöhen.

An der Spitze marschieren aber die Luftschiffwerke Akron der „Goodyear Zeppelin Co.“ in Amerika, deren Leiter Dr. Arnstein ist. Diese Werk hat soeben mit dem Bau eines „Zeppelin“ begonnen, der alle bisherigen Maße weit übertrifft und wirklich ein Riesenschiff des Luftmeeres werden soll. Die Größe dieses Luft-Dreadnoughts wird 200 000 Kubikmeter betragen. Damit sind die bisher geplanten größten Luftschiffe der Welt, nämlich die englischen, um 60 000 Kubikmeter übertroffen. Um allen Beanspruchungen der Stürme auf hoher See gewachsen zu sein, soll dieser Luftriesen sozial Rotorkräfte erhalten, daß das Gelingen der Fahrt nicht von der Kunst oder Ungunst der Winde abhängt sein darf. Dr. Arnstein hat für das neue Luftschiff 8 Motoren von je 600 PS ausersiehen, so daß das Schiff über 4800 Pferdeträfte verfügen wird, mit deren Hilfe es eine Stundenleistung von rund 180 Kilometern erzielt. Bei dieser Geschwindigkeit sind selbst die stärksten Gegenwinde machtlos. Um die Sicherheit des Baues zu fdrken, wird eine Stahlkehlkonstruktion verwendet, die das Luftschiff mit Gondeln und Sicherheitsstufen zu einem festen, einheitlichen Gefüge verbindet. Zugleich erhält das Luftschiff die Röhrenleistung, so viel Brennstoff mit sich zu fuhren, daß ein Aktionsradius von 10 000 Kilometern erzielt werden kann, obwohl er kaum gebraucht werden wird. Dieser Zeppelin wird ein „liegendes Haus“ oder ein „liegendes Hotel“ sein. Dementsprechend ist auch die Zahl der Fahrgäste auf 120 festgesetzt, die in 30 Schlafkabinen untergebracht werden sollen. Dieses Luftschiff soll nur der Anfang eines großartigen Planes sein, für dessen Durchführung zwei Jahre in Aussicht genommen sind.

Wie deutsche Fürsten deutsche Kunst schätzen. Das Metropolitan-Museum in New York hat eine Anbetung der Könige von dem alt-Ägyptischen Meister der heiligen Sippe erworben. Das Gemälde ist den Freunden der altdeutschen Malerei aus der Münchener Pinakothek bekannt, wo es jahrzehntlang gehangen hat. Es stammt aus der berühmten Sammlung Kofferer's, die im Jahre 1827 von König Ludwig I. erworben wurde. Bei dem Auseinandergehen der bayerischen Staatsschatze beanspruchte dieses bestimmte Werte der Kunste, und unter ihnen war die Anbetung der Könige vom Sippenmeister. Sie ist dann in den Kunsthandel gekommen und so nach New York verkauft worden.

Uso schäft und schirmt das bayerische Fürstengeschlecht deutschen Kunstbesitz, indem sie ihn ins Ausland verschahrt. Man sollte zum Gedächtnis dieser Treulosigkeit an der Stelle, an der dieses hervorragende Gemälde sich befand, eine Tafel des Inhalts anbringen: „Hier hing ein Vermächtnis deutscher Kunst, durch Generationen treu bewahrt. Das bayerische Königshaus entzog es der öffentlichen Bewunderung und verkaufte es ins Ausland.“

Ein künstliches Eisenbahnunglück. Anlässlich des dritten Kongresses für Rettungswesen und erste Hilfe bei Unglücksfällen, der vom 6. bis 11. September in Amsterdam tagt, wird in nächster Nähe der Stadt ein künstliches Eisenbahnunglück vorgeführt werden. Zu diesem Kongress haben bereits zahlreiche Regierungen ihre Beteiligung zugesagt. Mehr als 100 Vorträge von Sachverständigen aus allen Ländern der Erde sind bisher angefündigt, darunter zahlreiche Lichtbilder- und Filmporträge. Zwei große Demonstrationen sind in Verbindung mit dem Kongress vorgesehen, um den Wert der ersten Hilfe bei Unglücksfällen praktisch erproben zu können. Die erste Demonstration ist das schon erwähnte Eisenbahnunglück, während die zweite Demonstration einen Schiffbruch bei Rotterdam an der Küste von Hoel von Holland darstellen soll. Es wird bei diesen Demonstrationen sowohl ein Gruppenweitzstreit wie auch ein persönlicher Wettsstreit erfolgen.

Das älteste ägyptische Pferd. Das Museum von Kairo wird demnächst eine neue Sensationsmeldung erhalten, die bei den Grabungen an der Stufenpyramide von Sahara gefunden wurde. Man hat hier nämlich einen großen Kasten gefunden, in dem sich eine vorzüglich erhaltene Pferde mumie fand. Das Pferd, das über 1,60 Meter nicht, ist von dem Anatomen Prof. Douglas Perry präpariert worden und für die Ausstellung hergerichtet. Die Reste eines anderen Pferdes, die in der Nähe des ersten gefunden wurden, waren nicht mumifiziert und sind daher unvollständig. Nach dem Stil des Kastens, der Schrift, in der die Mumie gefunden wurde, und der Art der in der gleichen Schicht befindlichen anderen Fundgegenstände kann man das Datum der Beisehung dieses Pferdes um 1200 v. Chr. bestimmen. Soweit bisher bekannt war, wurde das Pferd zuerst von den Hyksoos-Königen in Ägypten eingeführt; es gibt viele Pferdebestattungen an den Denkmälern der 18. Dynastie. Die Bedeutung dieses Fundes liegt in der Tatsache, daß es das älteste Pferd ist, das bisher im alten Ägypten festgesetzt wurde, und die erste Pferdemumie, die gefunden wurde.

Eine Völkerausstellung wird in der Innsbrucker Stadthalle am 28. August gelegentlich der Tagung der neugegründeten Völkervereinigung eröffnet, in der alle Dokumente gezeigt werden sollen, die auf Leben, Werk und Wirkung des Dichters Völkens Bezug haben. Die Leitung hat Dr. Eduard Hehl, der Organisationsleiter des Eringerer Völkens-Hauses.

Ein internationaler Kongress für Bevölkerungswissenschaft wird auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und auf Beschluss des Internationalen Ausschusses im September 1927 in Berlin stattfinden.

Etatsberatung im Landtag.

Die Rechtsparteien klagen über Unterdrückung!

Der Landtag lehnte gestern die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung des Haushaltsplanes in der allgemeinen Besprechung ab.

Abg. Schmied-Oberhausen (Wirtsch. Bgg.): Man muß sich hinter den Ministerpräsidenten stellen, wenn er dafür sorgt, daß Preussens Rechte im Reich gewahrt werden. Die Regierung muß Auskunft darüber geben, ob es zutrifft, daß die vom Reich gewährten 20 Millionen, mit denen die Hausbesitzer im besetzten Gebiet für ihre Befahrungsschäden entschädigt werden sollten, zum größten Teil für andere Zwecke, wie Siedlungen usw., verwendet sind. Jeder Beamte hat die bestehende Staatsverfassung zu respektieren, aber in einer gut geleiteten Republik muß auch der monarchistisch denkende Bürger Schutz finden.

Abg. Dr. v. Brechler (völk.) gibt im Namen seiner politischen Freunde eine Erklärung ab, in der der Regierung schärfstes Mißtrauen ausgesprochen und der Etat abgelehnt wird.

Abg. Dr. Platenell (D. Sp.) bemängelt, daß die Regierung mit den vorhandenen Geldern Aktienpakete aufkauft habe. (Zuruf des Abg. Wulfke [Dem.]: Die Aktien, welche, Stumm haben nach dem Ankauf gerufen!) Mit der jetzigen Koalition könne überhaupt keine gesunde Wirtschaftspolitik getrieben werden. Die Art und Weise des Regierens im Landtage biete immer wieder das Bild ganz einseitiger Parteiwirtschaft. Die Republik gehe an ihrer Prätorianergarde zugrunde. Man könne sich nicht wundern, daß die Kreise, die im Gegensatz zur Regierung stehen, das stärkste Mißtrauen haben müßten.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Bleker (D.-Hannov.) schließt die allgemeine Besprechung, und das Haus beginnt im einzelnen die Aussprache zum

Etat des Innenministeriums.

Abg. Dr. Marechly (Dn.) stimmt das übliche Klagegedicht über die Vergewaltigung der Rechtsparteien an. Zeitlich sieht man schon das Zeichen der schwarzweißen Farbe in Versammlungen als Propaganda an. (Sehr richtig! und stürmische Zustimmung bei den Kommunisten.) Der roten Farbe gegenüber ist man nicht so empfindlich. Vielleicht kommt doch noch einmal der Tag, wo die Dinge anders aussehen. (Uhu! und stürmische Rundgebungen bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.) Das Stockverbot gegenüber den Verbänden ist eine Maßnahme zur Beherrschung der Rechtsorganisationen und zur Einschränkung der nationalen Bewegung. Müßten doch die bürgerlichen Parteien, die in der Regierung vertreten sind, einsicht, wie gefährlich es ist, das Ministerium des Innern in der Hand eines Sozialdemokraten zu belassen! (Zuruf des Abg. Kiesel: Sie halten wohl eine Kandidatenrede?) Die Entwicklung treibt einer proletarischen Revolution zu. (Zuruf rechts: Wir werden die Bude schon ausräumen! — Stürmische Gegenrundgebungen links.) Es ist kein Zweifel, daß auch die leitenden Männer der preussischen Regierung diese Pläne unterstützen. (Große Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Ebertlein (Komm.) empfiehlt die kommunistischen Anträge auf Entmilitarisierung der Schutzpolizei und Befreiung der Polizeibeamten.

Abg. v. Egnern (D. Sp.) beschwert sich darüber, daß der „Vorwärts“ beim Volksentscheid „seinen kommunistischen Freunden soweit entgegengekommen“ ist, daß er sogar zum Flagen der roten Fahnen neben den schwarzrotgoldenen aufgefordert hat. (Webendes Hör, hört! rechts. — Unruhe links.) Die Regierung hat positive gesetzerbehebliche Arbeit überhaupt nicht geleistet. Das beweist das Schicksal der Städteordnung, die man befristet gestellt hat. Solange die Regierung sich von parteipolitischen Augenblicksstimmungen leiten läßt, bleiben wir in der Opposition.

Staatssekretär Meißner:

Der gegen Ministerialdirektor Wegg erhobene Vorwurf, daß er das Schreiben eines Deutschnationalen an die Polizei nicht richtig wiedergegeben habe, trifft nicht zu. Es ist ein Schreiben eines deutschnationalen Stadtverordneten an den Kommandeur der Berliner Polizeiinspektion III vom 17. Mai 1926, in dem der Dank ausgesprochen wird für den musterghlligen Schutz der deutschnationalen Demonstration. (Hört, hört! links.) Auch die von dem Abg. Dr. Leidig hinsichtlich der Ausführungen des Ministerialdirektors Wegg vertretene Auffassung, daß die Regierungskommissare nicht das Recht hätten, sich in politische Diskussionen oder persönliche Auseinandersetzungen mit Mitgliedern des Landtages einzulassen, ist unrichtig, denn Ministerialdirektor Wegg hätte das Innenministerium zu vertreten. Ich habe namens der Staatsregierung zu erklären, daß sie für ihre Vertreter nicht nur das Recht in Anspruch nimmt, Auskunft zu erteilen, sondern auch sich in Diskussionen einzulassen. (Sehr richtig! links; Gegenrundgebungen rechts.) Redner legt ein Buch auf den Tisch des Hauses, aus dem sich ergebe, was das Staatsministerium gegen Terrorakte beim Volksentscheid unternommen hat.

Abg. Wulfke (Dem.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Minister Georing die Leitung des Innenministeriums bald wieder in aller Frische aufnehmen könne. (Weiß! links.) Redner wendet sich gegen die Ausführungen der Abgg. Marechly und v. Egnern und zählt zahlreiche Terrorfälle rechtsgerichteter Kreise beim Volksentscheid auf. In Berlin sei nur ein einziger Reichsbannermann gegenüber mehr als 80 rechtsgerichteten Leuten beim Volksentscheid festgesetzt worden. Anhänger der Rechten haben ihre wirtschaftliche Macht schamlos mißbraucht, um einen offensichtlichen Druck beim Volksentscheid auszuüben. Die Herren Marechly und seine Freunde haben keine Ahnung davon, was in den unteren Schichten des Volkes vorgeht. (Sehr richtig! links; Rärm rechts. Abg. Fries [Soz.], der den Abg. Koch [Dn.] Wagner genannt hat, wird zur Ordnung gerufen.) Die Regierung muß endlich hart werden, denn nur die unermessliche Schwäche hat es bisher verschuldet, daß Rechts- und Linksradikale das Haupt so hoch tragen können.

Abg. Ladendor (Wirtsch. Bgg.) fordert die Regierung auf, gegen das Bombstium auf den Straßen Front zu machen.

Abg. Schilling (Z.) fragt den Abg. Egnern, was die Deutsche Volkspartei geleistet habe, als sie in der Regierung saß. Den Rechtsparteien sei es nie ernst gewesen mit der Herabziehung der Städte- und Landgemeindeordnung. Das gelte besonders auch von Herrn v. Egnern.

Abg. Koch-Berlin (Dn.) erklärt, seine Partei sei soweit, daß sie alles Material zusammen habe, um die Vorgänge vor und nach dem Volksentscheid darlegen zu können.

Abg. Barteld (Dem.) bezeichnet das deutschnationale Material als ungenügend, da sie es sonst schon längst vorgebracht hätten. Damit war die Aussprache zum Innenministerium erledigt.

Nach einer Aussprache zum Domänenetat wird die Weiterberatung gegen 6 Uhr auf Freitag 11 Uhr vertagt. Vorher: Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Trennung und Auseinanderlegung der Provinzen Ober- und Niederschlesien; Hochwasseranträge.

Notstandsaktion für die Hochwassergebiete.

Ernährung des Viehs, Ausbesserung der Deiche.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Im preussischen Ministerium des Innern fand am 30. Juni eine Sitzung der Dezentralen der Regierungen und Oberpräsidenten der Hochwassergebiete unter Mitwirkung des preussischen Finanzministeriums und des Landwirtschaftsministeriums statt. Wenn sich auch die Nachrichten nicht befriedigen, die Deichbrüche größeren Umfangs meldeten, so hat sich doch herausgestellt, daß die Hochwasserkatastrophe innerhalb Preußens außerordentlichen Schaden verursacht hat. Ein großer Teil der Ernte in den überfluteten Gebieten dürfte vernichtet sein.

Was geht in Spanien vor?

Ein Manifest der Opposition als Ursache der Massenverhaftungen.

Ueber den Umfang und den Charakter der von der spanischen Regierung aufgedeckten und unterdrückten Bewegung gegen Primo de Rivera läßt sich ein Urteil bisher schwer fällen, denn fast alle Meldungen, die aus Spanien stammen, unterliegen der Zensur und sind trotzdem sehr widersprüchlich. Die erste offiziöse Nachricht erinnerte an das berühmte Komunique des Reichswehrministeriums über den Küstriner Putsch der schwarzen gegen die legale Reichswehr im Oktober 1923. Damals war von „nationalkommunistischen Häufen“ die Rede. Auch die Regierung Cuno hat zunächst versucht, der gegen sie gerichteten Bewegung einen „kommunistischen Charakter“ anzuhängen. Gleich danach hat sie aber einige Namen von kompromittierten Persönlichkeiten genannt, die mit Kommunismus und überhaupt mit Arbeiterbewegung nichts zu tun haben. Hohe Generäle, wie der frühere Generalissimus Berce und der frühere Kriegsminister Aquilera, liberale Universitätsprofessoren und Journalisten sind wegen Unterzeichnung eines Aufrufes an das spanische Volk gegen das Direktorium verhaftet worden. Nachträglich erzählt man, daß auch der frühere liberale Ministerpräsident Romanones sich nur der Verhaftung durch die Flucht nach Frankreich entziehen konnte. Von einer Bewegung mit „kommunistischem Charakter“ kann also gar keine Rede sein, selbst wenn es richtig ist, daß einzelne republikanische und sozialistische Führer dem Aufruf mit unterschrieben haben. Eines ist jedenfalls klar: wenn so verschiedene Elemente wie Generäle und Sozialisten, königstreue Liberale und Republikaner sich zusammentun, um ein gemeinsames Manifest an die Nation zu verfassen, dann ist das schon ein deutlicher Beweis der tiefgreifenden Unzufriedenheit, die in weiten Schichten des Volkes ohne Unterschied der Klasse und der Partei über die militärische Diktatur herrscht.

In französischen Blättern ist ein Auszug aus dem Manifest erschienen, das den Anstoß zu den umfangreichen und planlosen Verhaftungen geliefert hat. Darin heißt es:

„Seit drei Jahren übt die Diktatur ihre Herrschaft ohne Kontrolle und Schranken aus. Unser Vaterland schreitet schnell zur Auflösung und zur Anarchie. Viele Jahre und schwere Opfer werden notwendig sein, um Spanien wieder aufzurichten. Das Heer kann nicht dulden, daß seine Fahne und sein Ruf durch ein Regime mißbraucht werden, das das Volk seiner Rechte beraubt hat. Armee und Volk sind durch Primo de Rivera getäuscht worden, der verkündet hatte, daß eine Diktatur zwar notwendig sei, daß sie aber nur vorübergehend sein würde. Von Monat

zu Monat hat Primo Ehergeiz immer neue Vorwände gefunden, um seine Herrschaft zu verlängern.“

Ob nun die weiteren Meldungen zutreffen, wonach dieses Manifest nur das Signal zu einer militärischen Revolte großen Stiles sein sollte, für die insbesondere die Garnisonen von Madrid, Barcelona, Valencia und Saragossa bereits gewonnen waren, läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen. Die ersten beschuldigten Personen sind der Generäle de Riveras, daß es sich bei dieser Bewegung nur um das Werk einiger unzufriedener Elemente gehandelt habe, sind mit der Tafsache der 400 planlos vorgenommenen Verhaftungen schwer zu vereinbaren.

Der anarchistische Attentatsplan in Paris.

Paris, 1. Juli. (Z.) Die beiden wegen des versuchten Attentats auf den König Alfonso von Spanien festgenommenen Anarchisten sind heute bereits einem ersten Verhör unterzogen worden. Der Anarchist Uscofo sagte folgendes aus: „Sofort nach unserer Ankunft in Paris haben wir Vorbereitungen zur Ausführung des Attentats auf den König von Spanien getroffen. Wir hatten die Absicht, uns im Auto nach der nächstgelegenen Eisenbahnstation zu begeben, wo der aus Madrid kommende Schnellzug ein letztes Mal vor Paris halten mußte. Wir beabsichtigten, den König durch Revolver- oder Gewehr-schüsse zu töten. Falls unsere Angriffe mißglückt wären, so wollten wir im Auto sofort nach Paris zurückkehren und dort eine neue Gelegenheit zur Ausführung unseres Vorhabens abwarten.“ Uscofo verweigerte die Angaben über die Herkunft der 1000-Pesetas, die man bei ihm fand. Die Polizei hatte noch eine Reihe weiterer Verhaftungen spanischer Anarchisten vorgenommen, die aber nicht in direkter Beziehung zu dem Attentat stehen. Drei Mitschuldige konnten die Flucht ergreifen und werden von der Polizei gesucht.

Für einen anarchistischen Verschwörer erscheint uns der festgenommene Uscofo gar zu gesprächig. Anarchisten pflegen ihre Geständnisse nicht so leicht und nicht so schnell abzugeben. Deshalb ist eine gewisse Skepsis gegenüber diesen Befundungen am Platze. Es sind zwar schon wiederholt anarchistische Attentate gegen den König Alfonso verübt worden, einmal in Madrid an seinem Hochzeitstage und einmal vor nahezu 20 Jahren bei einem offiziellen Besuch in Paris, aber diesmal könnte es sich sehr wohl nur um eine Spitzelprobe handeln, die den Zweck verfolgen würde, anarchistische Elemente mit der oben erwähnten Protestbewegung gegen das Direktorium künstlich in Verbindung zu bringen.

welch irriger Weise man es über unsere wahren Absichten unterrichtet hat und in welcher Weise Personen ohne Religion und sittliche Kraft in leichtfertiger Weise uns mißtraut haben.

Justizminister Labal gegen die Autonomisten.

Paris, 1. Juli. (Z.) Justizminister Labal hat heute nachmittag vor dem Kammerauschuß für elsass-lothringische Fragen über die Disziplinarmassnahmen gegen die Unterzeichneten des Manifestes des Heimathundes gesprochen. Er erklärte: Die jetzige Regierung und die vorausgegangene Regierung haben Elsaß-Lothringen gegenüber eine Politik weitgehender Toleranz betrieben. Das ist in Sprach-, Beamten- und Schulangelegenheiten bewiesen worden. Es hat mich erstaunt, daß gewisse Personen durch das Vorgehen der Regierung beunruhigt worden sind. Es handelte sich in keiner Weise um eine Einschränkung der Kritik und Polemik, die den Elsaß-Lothringern nicht beschnitten werden soll. Die Regierung kann jedoch nicht zulassen, was der nationalen Einheit Abbruch tun könnte, und muß die als Gegner behandeln, die sich solcher Handlungen schuldig machen. Der Minister gab schließlich zu, daß die autonomistische Bewegung bis auf die Zeit des Waffenstillstandes zurückzuführen sei. An der anschließenden Besprechung beteiligten sich elsass-lothringische Abgeordnete.

Deutsch-belgische Pufferleichterungen.

Billige Grenzkarten.

Nachen, 1. Juli. (Z.) Ein eben unterzeichnetes Abkommen, das zum 1. August in Kraft treten soll, erklärt auf deutscher Seite einen Geländestreifen von 15 Kilometern und auf belgischer Seite die Kreise Cupen, Walmedy und das ehemals preussische Neutral-Moresnet zum Grenzgebiet. Die Bewohner dieser Grenzgebiete können gegen Erlegung einer Gebühr von 0,50 Reichsmark oder 1 Goldfranken eine bis zu zwei Jahren gültige Grenzkarte erhalten, die beliebig häufig zu einem Aufenthalt von jeweils sechs Tagen im anderen Grenzgebiet berechtigt. Die Verhandlungen über Erleichterungen im Zollgrenzverkehr sind noch nicht abgeschlossen, aber soweit gefördert worden, daß voraussichtlich nach Ablauf der jetzt vorgesehenen kurzen Beratungen ebenfalls zur Unterzeichnung eines Abkommens geschritten werden kann.

Die Ohrfeige für Bethlen.

Justiz wird nicht nach Ungarn ausgeliefert.

Genf, 1. Juli. (Z.) Der Bundesrat hat dem Untersuchungsrichter Calme in Genf mitgeteilt, daß die von der ungarischen Regierung verlangte Auslieferung von Jovan de Justh abgelehnt wird. Der Bundesrat beauftragte gleichzeitig den Untersuchungsrichter, Justh gegen Stellung einer Kaution von 2000 Franken auf freien Fuß zu setzen. Der Angeklagte wied daher aus dem Gefängnis entlassen, sobald diese Summe eingezahlt ist.

Der Entlassungsbeschluss (so selbstverständlich) er bel der „Schwere“ des Ohrfeigendelikts ist, stellt außerdem eine Antwort auf die bodenlose Frechheit der Frankfälscher dar; von einem Rechtsstaat zu verlangen, daß er einen politischen Flüchtling wegen einer geringen Übertretung seinen Schergen ausliefern solle!

Der Präsident rügt das Parlament.

In Argentinien.

Buenos Aires, 1. Juli. (Z.) In der Botschaft des Präsidenten de Alvear anlässlich der Eröffnung der Parlamentstagung wird ausgeführt, daß Argentinien mit allen Staaten ausgezeichnete Beziehungen unterhält, im Innern Ruhe herrscht und die Finanzlage zufriedenstellend sei. Der Präsident bemängelt die Langsamkeit, mit der das Parlament an die Behandlung verschiedener Fragen herantritt, namentlich an die Frage des Wiedereintritts Argentinien in den Völkerbund.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die von den Ober- und Regierungspräsidenten bereits getroffenen Maßnahmen zur ersten Hilfe. Es handelt sich in der Hauptsache um die Sicherstellung der Ernährung des Viehs und die Ausbesserung schadhaft gewordener Dammstellen. Zur Vinerung der ersten Not wurde den Oberpräsidenten der Provinzen Nieder- und Oberpfälzen, Brandenburg und Sachsen 1 Million Mark überwiesen, weitere Geldmittel nach dem Bedarf in Aussicht gestellt. Auch steuerliche Erleichterungen für die geschädigten Gebiete sind in weitem Umfang bereits erfolgt. Außerdem hat der preussische Landwirtschaftsminister die Regierungen der Schadensgebiete ermächtigt, den durch Hochwasser geschädigten Viehhaltern die Waldweiden in den Staatsforsten und die Streuentnahme gegen geringes Entgelt zu gestatten.

Die Oberpräsidenten wurden mit der Durchführung der staatlichen Noistanbsaktion beauftragt. Die endgültige Feststellung der Schäden kann erst vorgenommen werden, wenn der Wasserstand normal geworden ist.

Sturm im Unterhaus.

Dritte Lesung des Arbeitszeitgesetzes.

London, 1. Juli. (Z.) Bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau kam es im Unterhaus zu stürmischen Szenen, da die Arbeiterpartei von neuem der Erledigung des Gesetzentwurfs erbitterten Widerstand entgegensetzte. Der Arbeiterparteiliche Jones nannte den ersten Lord der Admiralität, Bridgeman, einen Mörder. Er weigerte sich auch, diese Beleidigung juridisch anzunehmen und mußte deshalb auf Anordnung des Sprechers den Sitzungssaal verlassen.

Eine Erklärung der Autonomisten.

Für Föderalismus innerhalb von Frankreich.

Paris, 1. Juli. (Z.) Der elsass-lothringische Heimathund hat nun zu dem Kampf, der gegen ihn geführt wird, in einer öffentlichen Erklärung Stellung genommen. Er gibt bekannt, daß er gezwungen sei, gegen die Verleumdungen anzukämpfen, die gegen ihn nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt dahingehend erhoben werden, daß er als Vereinigung bezeichnet werde, die im Dienste des Auslands stehe und den Versuch mache, Elsaß und Lothringen von dem übrigen Frankreich zu trennen. Die Tafsache, daß wir uns als nationale Minderheit bezeichnen und daß wir die Achtung unseres Volkstums, unserer Sprache und Gewohnheiten und Tradition verlangen, so heißt es in der Erklärung, schließt nichts Antinationales in sich, das heißt nichts, was dem Bestehen der Einheit und der Sicherheit Frankreichs Abbruch tun könnte, noch was geeignet wäre, uns von der gewissenhaften Erfüllung unserer Pflichten gegenüber Frankreich, dessen integrierender Teil Elsaß-Lothringen ist, abzuwenden. Wir erkennen an, daß unsere Forderungen nur durch eine Reform der französischen Verwaltung verwirklicht werden können. Indem wir diese teilweise Verfassungsreform verlangen, wollen wir nichts anderes als das, was bedeutende Politiker seit Jahren für ganz Frankreich planen, indem sie für eine Dezentralisation, die bis zum Föderalismus geht, eintreten. Keine Regierung hat jemals daran gedacht, diese Regionalisten, Föderalisten und Autonomisten zu verfolgen, während wir Elsässer und Lothringer, die wir in dem Gedanken groß geworden sind, ein föderalistisches politisches Leben zu führen, und die wir, allerdings mit gewissen Einschränkungen, aber doch zum Besten unseres Landes jahrelang eine Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie genossen haben, wie Verbrecher behandelt werden, wenn wir uns erlauben, für Elsaß-Lothringen einen verfassungsmäßigen Zustand zu fordern, der dem gleich, den Frankreich bei uns zur Zeit des Waffenstillstandes vorgefunden hat. Alle Gewaltmittel, die gegen unsere Bewegung unternommen werden, werden an dem entkoffenen Charakter der Elsässer und Lothringer scheitern. Der Tag ist nicht fern, an dem das französische Volk begreifen wird, in

Gewerkschaftsbewegung

Um die „Freiheit“ der Kleinmeister. Eine internationale Rechtsfrage.

Amsterdam, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag soll in diesen Tagen die im „Vorwärts“ (Nr. 298) eingehend erörterte Frage entscheiden, ob die Internationale Arbeitsorganisation zur Vorbereitung einer Arbeitszeitbegrenzung befugt sei, durch die auch die persönliche Arbeitsleistung des Arbeitgebers rechtlich begrenzt wird. Die Aufwerfung dieser „Frage“ schlägt nicht nur im Kleingewerbe sondern Arbeitszeitregelung ins Gesicht und ist ein Beweis für das Sichfühlen der Reaktion. Mit demselben Recht, mit dem der Kleinmeister im Bäckergewerbe sich durch das generelle Verbot der Nachtarbeit in seiner persönlichen Freiheit beeinträchtigt fühlt, könnte dies jeder Direktor eines Großbetriebes tun, weil er seine Stenotypistin oder sonstige Angestellte nicht nach seinem persönlichen Belieben zu jeder Zeit beschäftigen kann.

Der Haager Gerichtshof soll entscheiden, ob praktische Sozialpolitik getrieben werden darf oder nicht. Der Präsident Dr. Huber gab nach Eröffnung der Sitzung bekannt, daß die ganze Frage für den Gerichtshof ausschließlich juristische Bedeutung habe. Zunächst sprach Herr Borel, der besonders die Folgen einer positiven und negativen Antwort des Gerichtshofes auseinandersetzte. Bei einer bejahenden Antwort würde eine Anzahl Staaten die Abmachungen nicht einführen und dadurch die Arbeiter der Vorteile berauben, die sich aus Teil XIII des Friedensvertrages ergäben. Bei einer ablehnenden Antwort würden diese Abmachungen eine viel weiterreichende Anwendung finden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund war durch den Genossen Mendels vertreten, der davon ausging, daß die Frage sich nicht auf den besonderen Fall der Bäckergewerkschaft beschränke. Die Befugnisse der Internationalen Arbeitskonferenz seien in erster Linie durch den Friedensvertrag von Versailles umschrieben. In bestimmten Fällen sei es der Internationalen Arbeitsorganisation gegenüber unmöglich, der ihr durch Artikel 23 des Völkerbundesvertrages übertragenen Aufgabe zu entsprechen, um gerechte und menschliche Arbeitsbedingungen zu sichern und zur Durchführung zu bringen, wenn nicht zur Erreichung dieses Zweckes

auch für den Arbeitgeber Beschränkungen seiner Freiheit, zu arbeiten, wo und wie es ihm gütündete, festgelegt würden.

Der Haager Gerichtshof sollte am Mittwoch seine Beratungen fort. Genosse Mendels ergänzte seine Ausführungen vom Tage vorher und wies darauf hin, daß es bei einer Regelung der Hausindustrie auch praktisch unmöglich sei, eine scharfe Scheidung zwischen dem eigentlichen Lohnarbeiter und dem sogenannten selbstständigen Arbeiter zu machen, da der letztere wohl im juristischen Sinn als Arbeitgeber heißen könne, aber in der wirtschaftlichen Wirklichkeit und in seiner sozialen Abhängigkeit von demjenigen, dem er sein Produkt liefert, vollkommen mit einem Lohnarbeiter gleichzustellen sei. Der Generalsekretär der Christlichen, Serrarens, erklärte, die erste Internationale Arbeitskonferenz habe die Regelung der Bäckernachtarbeit mit vollständigem Sachkenntnis getroffen. Sie sei einfach dem Vorbild verschiedener Staaten gefolgt. Auch die Verwendung von Bleiweiß beim Färben sei verboten worden, wobei man auch nicht feststellen könne, ob der Arbeiter oder der Arbeitgeber das gebraucht habe. Jede soziale Maßnahme schränke nun einmal die individuelle Freiheit im allgemeinen Interesse ein. Individuelle Freiheit sei auch

kein besonderes Vorrecht der Arbeitgeber.

Anschließend legte Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsbureaus, ausführlich dar, daß die Internationale

Arbeitsorganisation keineswegs ihre Befugnisse überschritten habe. Es habe bisher auch kein Staat diese Befugnisse angezweifelt. Erst im Januar 1926 habe die Arbeitgebergruppe beim Verwaltungsrat die Befugnisfrage aufgeworfen. Wenn der Schutz des Arbeiters eine Regelung der Arbeit des Arbeitgebers erfordere, könne man nicht sagen, daß die Organisation ihre Befugnisse überschritten habe. Weiter bestritt er entschieden die Auffassung des Arbeitgebervertreters Professor Borel, daß die Organisation nur Grundgesetze aufstellen, sich aber mit den Ausführungsmaßnahmen nicht befassen dürfe. Auch das inzwischen von Prof. Borel selbst zurückgezogene

Argument der Freiheit des Arbeitgebers

könnte kein Gewicht in die Waagschale werfen, da man gerade dieses Argument 40 Jahre lang habe bekämpfen müssen, um überhaupt erst zu einer Arbeitsgesetzgebung zu kommen.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund beantragte Vereinerung weiterer Sachverständiger wurde vom Gerichtshof als nicht erforderlich abgelehnt.

Der Panzerwagen-Bahnstich.

Die Reichsbahngesellschaft schweigt. Was tut die Regierung?

In Nr. 274a des „Vorwärts“ wurde auf den bei der Reichsbahngesellschaft betriebenen „Bahnstich“ hingewiesen. Ganz besonders aber auf die eigentümlichen Begleiteerscheinungen dieser Einrichtung. Die Reichsbahngesellschaft, die sonst mit „Berichtigungen“ rasch bei der Hand ist, hat in den 2½ Wochen, die inzwischen verlossen sind, zu einer Berichtigung keine Zeit gefunden. Ja, es wird behauptet, daß auf eine Andeutung hin, wie sich die Reichsbahn zu der Angelegenheit stelle, die Antwort gekommen sei, auf die Zeitungsanfrage werde sie nichts entgegennehmen. Dieses Verhalten ist nicht geeignet, den ausgesprochenen Verdacht zu entkräften.

Um so notwendiger erscheint es, daß die verantwortlichen Regierungsstellen unter allen Umständen den Bau der Panzerwagen im E. N. B. Grunewald unterbinden. Die Bevölkerung muß davor geschützt werden, eines Tages von aufgepöbelten, schwer gerüsteten Elementen überfallen zu werden.

Es wird dabei weiter auf die Tatsache verwiesen, daß auch in der Eisenbahnwerkstatt Frankfurt a. O. Ober Panzerwagen im Bau sind. Dazu hat die Reichsbahngesellschaft, die angeblich aus finanzieller Not Tausende von Arbeitern und Beamten aus Straßenpflaster wirt, noch Geld genug. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit müssen die Waffen des Bahnstiches, unter denen sich auch Maschinengewehre befinden sollen, beschlagnahmt werden. Wie es überhaupt dringend notwendig erscheint, die Schuppen und die Umkleenkabinen der Bahnstich beim Bahnhof Sperenberg einer dauernden und gründlichen Beaufsichtigung zu unterziehen.

Was soll dieser militärisch organisierte Bahnstich?

In der deutschen Republik haben wir genügend polizeilichen Schutz, um Zerstörungen an Volkswerten, wie sie die Eisenbahnanlagen darstellen, zu verhindern. Eine Einrichtung, wie die Bahnstich-Söldnertruppe, kann daneben nur vermuten lassen, daß sie dunklen Zwecken dient, von denen ein Teil vor kurzem unter dem Vorwand des Freiheitskämpfers ausgebeutet wurde. Das Geheimnisvolle, mit dem sich der gesamte Bahnstich umkleidet — Handschlag, Eid, Schweigegebot — öffnet allen Vermutungen Tür und Tor. Die im „Bahnstich“ befindlichen Personen, deren große Mehrzahl republikanisch eingestellt ist, darf ein Apparat, wie ihn dieser „Bahnstich“ darstellt, nicht überantwortet werden. Im Interesse der Öffentlichkeit läge es vielmehr, wenn die von der Reichsbahngesellschaft so eigenwillig gehegte und gepflegte Einrichtung, gleich anderen militärisch aufgelegenen Verbänden, aufgelöst würde.

Arbeiterereignisse im Ruhrbergbau.

Eine Wirkung des englischen Bergarbeiterstreiks.

Duisburg, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Auswirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks auf den Ruhrbergbau zeigen sich in den auf einer Reihe von Zechen in den letzten Tagen erfolgten Arbeiterereignissen. In den zu den Vereinigten Stahlwerken gehörigen Iphofen-Zechen wurden über 1700 Bergleute eingestellt. Weitere Einstellungen stehen bevor. Auch auf der Zeche Reumühl sind in geringerem Umfang Neueinstellungen zu verzeichnen. Die Belegschaften der Zechen Hardenberg und Minister Stein im Dortmund Revier sind um 400 Mann vermehrt worden.

Die Auslandsnachfragen bei dem Ruhrkohlen Syndikat haben in den letzten Tagen eine dauernde Steigerung erfahren. Große Lieferungsverträge für Ruhrkohlen wurden mit den Niederlanden, der Schweiz, Frankreich und Belgien getätigt. In einigen besonders gangbaren Sorten, wie Anthrazit, sowie bestimmten Sorten Gaskohle und Gaskammkohle ist sehr große Knappheit vorhanden. Eine Anzahl neuer Bestellungen kann nicht vor Mitte August ausgeführt werden. Die Halbenbestände im Ruhrgebiet haben seit Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks eine Verminderung von über 1½ Millionen Tonnen erfahren. Die Halbenbestände einschließlich der Syndikatslager im Ruhrrevier belaufen sich Anfang Juli auf ungefähr 7 800 000 Tonnen, darunter sind 3 500 000 Tonnen Koks.

Streik der New-Yorker Konfektionsarbeiter.

New York, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In New York haben 40 000 Arbeiter der Konfektion die Arbeit niedergelegt, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen sowie die Garantie, mindestens 36 Wochen im Jahre beschäftigt zu werden.

Soziale Fragen in Australien.

Sydney, 1. Juli. (WB.) 54 Versicherungsgesellschaften weigern sich, entsprechend der von der Regierung von New South Wales angenommenen Arbeiterentschädigungssakte Versicherungen zu übernehmen. Die Akte führt ein System von Angestelltenversicherung ein. Viele Arbeitgeber erklären, daß die kleinen Industriellen nicht imstande sein würden, die hohe Belastung durch die Versicherungsprämien zu tragen.

Tagelöhner, Saute, Freitag, 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses Mitgliederversammlung. Vortrag und Besprechungsangelegenheiten. Geschäftsamt ist notwendig.

Zimmerer, Saute, Freitag, 8 Uhr, Mitgliederversammlung der Bezirks 37 Wahlbezirk und 41 Freidenkerei bei E. Anders, Bahndirektion, Bahndirektion, Bericht vom 30. Verbandstag. Anwesenheit, sonst für guten Besuch Bestrebungsrichtung.

Neue Gewerkschaftsjugend, Saute, Freitag, 10 Uhr, laden die Gruppen: Hermannsplatz (Kaufmann 2); Jugendheim Gendreau, 11. Ecke Hohendamm, Sautebesprechung und Bericht von der Generalversammlung, — Webbing in Stadtbld Webbing, Gerichter, 60/60, Sautebesprechung, Vortrag: „Sport und Jugend“, — Oberkassener: Gruppenheim Kaufener Str. 3 (Keller Saal), Sautebesprechung, Diskussion: „Borst oder Erwerb?“ — Das auch in diesem Jahre wieder stattfindende Falkenberg Fest wird von uns aufs beste unterstützt. Jugendkollegen, sorgt in den Gruppen für lebhafteste Beteiligung.

Jugendgruppe des Bld., Saute, Freitag, 10 Uhr, versammeln sich folgende Abteilungen: Eltern: Jugendheim Gendreau, 11. Ecke Hohendamm, Sautebesprechung, — Eltern: Jugendheim Reichenberger Str. 66, Diskussionabend, — Südwest: Jugendheim Belt-Allee-Str. 7, 11A, Gruppenbesprechung, — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1, Hermanns-Platz-Keller, — Bld., Bezirk Weiskaler, Sonnabend, 2. Juli, keine Versammlung, sondern gemeinsamer Spaziergang zum Deutsches. Treffpunkt 6¼ Uhr pünktlich am Bienenfah.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schütz; Redaktion: Dr. John Schilowski; Solales und Sonstiges: Fris. Herbst; Anzeigen: Ed. Gledits; sämtlich in Berlin. Verlag: Werbdienst-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Werbdienst-Verlag Druckerei und Verlagsanstalt Paul Gieseler u. Co., Berlin SW 68. Lindenstr. 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Kölnigstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie

Zitronen-Gärungsgetränk

Verkauf Drogen-Abteilung
Aussehanki Erfrischungsraum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Wurstwaren

Landleberwurst · Pfund 1.10	Mettwurst <small>Preussischer Art</small> · Pfund 1.50
Rotwurst · · · · · Pfund 1.10	Feine Leberwurst Pfd. 1.65
Große Mettwurst Pfund 1.30	Filetwurst · · · · · Pfund 1.65
Mortadella · · · · · 1.30	Toe- u. Zungenwurst m. 1.75
Schinkenwurst · · Pfund 1.35	Zervelat u. Salami Pfund 1.80
Speck <small>sehr u. mager</small> , Pfd. 1.40	Schinkenspeck · Pfund 1.90
Jagdwurst · · · · · Pfund 1.50	Nußschinken <small>ca. 2 Pfund schwer</small> , Pfd. 2.00

Rosenthaler Str. Königsstr. Moritzplatz:
Sülz- u. Speckwurst m. 0.90 Dampf- u. Fleischw. Pfd. 1.00

Frisches Fleisch

Schmorfleisch <small>mit Knochen</small> · · · · Pfund 90 Pf.	
Querrippe · · · · · Pfund 75 Pf.	
Kalbskamm u. Brust · · · · · Pfund 75 Pf.	
Kalbsrücken <small>Pfd. 78 Pf. ganz u. geieilt</small> 1 M	
Hammelvorderfleisch <small>u. Rücken</small> Pfund 90 Pf.	
Hammelkeule <small>ganz und geieilt</small> · Pfund 1 10	
Schweinebauch <small>u. Beilage</small> · · · Pfund 1 M	
Schulterblatt u. Rücken Pfund 1 10	
Gehacktes Fleisch · · · · · Pfund 75 Pf.	
Ia Ochsenfleisch <small>gefr., Rinderkamm u. Brust</small> 54 Pf.	

Käse u. Butter

Romatur · · · · · Stück 0.20	Schweizer <small>den. Pfd.</small> 0.98 beyr. Pfd. 1.65
Camembert <small>vollst. Stück</small> 0.20	Margarine · · · · · Pfund 0.56
Stangenk. u. dlm. Gouda 0.68	Molkereibutter <small>1/2 Pfd.</small> 0.82 0.88
Tilsiter · · Pfund 0.50 1.15	Tafelbutter · · · · Pfund 1.84
Edamer · · · · · Pfund 0.75	Tafelbutter <small>1. eig. Packung</small> 0.98
Holländer · · · · · Pfund 0.85	Kokosfett · 1 Pfund-Tafel 0.68
Bierkäse u. Steinbusch. 1.00	

Obst und Gemüse

Kirschen · · · · · Pfund 0.10	Junge Möhren · 3 Bund 0.10
Johannisbeeren · Pfund 0.16	Junger Wirsing Kohl Pfd. 0.10
Blaubeeren · · · · · Pfund 0.23	Junge Schoten · Pfund 0.12
Eierpflaumen · · · Pfund 0.23	Grüne Gurken <small>Stück v.</small> 0.15 an
Aprikosen · · · · · Pfund 0.32	Tomaten · · · · · Pfund 0.18
Pärsiche · · · · · Pfund 0.42	Kartoffeln <small>neue 5 Pfd.</small> 38, 45 Pf.

Geflügel

Suppenhähne · · · Pfund 0.95	Suppenhühner Pfund v. 1.25 an
Junge Gänse Pfund 1.05 1.35	Junge Enten · · · Pfund 1.45

Räucherwaren

Schellfische, Dorsche 0.27	Aale Pfd. 2.30 2.65 Bund 0.48
Seelachs in Stücken, Pfd. 0.38	Lachs in Stücken, Pfd. 1.25 1.45
Flundern · · · · · Pfund 0.42	Holländ. Sardellen <small>Eimer ca. 2 Pfund br.</small> 2.50
Bücklinge · · · · · Pfund 0.42	

Konfitüren

4 Tafeln Schokolade 1 100 Gr. sortiert, Milch, Schmelz, Vanille, Speise 1 M

Deutscher Kakao Pfund 0.80	Sandgebäck · · · Pfund 1.00
Borkenschokolade <small>Kart. 75 Gr.</small> 0.30	Teegebäck · · · · Pfund 1.40

Fische

Schellfische · · · · · Pfund	
Kabeljau <small>ohne Kopf, ganze Fische</small> · · 13 Pf.	
Seelachs <small>ohne Kopf, ganze Fische</small> · · 13 Pf.	
Goldbarsche <small>ohne Kopf, ganze Fische</small> Pfund 15 Pf.	
Rotzungen <small>große</small> · · · · · Pfund 20 Pf.	
Lebende Schleie · · · · · Pfund von 1 10 an	

Gebrannter Kaffee eigene Rösterel

Konsum-Mischung Pfund 2.30

Haushalt-Misch. · Pfund 2.60	Globus-Mischung Pfund 3.80
Sonder-Mischung Pfund 3.00	Residenz-Misch. · Pfund 4.20
Olympia-Mischung Pfd. 3.40	Elito-Mischung · Pfund 4.60

Kolonialwaren

Weizengriß · · · · Pfund 0.28	Bruchmakkaroni Pfund 0.42
Auszugmehl 5 Pfund-Bestel 1.35	

Kleine Wiener Torten im Kart. 75 Pf.

im Erfrischungsraum 1 Stück mit Schlagsahne 25 Pf.

Einkochgläser

für	¼	½	¾	1	1 ½	2 Ltr.
hohe Form	0.34	0.36	0.38	0.40	—	—
weisse Form	—	0.40	0.44	0.46	0.48	0.55

Gummiringe eng und weit, 10 Stück 0.40
Bel Abnahme von 100 Stück Einkochgläsern 5 Proz. Rabatt
Verzinkte Einkochapparate 5.95

Wein

Preis für ¼ Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas

Frankfurter Apfelwein <small>„Reckles Urquell“</small> 0.58	1921 Berncasteler <small>bestehend aus 3/4</small> 2.00
1924 Gumbshheimer Neuberger <small>milder Tischwein</small> 0.75	San Antonio <small>kräftig, span. Rotwein</small> 0.95
1924 Nittler Leiterchen Riesling <small>aprilt. Tischmosel</small> 0.90	1922 Chät. Renouil-Franquet <small>(Doux Frères) gehaltvoller Bordeaux</small> 1.50
1922 Trittenh. Saarley <small>süßg. pikant</small> 1.00	Deutch. „Bio“-Weinbr. <small>36 Vol. Prozent</small> 3.00
1922 Zeitlinger blumig, voll 1.25	Cacaolikör (Manegold) · 3.00
1922 Iphöfer Kalb <small>Frankenwein im Boxbeutel</small> 1.40	Kirschsafft <small>mit Flasche</small> Pfd. 0.75 Pf. 1.30
1924 Liebfräumlisch <small>selte Art und Süße</small> 1.50	Himbeersafft <small>1/2 Pf. 0.80 1/2 Pf. 1.40</small>

Wein vom Faß z. B.

Apfelwein „Dorsdorfer“ · 0.50	Rot. Johannisbeerwein <small>süß, kräftig</small> 0.90
1924 Temmler <small>Bowlemosel</small> 1.00	Tarragona „Spezial“ <small>süß</small> 1.40

Saison-Ausverkauf

Bedeutend herabgesetzte Preise in fast allen Abteilungen Beginn 1. Juli

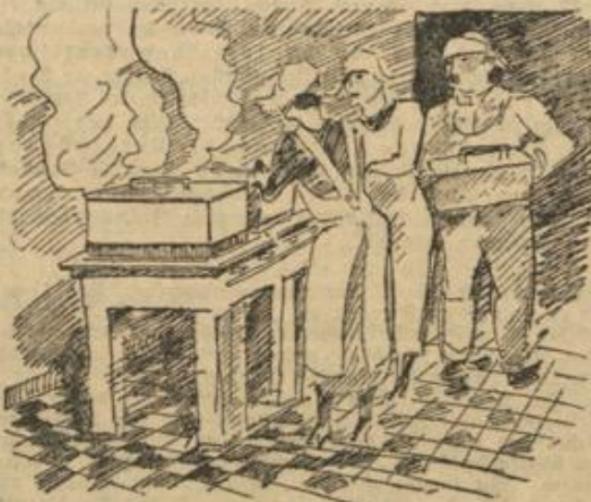
Die erste Fischbackstube Berlins.

In Berlin werden jetzt von Reichswegen die Fischer gefördert. Das ist eine Sache, die man fördern soll, denn Fischfleisch ist eines der besten und wohlfeilsten Nahrungsmittel, wenn es entsprechend zubereitet und mit Verständnis für seinen Charakter gekocht oder getrocknet worden ist. Daran mangelte es bisher in Berlin sehr. Um diesem Uebel abzuhelfen und einen Versuch mit der Einführung des Fisches als Volksernährung zu machen, ist jetzt mit Unterstützung des Reichsernährungsministeriums in der Mittelstraße 64/65 (Ecke Charlottenstraße) die erste Berliner Fischbackstube eröffnet worden. Was einem in diesem freundlichen hellen Lokal angeboten wird, ist schon geeignet, der Fischmahlzeit Freunde zu machen. Das gebakene Fischfilet, das hier mit Kartoffelsalat oder gebratenen Kartoffeln für 60 Pfennig gereicht wird, ist in der Tat von einer Vollendung, wie man sie bisher bei Fischspeisen in Berlin nicht kannte. Natürlich ist das Ganze zunächst ein Experiment, denn es ist die große Frage, ob sich der Gaumen des Berliners dafür begeistern kann. Was den eigentlichen Anlaß zur Errichtung von Fischbackstuben bildet, mag folgendes erklären:

Die Notlage der Seefischer.

Trotzdem Deutschland seine Seefischproduktion gegenüber der Vorkriegszeit ganz bedeutend gesteigert hat (wir haben im Jahre 1925 ein Gesamtergebnis von über 200 Millionen Kilo im Werte von 55 Millionen Mark), befindet sich unsere Seefischerei und die gesamte Seefischwirtschaft in einer recht schwierigen Lage. Man hat während des Wiederaufbaues nach dem Kriege alle Kraft auf die Hebung der Produktion verwandt, ein Vorgehen, das in den ersten Jahren nach dem Kriege seine Berechtigung hatte und zu seinen Schwierigkeiten geführt hat, aber man hat auf der anderen Seite nicht dafür gesorgt, daß für diese vermehrte Produktion auch der genügende Absatz im Inlande vorhanden war. Wir waren in den letzten Jahren gezwungen, fast die Hälfte der Produktion unserer Dampfhochseefischerei direkt in das Ausland zu bringen, da der heimische Handel nicht in der Lage war, diese Fangmengen zu einem ertäglichen Preise aufzunehmen. Wir haben gewaltige Mengen unserer Produktion in die Küstengebiete geben müssen, welche ein Produkt herstellen, das wiederum ausschließlich im Auslande abgesetzt wird, und ein weiterer großer Teil unserer Produktion ist in die Fischmehlfabriken gegangen. Raun die Hälfte unserer Seefischproduktion wurde dem einheimischen Verbraucher zugeführt. Diese Vernachlässigung der Absatzregelung macht sich nun in den

letzten Jahren in unserer Fischerei schmerzlichbar. Der Produzent erhält einen Preis, bei dem er nicht bestehen kann. Die Hochseefischerei ist gezwungen, einen großen Teil ihrer Dampfer während langer Monate im Jahre still zu legen. In der Kleinfischerei hat schon mancher tüchtige Berufsfischer seinen Betrieb aufgegeben, da er für seinen Fang keinen Absatz zu einem ertäglichen Preise fand. Es gilt nun diesen Fehler der vergangenen Jahre, nämlich die Ver-



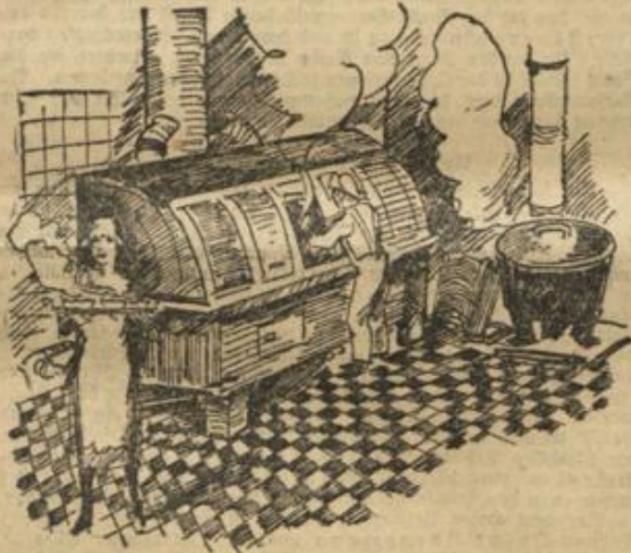
Der Fisch wird ohne Wasser und Fett im eigenen Saft gekocht

nachlässigung der Absatzförderung, mit allen Kräften so rasch als möglich wieder gut zu machen und alle Kraft auf die Lösung der Seefischabsatzfrage in Deutschland zu verwenden und Produktion und Nachfrage zueinander in das rechte Verhältnis zu bringen.

Eine sehr gute Hilfe, den Seefischerbedarf zu fördern, werden die Fischbackstuben sein. Großbritannien, unser Vorbild in der Seefischerei, verbraucht 80 Proz. seiner Seefischprodukte im eigenen Lande, und von diesen 80 Proz. werden wiederum 40 Proz., also fast die Hälfte der Gesamtproduktion, durch die Bratfischläden, Bratfischläden und Bratfischrestaurants dem Verbraucher zugeführt. Dieses Ziel soll auch in Deutschland erreicht werden. In vielen Städten Deutschlands, z. B. in Hamburg, Auzhagen, Bremen, aber auch im Binnenlande, z. B. Düsseldorf, Frankfurt a. M. und anderen Städten sind bereits Bratfischläden eröffnet, und zwar mit recht gutem Erfolg, so daß wir hoffen dürfen, daß in Berlin der zurzeit noch verhältnismäßig außerordentlich geringe Seefischerbedarf durch die Einführung dieser Bratfischstuben beträchtlich gesteigert wird.

Freigabe der Wuhlheide.

Am Sonntag, den 4. Juli, vormittags gegen 10½ Uhr, findet eine Besichtigung der fertiggestellten Teile des Volksparks Wuhlheide mit anschließender Freigabe an die Bevölkerung statt. Freigegeben werden der Aodelberg mit Heidegärten und Volkstanzbühne, die Volkswiese und Terrassenanlagen mit Rosenlauben, ferner das Planschboden und der Sandspielplatz für Kinder. Der Volksschor S-80 und die Tanzgruppe der Arbeiterjugend haben ihre Mitwirkung zugesagt und werden einige Lieber sowie Gruppen und Einzelpersonen zum Vortrag bringen. Die Freigabe an die Bevölkerung dürfte gegen 12 Uhr erfolgen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Anlagen, die unter erheblichen Gespöthern im Interesse der Bevölkerung geschaffen wurden, nunmehr vom Publikum auch pflegt behandelt werden. Die Wuhlheide, die im Absterben begriffen war, hat viel Mühe und Arbeit gemacht, um sie zu dem zu machen, was sie heute ist bzw. noch werden soll, deswegen: "Bevölkerung, schübe deine Wuhlheide!" Die Gefangs- und Tanzdarbietungen sollen nochmals für die Bevölkerung um 12 Uhr mittags zur Vorführung gelangen.



Apparat zum Backen der Fische.

Wo ist der Platz der Republik?

Jeder Römer kennt das Forum romanum, jeder Wiener kennt den Ring des 12. November, aber heute kennt noch nicht jeder Berliner den Platz der Republik. Interessante Resultate ergab eine Rundfrage. Der Schupabeamte am Brandenburger Tor korrigiert keineswegs die Frage nach dem „Königsplatz“, sondern antwortet prompt danach. (Hoffentlich schlingt er nicht im Geiste auch noch die Hasen zusammen.) Weiterer Kandidat ist ein kleiner, neunzehnjähriger Junge. Auf die Frage nach dem Platz der Republik schüttelt er nicht etwa unwillkürlich den Kopf, oder springt nach Rinderart einfach davon. Der kleine Mann stellt sich, geht durch das ihm bewiesene Vertrauen, erst mal richtig in Positur, streckt wie ein ausgewachsener Verkehrsbeamter den rechten Arm nach der betreffenden Richtung und erklärt in gewählter, sachlicher Art: „Der „Platz der Republik“ ist in aller nächster Nähe. Sie gehen die Friedensallee raus und biegen bei der zweiten rechten Kreuzung ein.“ Seine Augen leuchten ordentlich und mit einer gefälligen Verbeugung geht er stolz weiter. Dann kommt einer, der das Examen sogar mit Auszeichnung besteht. Der Schaffner des Autobus, der die Frage nach dem Königsplatz mit dem lauten vernünftigen Ausruf: „Platz der Republik“ beantwortet. Der läßt sich sicherlich nicht leicht ein I für ein U vormachen. Ein anderer Schaffner hingegen, wird just im Moment der Anfröndigung: „Platz der...“ durch eine energische Dame mit dem höchst kategorischen Imperativ unterbrochen: „Ist hier der Königsplatz?“, worauf der gute Mann ausgerüstet mit den besten Vorfällen, prompt brüllt: K—ö—n—i—g—s—p—l—atz! Sind das nun, lautmännlich gesprochen, „Force majeure“, zu deutsch höhere Gewalt. Das alles wird wohl besser werden, wenn in der Zeiten Lauf auch noch die ominösen Straßenschilder „Straße am Königsplatz“ umgetauscht werden. Sind wir dann glücklich so weit, dann haben die Schupabeamten zur offiziellen Ausstellungserteilung an die „Unwissenden“ immer noch die guten, alten Straßenschilder, alwo es den Königsplatz natürlich noch immer gibt. Umlernen ist eben schwer!

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß in Wien — bis auf ganz wenige Ausnahmen — sämtliche dynastischen Namensbezeichnungen der Straßen durch solche ersetzt wurden, die der heutigen Staatsform und ihren maßgebenden Persönlichkeiten entsprechen.

Die Tat eines Stellungsofen.

Volle Aufklärung des Raubüberfalls auf den Kassenboten.

Nachdem gestern der Kaufmann Otto Ulrich dem im Krankenhaus liegenden Kassenboten Peschel gegenübergestellt worden war und dieser in ihm bestimmte den Räuber wiedererkannte, wurde der Verhaftete auf dem Polizeipräsidium noch einmal von Kriminalkommissar Werneburg eingehend verhört. Unter der Last der Beweise brach der Verlesene endlich zusammen und legte ein umfassendes Geständnis ab.

Wie er sagt, wurde er in seiner Vorfähigkeit abgebaut und konnte keine neue Beschäftigung finden. Seiner Frau, die ihn um Wirtschaftsgeld anging, redete er vor, daß er einen Posten als Borsennatler erhalten habe und bald wieder Geld nach Hause bringen werde. Tatzfächlich besah er nichts mehr. Da er aber zum Monatsanfang größere Zahlungen zu leisten hatte, sah er den Plan, auf der Reichsbank eine Geldentleihe auszufundeln, bei der er einem Kassenboten das Geld entreißen könnte. Mehrere Tage lang beobachtete er die einzelnen Boten und merkte sich auch die Kasse, an der die Leute abgefertigt wurden. Am Mittwoch erliefen Peschel in der Reichsbank, und der Beobachter hörte, daß er 10 000 M. für die Landbank einforderte. Er ließ ihn nun nicht mehr aus den Augen, folgte ihm und wartete auf einen günstigen Augenblick, um dem älteren Mann die Tasche unter dem Arm wegzureißen. Dieser Augenblick fand sich nun. Run eilte Ulrich voraus und verbarg sich in dem etwas dunklen Vorraum des Hauses. Er will ursprünglich nicht die Absicht gehabt haben, auf den Boten zu schießen, trug vielmehr, wie er sagt, die Waffe gefestert in der Holentasche. Als Peschel Wiberstand leistete und mit einer Hand in die Tasche griff, will Ulrich geplatzt haben, er wolle einen Revolver ziehen, riß nun seine Waffe heraus und feuerte.

Der Wobblly.

Von B. Travens.

Copyright by Buchmeister-Verlag, Berlin und Leipzig.

Dann aber rafften sich doch einige auf und bitten die Senoritas um einen Tanz. Es ist zum Lachen. Sie tanzen überformel, die Herren. Und die Senoritas, um es den Herren zu erleichtern, schmiegen sich ihrer ganzen Länge nach an ihre schüchternen Tänzer. Es ist schrecklich. Und die Senoritas tanzen nun ebenso formell wie die braven Herren. Aber das gefällt nun den Herren nicht, und jetzt beginnen sie, etwas schmiegsamer zu werden. Die Senoritas lächeln ihr schönstes Lächeln. Aber die Herren drücken und wissen nicht, was sie zu den Damen sagen sollen. Es ist wie in einer Tanzschule.

Die Senoritas, die mit ihresgleichen tanzen, tanzen zuweilen in der überdeutlichsten Weise, um die Herren auf sich zu lenken. Aber merkwürdig, es zieht nicht. Sie erreichen ihre Absichten viel leichter, wenn sie elegant tanzen, ohne Backlagen und Schmiegeln. Die Künstlerinnen unter ihnen, die Weisen, wissen, daß sie die meisten Erfolge haben, wenn sie die Herren an deren Bräute oder deren Freundinnen aus der Gesellschaft erinnern können. Aus diesem Grunde sitzen auch viele der Senoritas vor ihren Türen und häkeln keine Spitzen oder Stiden seine Lächer. Es ist ein Leid, der seine Wirkung nicht verfehlt. Er erinnert die Herren, die hier in fremdem Lande sind, wochen- oder monatlang auf See, im Dschungel, im Busch waren, an traute Häuslichkeiten der heimatischen Erde.

Manchmal führen die Herren ihre Senoritas wieder zurück zu ihren Plätzen, während sie selbst wieder an die Bar gehen oder sich einen Platz in den Nischen nehmen. Dann aber ladet auch ein Herr eine oder zwei oder — besonders wenn er sich nicht recht traut, mit einer allein zu sitzen — drei oder vier Senoritas an seinen Tisch.

„Was trinken Sie, Senoritas?“

„Ich, einen Whisky und Soda. Ich einen Jujo de Karanja, einen Apfelsinensaft. Ich, eine Flasche Bier. Ich möchte ein Paketchen Zigaretten.“

Keine bestellt Sekt oder einen teuren Wein. Sie nippen nicht. Wenn freilich der Herr prohen will, oder er will durchaus keine vier Monate Arbeitslohn in einer Nacht verhauen, dann bestellt er Sekt und wer weiß was sonst noch und ladet mit einemmal sämtliche Senoritas, die anwesend

sind, zwanzig oder fünfundzwanzig, ein, an dem großen Geselge, das nun beginnt, teilzunehmen. Dann wird es lustig. Es ist nichts verboten, und Polizeistunde gibt es nicht. Der Saloonbesitzer hat seinen Stempelbogen mit den Steuermarken im Lokal hängen und hat das Recht, sein Geschäft so zu betreiben, daß es keinen Schaden leidet. Wo geneppt wird, geht morgen niemand mehr hin, die ganze Stadt weiß es in zwölf Stunden. Der Besitzer muß zusehen. Um das Neppen zu verhindern, hat er große Plakate im Saloon hängen: „Jedes Getränk ein Peso“ oder „Jedes Getränk fünfzig Centavos“. Sie brauchen keine Polizeivorschriften. Gäste und Restaurateure regeln das selbst durch die Freiheit in Angebot und Nachfrage, durch die Freiheit der Konkurrenz und durch das Fehlen von Konzessionsverpflichtungen. Wenn zuviele einen Saloon aufmachen, braucht keine Behörde einzugreifen, die überflüssigen gehen von selbst pleite. Nur die Nichtnepper, nur die, die für gutes Geld gute Ware liefern, überleben. Bier Polizisten und ein Inspektor halten in diesem großen Bierdel die Woche, und sie haben so selten etwas zu tun, daß es auffällt, wenn sie einmal eingreifen müssen. Sie brauchen nur ganz selten einen Betrunknen in Sicherheit zu bringen, weil selten ein Betrunkener zu sehen ist. Und wenn man doch einen sieht, so ist es ein indianischer Arbeiter oder ein heruntergekommenes Halbblut. Im Streifgalle mit den Senoritas und den Herren sind sie auf Seiten der Schwächeren, der Senoritas. Und nur, wenn der Herr zweifelsfrei im Recht ist, dann wird ihm beigeistanden.

Zwei oder drei Detektive mischen sich unter die Leute. Sie suchen nach dem Opium- und Kokainveräußern, die hier in diesem Viertel ihre Kundenschaft finden.

Oluna und ich wir setzten uns an einen Tisch und bestellten Bier. Dann tanzten wir mit zwei Senoritas und luden sie ein, sich zu uns zu setzen. Sie tranken ein Gläschen Whisky. Wir wußten nicht, was wir zu ihnen reden sollten. Und es tat mir leid um die Senoritas, die sich die größte Mühe gaben, eine Unterhaltung in Gang zu bringen. Ich war immer froh, wenn wieder ein Tanz einsetzte, weil man mit den Füßen leichter fort kommt als mit der Zunge.

Um überhaupt zu reden, fragten wir die Senoritas nach allen möglichen dummen Sachen. Ob sie jede Woche den Arzt sehen müßten oder nur alle zwei Wochen. Ob diejenigen, die nicht in den Saloons tanzten für ihre Häuser 150 oder 200 Pesos den Monat zu zahlen hätten. Wieweil sie durchschnittlich verdienten.

Sie hielten uns sicher für außerordentlich stupid, daß wir

so blöde geschäftliche Fragen an sie richteten, statt von den mehr interessanten Dingen des Lebens zu sprechen. Aber sie verloren ihre gute Laune nicht. Das konnten sie auch nicht gut, weil sie keine Lauen hatten. Die dursteten sie nicht haben, weil es dem Geschäft hinderlich werden könnte. Und weil sie keine Lauen hatten, fühlten sich viele Herren, die Familie hatten, hier wohler als in ihrem Hause; denn es gibt nur wenige Männer, die launische und zänkliche Frauen lieben. Die Erholung hier war für solche Herren die Geldausgabe wert. Hier waren die Herren immer vergnügt. Und ich glaube sicher, wenn sie zu Hause stets ebenso vergnügt wären wie hier, würden manche keine zänkischen und launischen Frauen daheim vorfinden.

Endlich sagte Oluna: „Es ist eif, ich glaube, wir gehen.“

„Gut,“ sagte ich, „gehen wir.“

13.

Wir kamen heim um halb zwölf. Um zu der Kammer zu gelangen, wo wir unsere Arbeitshose anziehen wollten, mußten wir an der Backstube vorbei. Sie waren feste am Arbeiten da drin. Wir guckten durch die Tür, und der Meister sah uns.

Er zog seine Uhr und sagte: „Es ist gleich zwölf.“

„Das weiß ich,“ erwiderte ich, „wir haben es eben an der Kathedrale gesehen. Und überhaupt, ich höre auf.“

„Dann?“ fragte der Meister.

„Jetzt,“ sagte ich.

„Dann sagen Sie es dem Alten. Er ist vorn im Café.“

„Das habe ich gesehen. Das brauchen Sie mir nicht zu sagen. Ich bin ja durch das Café gekommen.“

„Ich höre auch auf,“ sagte nun Oluna.

„Warum wollt ihr denn beide aufhören?“ fragte der Meister.

„Wir sind doch keine Biծhammel, daß wir hier jeden Tag fünfzehn und achtzehn Stunden arbeiten,“ sagte Oluna.

„Ihr habt wohl getrunken?“ fragte der Meister.

Oluna ging gleich auf ihn zu: „Was sagen Sie?“

„Ich werde doch wohl sagen dürfen, daß es gleich zwölf ist,“ rechtfertigte sich der Meister, „wenn wir hier schon seit zehn arbeiten und so viel zu tun ist.“

„Sie können sagen, was Sie wollen,“ meinte ich, „aber nicht mehr zu uns. Sie sind nicht mehr unser Meister.“

„Gut,“ sagte der Meister darauf, „dann geht aber auch gleich. Dann braucht ihr hier auch nicht mehr zu schlafen, und morgen früh noch das Frühstück mitnehmen, gibt es auch nicht.“ (Fortsetzung folgt.)

Schluß im Stadtparlament.

Nach diesem Geständnis wird Ulrich dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Seine Frau, die von seinem räuberischen Plane nichts wußte, erlitt, als man ihr die Nachricht brachte, einen Anfall nervöser Erblindung. Ihr Zustand hat sich indessen schon wieder etwas gebessert. Der 12jährige Sohn aus erster Ehe hat sich die Tat des Vaters so zu Herzen genommen, daß er am Donnerstag vormittags Selbstmord verüben wollte, um die Schande der Familie nicht überleben zu müssen. Die Großmutter konnte ihn im letzten Augenblick vom Fensterbrett zurückziehen. Für den überfallenen Pöbel besteht keine Lebensgefahr mehr.

Medizin und Biochemie.

Eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung.

Ein kleines medizinisches Kolleg, an dem hervorragende Autoritäten, wie Geheimrat Professor Dr. August Bier, Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch und Professor Guettich von der Charité teilnahmen, fand vor der großen Strafkammer des Landgerichts III statt, die sich damit zu befassen hatte, ob dem Bäckermacher Louis Schließ ein fahrlässiges Verschulden an dem Tode eines vierjährigen Kindes zur Last falle. Schließ ist Berater biochemischer Vereine und hatte das vierjährige Kind des Klemmermeisters Schmidt gegen Mittelohrentzündung mit biochemischen Salzen behandelt. Der Fall lag besonders eigenartig.

Das Schöffengericht Wedding hatte Schließ bereits wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklagebehörde fand die Strafe zu niedrig, und Staatsanwaltschaftsrat Vater beantragte auch eine Erhöhung der Strafe auf ein Jahr Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Frey für den Angeklagten, der nach seiner besten Ueberzeugung die biochemische Methode angewendet hätte, Freisprechung verlangte. Es war ein ganzes Heer von Sachverständigen aufgetreten, medizinische Autoritäten und biochemische Ärzte. Der vierjährige Junge war Anfang Januar 1923 an einem Ohrenleiden erkrankt und von dem Vater zur Untersuchung nach der Charité gebracht worden. Hier wurde Mittelohrentzündung festgestellt und eine Durchstechung des Trommelfelles vorgenommen. Das Kind wurde zunächst in der Charité ambulant weiterbehandelt. Als sich der Zustand verschlimmerte, hielten die Charité-Ärzte einen operativen Eingriff für erforderlich, der am nächsten Tage vorgenommen werden sollte. Zufällig lernte der geängstigte Vater am anderen Tag den Biochemiker Schließ kennen, und nach einer Unterredung mit diesem nahm Schmidt sein Kind aus der Charité heraus und vertraute es Schließ an, der es mit biochemischen Tabletten behandelte. Der Zustand des Kindes verschlimmerte sich. Auf Anraten von Schließ zog Schmidt noch den approbierten Arzt Dr. Döbel hinzu, der die Behandlung Schließ befähigte. Der Zustand des Kindes verschlimmerte sich aber immer mehr, und so ging der Vater noch einmal mit dem Kind zur Charité. Jetzt war es aber zu spät. Das Kind starb. Geheimrat Professor Dr. Bier richtete an den Zeugen mehrere Fragen u. a.: Ist dem Zeugen bekannt, daß seit den Zeiten des Hippokrates, also seit 2000 Jahren, die Heilkräfte auf dem Standpunkt steht, daß einem Abszess durch das harmloseste Messer der Wesen nach außen geöffnet werden muß? Das ist eine der elementarsten Regeln der Medizin. — Zeuge Dr. Döbel: „Das ist mir bekannt, aber auf Grund meiner Erfahrungen mit der biochemischen Heilmethode bin ich von diesem alten Grundsatz abgekommen. Ein Eingriff war nicht nötig, weil ein Abfluß des Eiters vorhanden war.“ — Geheimrat Bier erwidert darauf, daß das nach den Feststellungen der Charité-Ärzte nicht der Fall gewesen sei. Von den sechs Sachverständigen, die vernommen wurden, stellte sich nur der biochemische Arzt Dr. Wessing auf die Seite des Angeklagten. Die anderen Sachverständigen fanden das Verhalten des Angeklagten durchaus schuldhaft. Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch erklärte, von einer Behandlung könne weder bei Schließ noch bei Dr. Döbel die Rede sein. Bei Stoffwechselkrankheiten, wie Gicht, Zucker, könne vielleicht die Natur durch Salze beeinflusst werden, nicht aber bei chirurgischen Krankheiten. Geheimrat Prof. Dr. Bier erklärte, es selbst ist der erste gewesen, der Mittelohrentzündungen faniertativ behandelt habe, aber er würde niemals bei einem Mittelohrabzess so leichtfertig sein, den operativen Eingriff zu vermeiden, ohne vorher einen Ohrenarzt zu Rats zu ziehen. In diesem Falle seien die elementarsten Regeln der Medizin vernachlässigt worden. Nach längerer Beratung kam das Gericht, ohne zu dem Streit zwischen Biochemie und Schulmedizin Stellung nehmen zu wollen, zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte Schließ sich der Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe. Auch Dr. Döbel habe in unzulässiger Weise gehandelt. Der Angeklagte habe in geradezu unzulässiger Ueberhebung und Leichtfertigkeit gehandelt und daher ersuchen dem Gericht das erste Urteil keine ausreichende Strafe. Diese ist daher verdoppelt worden so daß der Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wird. Da er nicht aus Gewinnsucht gehandelt hat und zu erwarten ist, daß er Straftaten dieser Art nicht mehr begehen werde, hat das Gericht ihm nach Verbüßung der ersten drei Monate für den Rest der Strafe Bewährungsfrist bewilligt.

Motorradunglück mit tödlichem Ausgang.

In der Wilhelmstraße in Spandau, die zur Chaussee nach Potsdam führt, ereignete sich gestern abend ein schwerer Unfall. Der 24jährige Direktor Wilhelm Fahrlich aus Rassel, der zum Besuch hier weilte, durchfuhr in sehr schnellem Tempo die Wilhelmstraße. Er wollte ein vor ihm fahrendes Berliner Kraftfahrzeug überholen, unterschätzte aber die Entfernung und streifte den linken Kotflügel. Hierbei überschlug sich das Motorrad mehrmals, und Fahrlich flog im Bogen auf das Straßenpflaster, wo er schwer verletzt liegen blieb. Noch bevor ein Arzt zur Stelle war, verstarb der Verunglückte an den Folgen eines doppelten Schädelbruchs. Die Leiche wurde beschlagnahmt und der Spandauer Leichenhalle zugeführt.

Ein Filmopereur von einem Kampfstier aufgespießt.

Bei einem Stierkampf in Madrid wurde der Berliner Filmopereur Kuhleb, der für die National-Filmgesellschaft eine Aufnahme drehen wollte, von einem Stier schwer verletzt. Als der Stier das Geräusch des Kurbellastens hörte, zeigte er den Stierkämpfern den Rücken und stürzte sich auf den Filmopereur, den er auf die Hörner nahm und durch die Luft schleuderte. Nur mit größter Mühe gelang es, Kuhleb vor dem Zerfleischtwerden durch den Stier zu retten.

An der Handelshochschule Berlin ist gestern eine selbständige Gruppe der „Vereinigung sozialdemokratischer Studenten“ gegründet worden. Wir bitten alle Parteigenossen und sozialistisch interessierten Studenten um Mitteilung ihrer Adresse an den Genossen Adolf Viertel, Berlin O. 112, Schreinerstr. 38.

120 Ferienlonderrüge für rund 100 000 Reisende verlassen — neben den fahrplanmäßigen Zügen — in diesen Wochen die Reichshauptstadt. Für Freitag, den ersten Berliner Ferientag, sind 12 dieser Ferienlonderrüge vorgesehen, je drei nach München und der Ostsee, zwei Züge nach dem Harz, je einer nach Basel, Ostpreußen, Thüringen und Köln.

Geheimnisvoller Frauenmord in Wien.

Ein graufiger Fund.

Auf der über die Donau führenden Rheinbrücke in Wien wurde am Donnerstag ein entsetzlicher Fund gemacht. Man fand dort ein nacktes Frauenlein, und es ergab sich, daß das Bein erst kurze Zeit vorher vom Körper abgetrennt worden sein mußte, und zwar ist es das linke Bein einer Frau, das im zweiten oberen Drittel des Oberschenkels abgetrennt ist. Die Schnittstelle bedeckte ein Tuch, das fest an den Knochen- und Fleischteilen klebte. Der Oberschenkel ist anscheinend glatt durchschnitten worden. Die polizeilichen Ermittlungen hatten bis zur Stunde noch kein Ergebnis.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern, weil man in die Sommerferien gehen sollte, flott gearbeitet. Die durch eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion herbeigeführte Aussprache über den Plan der Reichsbahngesellschaft, für den elektrischen Betrieb der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ein eigenes Kraftwerk zu bauen, ergab allseitige Beurteilung dieses Gedankens. Den Ausführungen unseres Genossen Reuter, der das volkswirtschaftlich Bedenkliche einer solchen Kräftezersplitterung darlegte, schlossen sich die Redner anderer Fraktionen an. Ein Grundstückskauf der Stadt, bei dem der Stadtrat Benede ein gutes Geschäft gemacht hat, wurde gestern eingehend erörtert. Unsere Genossen Blaschki und Ad. Hoffmann leuchteten in diese eigenartige Angelegenheit kräftig hinein, und vergeblich bemühte sich der Magistrat durch Stadtrat Busch, den üblen Eindruck des stadträtlichen Verhaltens abzumildern. Ueber die von verschiedenen Fraktionen, auch von der sozialdemokratischen Fraktion, schon vor längerer Zeit gestellten Anträge zur Wohnfrage wurde gestern nach den Vorschlägen des Ausschusses beschlossen. Beinahe allem, was da gefordert wird, versagen die rechtsstehenden Fraktionen die Unterstützung, aber sie konnten die Annahme nicht hindern. Wenn die Gemeinde wirksam zum Schutz der für die Kleinwohnungen in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten eingreifen soll, machen die Schwarzweißrotten nicht mit.

Gestern hielt die Stadtverordnetenversammlung ihre letzte Sitzung vor den Ferien ab. In der langen Reihe der vom Vorsteher, Genossen Hoff, vorgelesenen Anträge und Anträgen befanden sich auch eine Anzahl von unserer Fraktion. Die interessanteste unserer Anträge hat folgenden Wortlaut:

Das Bezirksamt Spandau beabsichtigt, der dortigen Bezirksversammlung eine Vorlage: „Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung eines Wanderprelles für das Meisterschaftsschießen des Kleinkaliberbüchsenvereins Spandau und Umgebung“ zu unterbreiten. Wir fragen: Hat der Magistrat Kenntnis davon und billigt derselbe die entz. Bewilligung von Mitteln für derartige Zwecke?

In der Erledigung der umfangreichen Tagesordnung kam zunächst eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion zur Behandlung, in der der Magistrat gefragt wird, ob er geneigt sei, die

Errichtung eines Elektrizitätswerkes in Rummelsburg durch die Reichsbahn

zu verhindern und die Stromversorgung der zu elektrifizierenden Stadt- und Ringbahn durch die städtischen Elektrizitätswerke zu sichern. Genosse Reuter wies in seiner Begründung darauf hin, daß die Reichsbahn auf die Folgen hingewiesen hätte, die bei einem etwaigen Streik in den städtischen Elektrizitätswerken für den Betrieb der Stadtbahn erwachsen würden. (1) Die Reichsbahn hätte ferner die hohen Preise des städtischen Stromes bemängelt und im übrigen betont, daß sie „Herr im eigenen Hause“ sein wolle. Nach der Auffassung der Reichsbahn gehe die Entwicklung dahin, daß der von der Reichsbahn benötigte Strom im reichseigenen Betriebe hergestellt wird. Namens des Magistrats antwortete Stadtrat Genosse Schlichting. Er verlas den Schriftwechsel zwischen den städtischen Elektrizitätswerken und der Reichsbahn und hob dabei hervor, daß die „Bewag“ einen Strompreis genannt habe, der günstiger ist, als wenn die Reichsbahn den Strom selbst herstellen würde. Stadtr. Fabian von den Deutschen Nationalen schloß sich im Auftrage seiner Fraktion der sozialdemokratischen Fraktion an, weil es volkswirtschaftlich nicht zu vertreten wäre, daß die Reichsbahn ein eigenes Kraftwerk baue, wo die Stadt Berlin in kürzester Zeit das städtische Kraftwerk in Rummelsburg fertiggestellt haben wird. Birk (S.) wandte sich gleichfalls gegen das Reichsbahnprojekt, ebenso Dr. Michaelis (Dem.) und der Vertreter der Kommunisten. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich also mit vollkommener Einmütigkeit gegen die partikularen Bestrebungen der Reichsbahn gewandt. — Mit großer Mehrheit stimmte die Versammlung dem

Abluß des Vertrages mit der Hochbahngesellschaft

zu. — Nach längerer Aussprache stimmten die Stadtverordneten einer Vorlage des Magistrats zu, nach der für eine Anzahl Sportvereine, darunter drei Arbeitervereine, Bürgerschaften übernommen werden sollen. — Bei den Grundstücksangelegenheiten berichtete Genosse Gutschmidt im Auftrage des Ausschusses, daß bei einem Grundstücksankauf Bedenken erhoben wurden. Der Ausschub habe einen Preis von 180 000 M. für das Grundstück Grünhaldstrasse 21 für angemessen gehalten, wozu der Verkäufer noch die Wertzuwachssteuer von 30 000 M. zu tragen hätte. Der

Magistrat hat aber, entgegen diesem Beschlusse, beschlossen, das Grundstück für 210 000 M. anzukaufen. Genosse Blaschki betonte diese Angelegenheit näher. Es handelt sich um ein Mietshaus, das schon immer eine Schule beherbergt. Die Schulverwaltung habe geltend gemacht, daß für den Fall der Kündigung des Schulgebäudes durch den Besitzer die dringend nötige Schule obdachlos werden würde. Das interessanteste an der ganzen Angelegenheit ist aber,

daß der augenblickliche Leiter des Schulwesens und der Besitzer des Hauses miteinander identisch sind. Es ist der volksparteiliche Stadtrat Benede.

(Lebhafte Hört, hört links! Aherhört! Schließung!) Man kann sich vorstellen, meine Genosse Blaschki, wieviel schlaflose Nächte der Schulleiter Benede darum gehobt hat, daß ihm der Hausbesitzer Benede etwa das Schulhaus kündigen könnte! Tatsächlich ist denn auch die Kündigung erfolgt. Wir sehen diese Kündigung und alles, was damit zusammenhängt, als einen Skandal an, um so mehr, als in der nächsten Nähe seit langer Zeit auf einem städtischen Platz ein Schulneubau geplant ist. Soll das Grundstück weiter als städtisches Schulhaus benutzt werden, so sind umfangreiche Reparaturen nötig, die sehr erhebliche Bausmittel erfordern werden. — Stadtverordneter Schulbach (D.P.) nahm seinen Parteigenossen Benede in Schutz. Genosse Hoffmann stellte fest, daß die Eheleute Benede das Grundstück für 15 000 M. gekauft haben. Nur zehntausend Mark sind davon bar bezahlt worden; die restlichen 5000 Mark zahlte man während der Inflation in — Papiermark. Bei dem Beschlusse des Ausschusses war maßgebend das Kündigungsrecht des Hausbesitzers Benede. (Zuruf: Erpressung!) Hoffmann: Ich will nicht gerade Erpressung sagen, wenn es aber vor mir jemand sagt, bin ich der erste, der es glaubt. (Heiterkeit.) Auf jeden Fall ist das Verhalten des Hausbesitzers Benede als Magistratsmitglied und Schulleiter ein Skandal, den sich die Bevölkerung nicht gefallen lassen kann. Ein solches Grundstück, alt und baufällig wie das Benedesche, konnte sich nur der Magistrat anschaffern lassen. Anderweitig wäre Herr Benede sein Grundstück nicht losgeworden. (Bravo links.) Stadtrat Busch glaubte feststellen zu können, daß zwischen dem Angebot des Ausschusses und dem Magistratsbeschlusse nur ein Unterschied von 8000 M. besteht, da im ersten Falle die Wertzuwachssteuer von der Stadt, im anderen Falle aber von Stadtrat Benede getragen werden sollten. Die Tatsache aber, daß Benede mit seiner Kündigung an die von ihm vertretene Behörde die Stadt in eine Art Zwangslage gebracht hatte, konnte nicht vermischt werden. Beschlossen wurde schließlich, den Magistrat zu ersuchen, den Ankauf nicht vorzunehmen. Der so lautende Antrag der Linksparteien wurde schon Ende Mai gestellt. Inzwischen hat aber der Magistrat beschlossen, den Ankauf vorzunehmen, Herr Stadtrat Benede hat also sein Geld bereits weg.

Eine Reihe von Anträgen mehrerer Parteien, die die

Beseitigung des Wohnungselends

zum Gegenstand haben, kamen aus der Ausschussberatung zurück und Genosse Reimann berichtete darüber. Der Ausschub hat die verschiedenen Anträge zusammengefaßt und in einem Beschlusse zunächst betont, daß der Stadt Berlin zuzustehende Anteil aus der Hauszinssteuer zu niedrig ist und darum eine Ungerechtigkeit darstelle. Es werden dann eine Reihe Maßnahmen gefordert, die die Stadt Berlin in die Lage versetzen sollen, Wohnungen zu bauen. Die Versammlung trat den Ausschussempfehlungen bei. Um 9 1/2 Uhr begann dann noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Unfälle der Arbeitenden.

Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittags an der Pascal-Edle Hallerstraße in Charlottenburg. Eine Arbeiterkolonne war mit dem Abladen von Risten beschäftigt, als plötzlich eine Riste im Gewicht von etwa 20 Zentnern abrußte und den 37jährigen Arbeiter Paul Junfer aus der Jungstr. 14 in Lichtenberg unter sich begrub. Nach längerer Bemühungen gelang es, den Schwerverletzten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Ein Wagen des städtischen Rettungsamtes brachte J. nach dem Roobitzer Krankenhaus, wo er jedoch kurz nach der Einlieferung an den Folgen schwerer innerer Verletzungen starb. — Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich in der Birkenstr. 74. An dem Hause werden Ausbesserungsarbeiten vorgenommen, wozu ein größeres Gerüst errichtet wurde. Aus bisher noch ungeklärter Ursache stürzte der 21jährige Arbeiter Martin Bachmann aus der Birkenstr. 41 aus etwa 12 Meter Höhe in die Tiefe. Schwerverletzt mußte er in das Krankenhaus am Friedlandhain eingeliefert werden. — Vor dem Hause Lothringer Straße 19 wurde der 57jährige Ruischer Oskar Hornemann aus der Landsberger Allee 28 von einem anderen Pferdegepäck zu Boden gerissen und überfahren. J. zog sich einen Schädelbruch und schwere Verletzungen zu. Ein Wagen des städtischen Rettungsamtes sorgte für seine Ueberführung in das Birchow-Krankenhaus.



Warum nur spricht René Kirschner die netten Feuilletons von Gling, Aubertin und Hildenbrandt im Sperrdruck, mit so neckischen Betonungen und Pointierungen und dann wieder mit einer überströmigen Rührungssträne? Bieleicht übersteht nach Fred Hildenbrandt am leichtesten diese Uebung, aber Gling und Aubertin nehmen sich dabei leichsam aus. So einfach, unaufdringlich und wohlwendet wie diese Dinge geformt sind, müssen sie auch gesprochen werden, wenn nicht ein durchaus falsches Bild von ihnen entstehen soll. Das war nichts. Einigermahen entschädigte dafür die Overtüre zu Mozarts „Bastien und Bastienne“, wenn ihr auch Ferdn Kaufmann die tänzerische Eleganz schuldig blieb. Der Abend brachte ein Orchesterkonzert unter Bruno Seidler-Winfers solidem und sicherer Leitung mit Georg Kniefädt, dem Konzertmeister der Staatsoper als Solisten. Kniefädt spielte Mozarts Violinkonzert und Wieniamstis Faust-Fantasia im breiten Stroh und tendenzlos, aber etwas schwer im Allegro. Uebrigens wie alle Variationen interessiert auch die Faust-Fantasia nur durch die Virtuosität, die sie vom Spieler verlangt. Bestimmt wirkt der Walzer im Original besser. Von den Orchesterwerken stand die Overtüre zu Goldmarks „Königin von Saba“ durch die ausgezeichnete Interpretation an erster Stelle. Beethoven und Bizounow blieben daneben bloß.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 2. Juli. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau (Dorothee Goebeler: Goldene Rücksichtslosigkeit). 4.30 Uhr nachm.: Georg Bamberg: „Schnurren aus dem Volksleben“. (In Berliner Mundart). 5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Puppentheater. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. 6 bis 6.30 Uhr abends: Teemusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 6.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Gartenbau-Oberinspektor B. Krug: „Sommerarbeiten im Gemüsegarten“. 7.20 Uhr abends: Prof. Dr. Gouthold Weil: „Orientalisches Gut in unserer Muttersprache“ (2 Teil). 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Ge-

sellschaft. Dr. Albert Brackmann: „Grundzüge der europäischen Geschichte (Die Entstehung der Nationalstaaten)“. 8.30 Uhr abends: Lyrik der Großstadt. Mitwirkende: Franz Rollof, Alfred Braun, Rezitationen. 9 Uhr abends: Kammerkonzert. 1. York Bowen: Sonate C-Moll für Bratsche und Klavier; Allegro moderato, Poco lento e cantabile, Finale: Presto (Hans Mahlke, Bratsche; Paul Schramm, Klavier). 2. Beethoven: Sonate op. 37, Cis-Moll (Paul Schramm). 3. R. Schumann: Märchenbilder, op. 113. Vier Stücke für Bratsche und Klavier. (Nicht schnell, Lebhaft, Langsam, mit melancholischem Ausdruck, Rasch) Hans Mahlke und Paul Schramm). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 2. Juli.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und Fräulein v. Exeren: Spanisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Landesschulrat Dr. Schwarz. Lübeck: Die Bedeutung der Erdkunde für unsere Zeit. 4—4.30 Uhr nachm.: Landesschulrat Dr. Schwarz. Lübeck: Der Gegenstand des Erdkundeunterrichts. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr nachm.: Franziska Bruck: Die Blume als Bildungsfaktor. 7.30—7.55 Uhr abends: Dr. Schenk: Die Angst vor dem Zahnarzt. 7.55—8.25 Uhr abends: Prof. Dr. Guggenheimer: Magen- und Darmstörungen im Sommer. 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

Sport.

Renner zu Grunewald am Donnerstag, den 1. Juli. 1. Rennen. 1. Lustpost (Kenz), 2. Winterweide (H. Ebler), 3. Sturm (Mannchen). Toto: 38 : 10. Platz: 20, 13 : 10. Ferner liefen: Gato, Falter gel. 2. Rennen. 1. Königshäler (Dr. König), 2. Carl Ferdinand (H. Eble), 3. Niederwald (Dr. Schiller). Toto: 41 : 10. Platz: 14, 16, 14 : 10. Ferner liefen: Morgenpost, Sun's Day, Hebe, Sonne v. Dr. 3. Rennen. 1. Brandmeister (Ebler), 2. Spetulant (Walter Heuer), 3. Morgenlouise (Hauer). Toto: 98 : 10. Platz: 30, 14, 15 : 10. Ferner liefen: Lallo II, Grün, Gollubi, Restor, Haarstraße, Portense. 4. Rennen. 1. Goer v. Almer (v. Lemnitz), 2. Rainberg (Schiller), 3. Trompeter (v. Bodenhausen). Toto: 244 : 10. Platz: 62, 38, 21 : 10. Ferner liefen: Cardinal II, Fausche le Pre, Venus IV, Wj Lord II, Kappelhof, Welterstraße, Nordsee gel. 5. Rennen. 1. Fritz Bromm (W. Gling), 2. Kreis (Branke), 3. Nigenium (B. Dabr). Toto: 91 : 10. Platz: 22, 58, 16 : 10. Ferner liefen: Walemit, Röcos, Rimoce, Rückstet, Ritis, Remondus II, Zeblich gel., Galca, Fleghilde. 6. Rennen. 1. Boris Maximilian (Walter Heuer), 2. Grola (Ebler), 3. Zanderhölle (Schiller). Toto: 188 : 10. Platz: 59, 27, 92 : 10. Ferner liefen: Luna, Gnadenfrist gel., Nordlicht, Gulala, Märgenzäuberin, Botwika gel., Hippo, Ueberfeld. 7. Rennen. 1. Landredner (Waltke), 2. Brommeus (Wort), 3. Rubel (Schiller). Toto: 46 : 10. Platz: 15, 13, 13 : 10. Ferner liefen: Gila, Ueberwind gel., Ökarius, Freudenf., Kor bi Duimta.

Schwangerschaft und Entlassung.

Paragraph 137 der Gewerbeordnung.

In der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit muß jeder fürchten, seine Stellung zu verlieren. Krankheit, Unpäßlichkeit, traurige Familienverhältnisse, alles wird irgendwie überwunden, verschwiegen, um sich nicht eine Blöße zu geben, um nicht weniger leistungsfähig zu erscheinen, als die Arbeitskollegen.

Wieviele schwangere Frauen, auch dann, wenn sie verheiratet sind, sehen sich aus wirtschaftlicher Not gezwungen, in ihrer Arbeitsstätte ihren Zustand ängstlich zu verheimlichen, weil sie befürchten, deshalb entlassen zu werden. Wie manche werdende Mutter, da sie auf ihren Verdienst angewiesen ist, steht lieber acht Stunden als Stanzlerin, bis ihr die Füße unerträglich anschwellen. Eine andere hantiert mit schweren Säcken und Kisten, achtet nicht der starken Schmerzen in Kreuz und Leib. Sie zeigt nicht, wie schwer ihr das Rücken und Tragen fällt, aus Furcht vor der Entlassung. Trug Uebelweins oder oft plötzlich austretender Schwäche versucht die Schwangere doch noch, ihr Arbeitspensum irgendwie zu schaffen. Sie legt ihren ganzen Willen und ihre letzte Körperkraft ein. Es ist ein trauriger Zustand, unter dem naturgemäß die Gesundheit der Frau und die des zu erwartenden Kindes leiden muß. Und doch könnte man sich in den meisten Betrieben auf so einfache Wege Erleichterung schaffen!

Wozu ist denn die Gewerbeaufsichtsbeamtin da? Erfahrungsgemäß fürchten sich aber die meisten schwangeren Frauen, sich ihr in ihrem Zustande anzuvertrauen. Sie ziehen es vor, ihre Mutterschaft zu verheimlichen, solange es irgend geht. Sie plagen und quälen sich, und eines Tages geht es dann nicht mehr weiter, und dann verschwinden sie aus dem Betriebe. Nun erst erzählt die Gewerbeaufsichtsbeamtin doch letzten Endes von den Arbeitskolleginnen die Tatsache, die letztere ja meistens schon geahnt haben. Und der Beamtin bleibt nichts anderes übrig, als es liebhaft zu behaupten, daß die werdende Mutter sie nicht rechtzeitig aufgesucht hat und sich monatelang so unendlich plagte. Denn die Gewerbeaufsichtsbeamtin ist u. a. dazu da, den Schwangeren eine leichtere Beschäftigung innerhalb ihres Bezirkes zu verschaffen, oder da, wo dies nicht möglich, für sie kleine Vergünstigungen zu erwirken, die der betreffenden Frau die Arbeit erträglich machen (eine kurze Ruhepause, Erfrischung während der Arbeit usw., wechselnde Beschäftigung, d. h. mal im Stehen, mal im Sitzen). Die Angst der arbeitenden (schwangeren) Frau, die darauf angewiesen ist, weiter zu arbeiten, und sich ihren Posten auf jeden Fall solange wie möglich halten muß, ist in der falschen Auffassung der meisten über den § 137 der Gewerbeordnung begründet. Dieser hat sich den im Kampfe um den Broterwerb ängstlich gewordenen Gemüthern in der Weise eingeprägt, daß es verboten ist, eine Schwangere in einem Betriebe zu beschäftigen. Diese Ansicht ist falsch. Der Gesetzgeber hat in dem § 137 zum Schutze der werdenden Mutter die Zeit genau festgelegt. Er verbietet dem Arbeitgeber nur, eine schwangere Frau in seinem Betriebe vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung zu beschäftigen, so daß zu einer Entlassung einer schwangeren Frau aus dem Grunde ihres Zustandes überhaupt der Arbeitgeber gar kein Recht hat. So ist das Gesetz, das Leben sieht aber anders aus! Leider kennen die Frauen die wenigen Rechte, die ihnen das Gesetz nach dieser Richtung hin einräumt, und diese Unkenntnis der Frauen kommt dem Arbeitgeber zugute, der die Schwangerschaft bei eventuellem bestehendem Arbeitsmangel als Vorwand zur Entlassung benutzte. Er weiß, daß die betreffende Frau, da sie etwas vom § 137 gehört hat und dem Nichtbeschäftigten-dürfen während der Schwangerschaft, sich mit ihrer Entlassung als mit einer Selbstverständlichkeit zufriedengibt. Der richtige Weg ist aber ein anderer:

Man mündet sich vertrauensvoll an die Gewerbeaufsichtsbeamtin, die stets in der Bogen ist, der werdenden Mutter alle möglichen Vergünstigungen im Betriebe zu verschaffen, und die mit den Vorgesetzten gut vertraut ist und dafür einstehen würde, daß der Arbeitgeber die Frau nicht zu Unrecht, also vor den vorge-schriebenen vier Wochen vor der Niederkunft, entläßt, falls nicht andere Gründe als die Schwangerschaft selbst vorhanden sein sollten. Die Gewerbeaufsichtsbeamtin behandelt alles, was sie von den betreffenden Frauen erzählt, vollkommen vertraulich. Es ist außerdem ratsam, jeweils schon zu Beginn der Schwangerschaft, eine Beratungsstelle für Frauen und Mädchen (Schwangerenfürsorge) aufzusuchen und sich dort über gesundheitliche Fragen zu unterrichten, und um zu gleicher Zeit gegebenenfalls dem Arbeitgeber ein ärztliches Attest vorlegen zu können, daß die Schwangerenfürsorge die Tätigkeit segar befürwortet.

Darum, ihr arbeitenden werdenden Mütter, merket euch bei der Gewerbeaufsichtsbeamtin in eurem Betriebe und sucht auch die Schwangerenfürsorge auf, ohne irgendwelche Folgen für eure Arbeit zu fürchten! Man will für euch sorgen und euch helfen und euch nicht um das Wenige bringen, was ihr euch mühsam verdient! Man will euch unnötige körperliche und seelische Leiden ersparen, euch gesund erhalten und euch die ohnehin so schwere Mutterschaft erleichtern!
Dr. med. Bolluhals, Fürsorgeärztin.

Die Notstandsarbeiten an den Hochbergen.

In der Woche vom 15. bis 21. Juni 1926 wurden durchschnittlich 705 Personen beschäftigt, 8400 Kubikmeter Boden und 135 Kubikmeter Düngerde und Straßenhandlung bewegt und einplaniert bzw. ausgebreitet. Zur Boden- und Düngebewegung wurden verwendet 115 Feldbahnwagen und 2883 laufende Meter Gleis. Mit der Abschachtung für den Gebäudeplatz des Reitplatzes wurde begonnen. Ebenso mit der Abfuhr des Mutterbodens, der an der Londoner Straße liegt und der nach der Nordböschung der Sportwiese gelobt wurde. Die Einbahnung des Reitplatzes ist nahezu beendet. An der Schüttung der Wege sowie der Zuhauerterrassen, die um den Reitplatz liegen, sowie auch an dem Planum für die Tennisplätze wurde weitergearbeitet. An der Schüttung des an der Ostwieschke der Sportwiese gelegenen Gebäudeplatzes wurde weitergearbeitet; der Boden hierzu wurde aus dem Südwestplatz der Sportwiese und der daran anschließenden Wege und Böschungen abgefahren. Die Schüttung der Badlage des Umgangs-weges parallel der Transvaalstraße ist nahezu beendet. An dem für den südlichen Teil des Höhenzuges erforderlichen Abtrag zur Planierung der Wege auf dem Höhenzuge und die von dem Höhenzuge nach den Spielwiesen führenden Wege wurde weitergearbeitet. Auf dem Vorplatz zur Sportwiese und am Dohnagestell wurde Bauarbeiten angefahren und zum Teil zur Begehörtterung geschlagen. Straßenhandlung und Düngerde wurde auf die Flächen gebracht, ausgebreitet und durchgegraben.

Sozialismus und Kultur.

Zu diesem Thema sprach vor einigen Tagen Genosse Dr. Bittor Engelhardt vor den Berliner Jungsozialisten, wobei er ungefähr folgende Ausführungen machte: Zwischen beiden Begriffen ergibt sich bei näherer Betrachtung eine zweifache Verbindung. Sozialismus kann verstanden werden als Ausdruck aller Bestrebungen, die an Stelle des gegenwärtig mangelhaften Daseins eine bessere Zukunft setzen wollen. Später wird dann die rationalistische und dann die politische Weltanschauung Träger sozialistischer Bestrebungen. Berühmt

jense mit dem bloßen Denten die Resultate einer sozialistischen Gesellschaft zu begründen, die, wenn erst einmal entdeckt, nur den Fürsten und Mächtigen populär gemacht werden braucht, um ihre restlose Durchführung zu sichern, so spürte eine positivistische auf menschliche Erfahrung und nur auf sie gegründete Anschauung den Bedingungen gesellschaftlichen Lebens nach, um dann zur Erkenntnis der Voraussetzungen einer sozialistischen Umwandlung zu gelangen. Dieser Entwicklungsgedanke hatte auf naturwissenschaftlichem Gebiet seinen Vertreter in Darwin. Der geniale Begründer solcher ge-

Große Funktionärversammlung

Dienstag, den 6. Juli 1926, abends 7 1/2 Uhr, im Saalbau Friedrichshain

Tagesordnung: Reichstag und Fürstenaufbahrung

Alle Parteifunktionäre und SPD-Vertrauensleute der Gewerkschaften mit dem Ausweis für 1926 sind eingeladen.

Mitgliedsbuch vorzeigen! Der Bezirksvorstand.

sozialwissenschaftlicher Erkenntnis war Marx. Der marxistische Sozialismus wurde zum mächtigen Impuls der sozialen Bewegung unserer Zeit. Ein Stadium dauernder Veränderungen im marxistischen Gedankengebilde erlebte unsere Zeit. Sozialismus ist nicht nur Forderung, geboren aus den Rissen einer Gesellschaft. Er ist auch Gestalter, Erfüller der Zukunftsvisionen. Für diese Auffassung gibt unsere Zeit die beste Illustration: Individualismus als Sinn der bürgerlichen Vergangenheit und Kollektivismus als Präzision einer sozialistischen Zukunft. Schon werden da und dort die Zeichen einer Gemeinschaftskultur sichtbar. Auf allen Gebieten geistigen Schaffens sind die Pioniere der morgigen Welt rege am Werk, und besonders da, wo sich das Gebiet des mächtigen Wertes des sozialistischen Gemeinschaftsbewusstseins breitet. Eine spätere Generation wird unsern Ziele näher sein. Uns bleibt die Aufgabe, Pioniere des Neuen zu sein und bei allem Alltagsgut den Willen zur Gemeinschaft zu zeigen. Dann wird unser Sozialismus nicht nur Forderung aus unserer gegenwärtigen, sondern auch Erfüllung zukünftiger Kultur sein.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

In der letzten Bezirksversammlung Mitte wurde der unbespödete Stadtrat Bachmann (APD) eingeführt. Durch das ständige Steigen der Erwerbslosenziffer haben sich in der Zahlstelle Kesselstraße unliebsame Zustände herausgestellt. Ein Antrag unserer Fraktion, der sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt und die Verlegung dieser Zahlstelle sowie die Einrichtung einer weiteren Zahlstelle im östlichen Teil des Bezirks forderte, wurde, nachdem der Vertreter des Bezirksamts, Genosse Stadtrat Schmalz, die Bemühungen des Bezirksamts bekanntgegeben hatte, einstimmig angenommen. Durch Beschluß der Bezirksversammlung werden den Erwerbslosen Freizeitanlagen für die städtischen Badeanstalten in der Garten- und in der Turmstraße zur Verfügung gestellt. Um eine stärkere Inanspruchnahme zu ermöglichen, wurde beschlossen, diese Karten an den Kosten der Erwerbslosenfürsorge bei der Auszahlung auf Verlangen auszubehalten. Eine Anfrage der APD, die sich mit der Ausgabe von Theatertickets an Erwerbslose usw. befähigte, wurde nach eingehender Begründung durch die Antragsteller bis zur Rückkehr des Bürgermeisters Genossen Schneider zurückgestellt.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Ueber die Bezirksverordnetenversammlung vom 16. Juni ist bereits zu einem Teil in der Nummer vom 20. Juni berichtet worden. Ergänzend möge noch folgendes mitgeteilt werden. Ein Antrag, für Erwerbslose und andere Unterstützungsempfänger eine Koffer- und Haarschneidestube einzurichten, wurde dem Bezirksamt zur Ausführung überwiehen. Für reparaturbedürftiges Schuhwerk eine Sammelstelle einzurichten, wurde abgelehnt, nachdem festgestellt war, daß die Wohlfahrtskommission im Bedarfsfälle für Reparaturen die Kosten übernehmen. Die Ferien wurden für die gleiche Zeit wie die der Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Zum Ankauf eines Konzertsäls für Zwecke des Volksbildungsamtes wurden 2000 Mark bewilligt. Gegen den Plan der jüdischen Gemeinde auf Vergrößerung ihres Friedhofes wurde energisch protestiert und nachfolgender Antrag einstimmig angenommen: „Dem Vernehmen nach hat das Polizeipräsidium die Drohung ausgesprochen, daß es den Plan der Neuanlage des großen jüdischen Friedhofs zwischen Greifswalder Straße und Anspredstraße genehmigen werde. Gegen diese Verletzung des öffentlichen Friedens und der Lebensnotwendigen Wohnplätze und der Schulgärten muß scharfster Einspruch erhoben werden. Das Bezirksamt wird ersucht, den Magistrat zur sofortigen Fortsetzung bei dem Minister des Innern zwecks Verhinderung dieser drohenden Gefahren zu veranlassen.“

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain hatte noch eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Vorrang hatte die Dringlichkeitsanfrage unserer Fraktion zur Verhandlung, die sich mit dem Bau eines eigenen Kraftwerks der Reichsbahn im Bereiche des Bezirks Friedrichshain beschäftigte. Genosse Schipper erhob zur Begründung gegen dieses Vorhaben Protest, da dem Bau an dieser Stelle technische und gesundheitliche Bedenken in starkem Maße entgegenstünden. Auch volkswirtschaftlich würden hieraus keine Vorteile erwachsen, denn die Reichsbahn hat nach ihrer eigenen Angabe immer unter Geldmangel zu leiden, womit sie auch den Abbau von Beamten begründet. Im Hinblick auf den Bau des Berliner Großkraftwerks in Rummelsburg und auf das schon bestehende Kraftwerk Oberspreewitz sollte man von solchen Plänen lassen. Als Vertreter des Bezirksamts betont Genosse Stadtrat Günther insbesondere die starken gesundheitlichen Bedenken, die wir noch an anderer Stelle hinweisen, und erklärt, daß das Bezirksamt nicht daran denke, diesen Plan unbedacht hinanzunehmen. Einige kleinere Vorlagen und minder wichtige Anträge werden sodann einstimmig angenommen, darunter auch einige Anträge, die die Verkehrsfrage im Osten betreffen. Änderungen auf Verbesserung des Straßenbahnverkehrs auf den Linien 82, 87, 91 und 154 finden Zustimmung. Ein Antrag der Kommunisten beschloß sich mit der Beförderung des Publikums durch angelernte Polizeibeamte. Der Deutschnationale Kreistag sucht wiederum die Republik für denartige Vorhaben verantwortlich zu machen. Und sein Parteivorsitzender, dessen Sohn an dem Ueberfall auf das Reichsbanner am Belle-Alliance-Platz in der Woche vor dem Volksentscheid beteiligt war, provoziert die Versammlung durch häßliche Bemerkungen über die Arbeit der Linksparteien. Auf Zurufe von der Linken erwidert Parteivorstand: „Ich überlasse es dem Urteil des Volkes, auf welcher Seite das Räuber-

gefindel liegt! Der Genosse Gutkunst und der Kommunist Bark erheben entschiedenen Protest gegen dieses Verhalten eines Mitgliedes der Bezirksversammlung und verlangen Aufklärung, was mit dieser unehrliehen Anspielung gemeint sei. Die Deutschnationalen bleiben beziehungsweise die Antwort schuldig und verlassen nach Aufforderung ihres Hauptlings Zentke als laipere Mannen im Gänsemarsch den Saal. Der vorliegende Antrag findet dann einstimmige Annahme. Ein Antrag der Kommunisten, von der Erhebung von Straßengebühren den Straßenhändlern abzusehen, hat sich erledigt, da die Straßenhändler selbst die Berechtigung des Standgebühres anerkennen und auch zum größten Teil die Maßnahmen des Bezirksamtes gutgeheißen haben. Weitere Anträge der Kommunisten sind zum Teil bereits überholt. Zur Forderung nach Pflege der Grünflächen betont Genosse Stadtrat Rolin, daß hierin vom Bezirksamt alles getan werde, was möglich sei, trotzdem vom Kammerer die nötigen Mittel immer wieder verweigert werden. In der Presse ist die Arbeit des Bezirksamts wiederholt anerkannt worden. Der Antrag, die Weberwiese in „Roter Platz“ umzubenennen, findet bei der Mehrheit keine Gegenliebe. Angenommen wird schließlich noch ein Antrag unserer Fraktion, der den Erwerbslosen freien Zutritt zu den Freibädern sichern will. Dann geht die Bezirksversammlung auf zwei Monate in die Ferien.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Die Bezirksverordneten traten zu einer letzten Arbeitssitzung vor den Ferien zusammen. Ein in der vorigen Versammlung von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Dringlichkeitsantrag bezog sich auf die Gleichstellung der Richtige in der Wohlfahrts-pflege mit den entsprechenden Sägen der Erwerbslosen-fürsorge. Dieser Antrag wurde in einer vom Ausschuss formu-lierten und vom Genossen Grün begründeten veränderten Form einstimmig angenommen. In einem Antrage wird das Bezirksamt veranlaßt, dafür zu sorgen, daß die schlechten Straßenver-hältnisse in der Gegend der Monumentenbrücke geändert werden. Die Neuerteilung des Rottbuser Damms und der Rottbuser Straße, die durch den beschleunigten Bau der Nord-Süd-bahn notwendig ist, wird der Bedeutung dieser Hauptverkehrsstrahlen nach dem dichtbewohnten Neubaus gerecht. Die entsprechende Vor-lege des Bezirksamts fand daher einstimmige Annahme. Es wurde hierbei als besonders günstig bemerkt, daß die Auseinanderlegung der Nord-Süd-Bahn mit den Bewohnern des zum Abriss vorgezogenen Hauses Rottbuser Straße 11 zu beiderseitiger Zufriedenheit erfolgt ist. Nach Schluß der Sitzung gab es wieder eine Auseinanderlegung eines Teils bürgerlicher Vertreter unter Führung des Lehrers Schulze mit dem Vortrager, Genossen Gerber, weil die Herren durch den geschäftsordnungsmäßigen fortsetzlichen Schluß der Versammlung die Gelegenheit zum Einspruch gegen Vorlagen des Bezirksamts, die vom Anstellungsausschuß angenommen wurden, verpassten.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Gestern wurde endlich nach monatelangem Warten der Kom-munist Krüger als unbesoldeter Stadtrat eingeführt. Seinem Vorgänger Emers war die Befestigung verweigert worden. Gegen Krüger hat der Oberpräsident keine Einwendungen erhoben. Charlottenburg gehört nach zu den wenigen Bezirken, die kein eigenes Jugendheim haben. Der hier bestehende Disziplin-schuß für Jugendpflege umfaßt 140 Jugendvereine, denen rund 13 000 Jugendliche angeschlossen sind. Nur neun von diesen Vereinen haben ein eigenes Heim, die anderen sind darauf angewiesen, ihre Versammlungen in Privatwohnungen abzuhalten. Es bietet sich jetzt Gelegenheit, das ehemalige Fleischhaus am in ein Jugend-heim umzubauen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 5000 M. wurden bewilligt. Die Sozialdemokraten stimmten dem Beschluß zu, unter der Voraussetzung, daß bei der Vergebung der Räumlichkeiten die Jugendvereine aller Richtungen gleichmäßig berücksichtigt werden. Auf dem Vulkan-Platz soll eine neue Kirche errichtet werden. Dazu ist nötig, den bestehenden Fischlinienplan umzuändern. Unsere Genossen wandten sich mit aller Schärfe gegen die geplante Umänderung, weil dadurch der Verkehr in dieser Gegend stark behindert würde. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß der Verkehr in nächster Zeit noch eine starke Steigerung erfährt. Die Kirche würde die Sicht auf zwei als Verkehrsadern wichtige Straßen sperren und dadurch eine ständige Gefahrenquelle für die Straßen-pedanten bilden. Die Versammlung schloß sich diesen Bedenken an und lehnte die Vorlage ab. Die Befestigung des Genossen Herlich als Stadtrat ist bisher durch einen Einspruch des Berliner Magistrats verhindert worden. Die Bezirksversammlung hat gegen das Ver-halten des Magistrats protestiert und das zuständige Schiedsgericht angerufen. Es wurde ein dreigliedriger Ausschuss gewählt und be-nannt, die im Schiedsverfahren erforderlichen Erklärungen rechtlich und tatsächlicher Natur abzugeben, er ist beauftragt, den Standpunkt der Bezirksversammlung schriftlich zu begründen und in der mündlichen Verhandlung die Bezirksversammlung zu ver-treten. Dem Ausschuss gehören an Stadtratsrätin Mener (Dem.), Dr. Kammerer (SPD.) und Czarlinsky (SPD.).

10. Bezirk — Zehlendorf.

Am 23. Juni fand die letzte Bezirksversammlung statt, die nach der wenig bedeutungsvollen Tagesordnung doch 3 1/2 Stunden dauerte. Der Vorsitzende Dr. Moebinger empfahl den Bezirksverordneten, im Juli und August in die Ferien zu gehen; dem wurde einstimmig zugestimmt. Die Anforderung einer Behälde an die neugegründete Sanitätskolonne Dahlem veranlaßte Dr. von Seefeld, vom Bezirksamt Auskunft über das Unglück am Bannsee zu fordern. Der stellvertretende Bürgermeister Schulz Dr. Sandt bedauerte das tragische Gescheh der Schüler Jäh n t e, betonte, daß die Unter-suchung der Staatsanwaltschaft sowie der Kriminalpolizei noch im vollen Gange sei und erwähnte, daß der Lehrer nicht als Beamter, sondern als Mitglied eines „Bereins“ gehandelt habe. Scharfe Kritik wurde vom Genossen Drämer an der Parade des „Roten Kreuzes“ geübt, das trotz der schlechten Witterung mit Kindern stattfinden ließ. Auf Antrag des Bezirksverordneten Schönbauer wurde für das neu zu eröffnende Krankenhaus am Urban ein Deputation gewählt, die sich aus allen Parteien zusammensetzt. Gegen das Bezirks-amt und vor allem gegen den Bürgermeister Schumacher wurde vom Genossen Drämer der Vorwurf erhoben, die Arztstellen ohne Befragung der Bezirksversammlung mit Verzicht belegen zu wollen, die seit Jahren keine Praxis mehr ausüben, aber zufällig rechts gerichtet sind.

12. Bezirk — Steglitz.

Bei einer Bezirksversammlung dürfte eine Tagesordnung von 40 Punkten, dazu 8 Dringlichkeitsanträge und 3 Anträge immerhin zu den Seltenheiten gehören. Sie war auch nur dadurch möglich, daß der deutschnationale Bezirksverordnetenvorsteher auf Kosten der Kerzer und der Zeit der Bezirksverordneten sparen wollte und deshalb die Bezirksversammlung zu lange aufgeschoben hatte. Natürlich konnte kaum die Hälfte der Tagesordnung erledigt werden. Begonnen wurde die Besprechung mit einer Kritik des „Stiglitz Anzeigers“. Die Demokraten, die Volkspartei, unsere Fraktion und die Kom-munisten gaben Erklärungen ab, die die Haltung des Ortsblattes miß-billigten und die ungeschickliche und ungeschickliche Kritik gegen das

Bezirksamt ebenso zurückweisen, wie es der Bürgermeister vor einigen Wochen getan hatte. Erfreulich war die Einmütigkeit aller Parteien, mit Ausnahme der Demokratischen und Volkschen, die selbstverständlich ihr Parteilager in Schutz nahmen, gegen die ungeschickte Haltung des Ortsrates. Befremdend wirkte es allerdings, daß auch diesmal der „Chefredakteur“ des „Steglicher Anzeigers“ während dieser Erklärungen unsichtbar geblieben war. Eine längere Aussprache ergab ferner die Einrichtung eines Kindergartens in Lichterfelde, für den 7000 M. gefordert wurden. Ueber die Notwendigkeit herrschte Einmütigkeit. Die Höhe der Summe wurde jedoch bemängelt. Unsere Genossen verlangten mit Recht, daß der Kindergarten dem Bezirksamt in eigene Regie genommen werde. Das Bezirksamt aber will ihn der Evangelischen Frauenhilfe überlassen. Der Antrag wurde angenommen. Ueber die Verwaltung wird noch entschieden werden. Für das Schwimmbad und Sonnenbad auf den Kaufen Bergen wurden 1000 M. bewilligt. Doch bemängelten unsere Genossen mit Recht die hohen Eintrittspreise. Man habe den Eindruck, daß die Lustbadgesellschaft die Profitgier fernhalten wolle. Es müsse darauf gedrungen werden, daß besonders den Erwerbslosen billigere Preise gemacht würden. Eine längere Debatte verursachte ein Antrag des Bezirksamts, der Friedrich-Paulsen-Stiftung am Paulsen-Realgymnasium 500 M. zur Verfügung zu stellen. Bezirksamtspräsident Ruge (Komm.) verlangte, daß eine Stiftung, die dem Pädagogen Paulsen gewidmet sei, auch allen Schulkindern von Steglitz und nicht nur einer Gruppe zur Verfügung stehen solle. Dagegen wurde eingewendet, daß die Witwe Paulsens diese Stiftung nur für das Realgymnasium gemacht hätte, also dieselbe auch nicht allen Schulen zur Verfügung stehen könne. Außerdem sei der Betrag bisher viel zu klein. Es ist übrigens in Aussicht genommen, später auch anderen Schulen solche Zuwendungen zu machen. Dann wird es vielleicht Zeit sein, den Antrag Ruge wieder aufzunehmen. Der Antrag des Bezirksamts wurde angenommen. Ein Antrag bezüglich der Unterbringung ermittelter Familien wurde zum soundsoolsten Male angenommen. Bisherig werden die Worte doch eines

Tages aufhören und sich Laten lassen. Die Stellungnahme des Bezirksamts in dieser Frage wirkte allerdings sehr befremdend. Endlich kam als letzter ein Antrag der Demokraten bezüglich der Berufsberatung zur Verhandlung. Der Bezirksamtspräsident Groß hielt eine längere Rede, in der er die Notwendigkeit der Berufsberatung betonte und darzutun versuchte, daß in Berlin noch wenig nach dieser Richtung getan werde. Stadtrat Genosse Herms legte daraufhin dar, in welcher Weise die Berufsberatung vor sich geht. Nicht nur die kurze Arbeit des Berufsberaters innerhalb der Sprechstunde bürde den Hauptteil der Arbeit, sondern mindestens ein Jahr vorher müßten sich schon Lehrer und Berufsberater gemeinsam um den künftigen Beruf der Kinder. Rangelndes Interesse der Anmungen hätte aber bisher verhindert, daß genügend Stellen vorhanden seien, und so erfüllte die Berufsberatung nur einen ihrer Zwecke und könne die Beiräte nachher nicht unterbringen. In dieser Richtung müsse mehr getan werden. Das gebe er gern zu. Daraufhin machte Bezirksamtspräsident Groß weitere Ausführungen, die aber in den Privatgesprächen, die inzwischen einsetzten, fast ganz verloren gingen. Unsere Genossen stellten deshalb bei der Wichtigkeit der Frage den Antrag auf Ausschüßberatung, der angenommen wurde. Ebenso wurde ein Antrag unserer Genossen auf Einrichtung einer Schuhreparaturwerkstatt und einiger Einrichtungen für die jugendlichen Erwerbslosen einem Ausschüß überlassen.

Ausstellung aus Köpenicks Vergangenheit. Die Deputation für Kunst und Bildung des Bezirks Köpenick beabsichtigt, voraussichtlich im Herbst dieses Jahres eine Ausstellung aus Köpenicks Vergangenheit zu veranstalten. Geplant ist u. a. auch die im Besitz von im Bezirk ansässigen alten Familien und Firmen usw. befindlichen historischen Gegenstände (Bücher, Bilder, Urkunden, Münzen, alte Truhen, Medaillen, historische Trachten, Photographien alter Naturdenkmäler usw.) aus dem Bezirk Köpenick der Öffentlichkeit durch diese Ausstellung mehrere Wochen hindurch zugänglich zu machen und hierdurch den Heimatsinn aller Bevölkerungskreise

des Bezirks zu fördern und ihre Kenntnisse über die nähere Heimat zu erweitern und zu vertiefen. Um zunächst einen Ueberblick über die geplante Ausstellung zu gewinnen, werden diejenigen Einwohner des Bezirks Köpenick, die derartige Gegenstände besitzen und sich damit an der Ausstellung beteiligen wollen, gebeten, dem Bezirksamt Köpenick (Rathaus, Zimmer 47) bis zum 15. Juli d. J. entsprechende Mitteilung (Angabe der Adresse, Gegenstände, bei größerer Stücken auch der genauen Größe) zu machen. Jede weitere Auskunft wird vom Bezirksamt bereitwillig erteilt.

Ueber Mißstimmung in den Steueraussschüssen hatten wir in Nr. 294 vom 25. Juni berichtet. Wir erhalten zu diesem Thema noch eine Zuschrift, die sich mit der Diätenfrage bei der Teilnahme an den Sitzungen der Steueraussschüsse in Lichterberg beschäftigt. Die Sitzungsgelder werden in Lichterberg auch an alle Geschäftsleute mit 75 Pf. je Stunde arbeitslos ausgezahlt, unbestimmt darüber, ob Kosten entstanden sind oder nicht; während die Schatzempfänger vom Finanzamt Lichterberg nicht einmal das verauslagte Fahrgeld zurückbekommen. Wir wurde auf meine Annahme wegen des Fahrgeldes geantwortet, daß jeder Teilnehmer des Steueraussschusses verpflichtet sei, bis zwei Kilometer zu Fuß zu gehen, und wenn diese Strecke überschritten sei, dann könne das Mitglied des Steueraussschusses Fahrgeld beanspruchen. Somit hat der Genosse, welcher den ersten Artikel einfandte, noch Glück gehabt, indem er kein ausgelegtes Fahrgeld zurückerhielt, während das Finanzamt Lichterberg das nicht einmal tut.

Seinen 70. Geburtstag feierte der Genosse Wilhelm Brall in Köpenick bei Berlin. Von Beruf Steinbruder, seit seiner frühesten Jugend dem Fachverein der Steinbruder angehörend, war er 36 Jahre Hauptkassierer im Verband der Steinbruder. Seit 1892 ist Genosse Brall Mitglied der Partei.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am 6. Juli der Schneidermeister Julius Behrman mit seiner Ehefrau Anna geb. Adelt in der Budower Straße 9.

Saison Ausverkauf

Beginn 1. Juli
Kaugenabgabe vorbehalten

Unsere Preise sind in vielen Abteilungen teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt.

Große Posten:

- Damen-Hemden teilweise mit Stidreel oder Spitze, garniert . . . 0.78
- Hemdosen moderne Formen, hübsch garniert . . . 1.55
- Damen-Nachthemden in verschiedenen Ausführungen . . . 2.25
- Prinzebröcke aus gutem Wäschestoff, mit Stidreel garniert . . . 1.95
- Damenschürzen jumper od. Wienerform, in vielen Mustern . . . 0.78

- Große Posten**
- Deckbettbezüge aus Louisiana . . . 3.95
 - Kissenbezüge dazu passend . . . 1.25
 - Laken ohne Naht, ca. 130x200 cm . . . 1.98
 - Laken besonders schwere Qualität, ca. 140x200 cm . . . 2.68

- Madras dunkelgründig, ca. 130 cm breit . . . 1.75
- Halbstores Etamine m. Einsätzen . . . 1.15
- Künstlergarnitur Etamine mit Einsatz, 3teilig . . . Fenster . . . 2.45
- Bettdecke Etamine mit Einsätzen und Mittelmotiv . . . 2.45
- Steppdecken Satin, mit Trikot, in vielen Farben . . . 9.85

- Große Posten**
- Pullover für Damen, neue Farbanordnungen . . . 2.75
 - Sportwesten Wolle, für Damen oder Herren, verschiedene Ausführungen . . . 3.95
 - Herren-Hemden inskafarbig, Doppelbrust, sehr halber, 3 Gr. makolarbig, 3 Größen . . . 1.85
 - Herren-Hosen . . . 0.95

- Wäschstoffe Philana neue Muster . . . Meter . . . 0.35
- Batist Foulard aparte Blumenmuster . . . Meter . . . 0.72
- Spezial-Voile weiß, doppeltbreit . . . Meter . . . 0.78
- Satin in vielen Farben ca. 80 cm breit . . . Meter . . . 0.88
- Bast-Seide reine Seide, Naturfarbe . . . Meter . . . 2.28

- ca. 10.000 Meter Crêpe-Marocain aparte Karos und Streifen . . . Meter . . . 0.78
- ca. 20.000 Meter Popeline reine Wolle, ca. 30 moderne Farben, doppeltbreit . . . Meter . . . 1.95
- ca. 10.000 Meter Helvetia-Seide großes Farbensortiment, doppeltbreit . . . Meter . . . 2.85
- ca. 30.000 Paar Damenstrümpfe künstliche Seide, elegante Laufmasche, regulär gearbeitet, Seidenfloss-Rand u. -Soble, viele moderne Farben u. schwarz Paar . . . 0.95
- Große Posten Oberhemden Pyralgefütterte Brust, 2 Kragen . . . 3.90
- ca. 12.000 Sportkragen weiß oder farbig . . . Stück . . . 0.18
- ca. 20.000 Meter Sport-Zephir einfarbig oder in hübschen Streifen . . . Serie 1 Meter . . . 0.48 Serie 2 Meter . . . 0.68
- ca. 75.000 Meter Kunstseide mit Baumwolle, waschbar, entzündende Muster . . . Serie 1 Meter . . . 0.88 Serie 2 Meter . . . 1.35
- ca. 50.000 Meter Hemdentuch gute Qualität, ca. 50 cm breit . . . Serie 1 Meter . . . 0.36 Serie 2 Meter . . . 0.48

ca. 20.000 Tischtücher weiß oder weiß mit bunt, Indantönen gefärbt, mit kleinen Schönheitsflechern zu enorm billigen Preisen!

- ca. 10.000 Meter Scheibengardinen Serie 1 Meter . . . 0.35 Serie 2 Meter . . . 0.45
- ca. 10.000 Meter Gardinenmull ca. 120 cm breit . . . Serie 1 Meter . . . 0.98 Serie 2 Meter . . . 1.35
- ca. 50.000 Paar Damenstrümpfe farbig oder schwarz Serie 1 Paar . . . 0.28 Serie 2 Paar . . . 0.48 Serie 3 Paar . . . 0.75
- ca. 10.000 Einsatzhemden für Herren, besonders gute Verarbeitung, schöne Streifen 3 Größen Serie 1 . . . 1.45 Serie 2 . . . 1.95 Serie 3 . . . 2.75
- ca. 20.000 Schlupfhosen für Damen, farbig, verschiedene Größen Serie 1 . . . 0.65 Serie 2 . . . 0.95 Serie 3 . . . 1.25
- ca. 5.000 Selbstbinder breite Form, große Ausmusterung Serie 1 . . . 0.48 Serie 2 . . . 0.65 Serie 3 . . . 0.95
- ca. 50.000 Meter Musseline-Imitat in neuen mod. Mustern Serie 1 Meter . . . 0.38 Serie 2 Meter . . . 0.48 Serie 3 Meter . . . 0.58

Große Posten:

- Rohnessel ca. 60 cm breit, kräftige Qualität . . . Meter . . . 0.39
- Louisiana für Bettwäsche Meter . . . 0.52
- Mako-Imitat besonders schöne Ware . . . Meter . . . 0.68
- Rein Mako elegante Qualität . . . Meter . . . 0.78
- Rohnessel ca. 145 cm breit besonders schwere Qualität . . . Meter . . . 0.95

- Große Posten**
- Lakenstoff! schwarz Hausmacher, ca. 140 cm breit . . . Meter . . . 1.22
 - Bettsatin gute schwere Qualität . . . Deckbetttülle Meter . . . 1.45
 - Bettsatin Kaschbrells Meter . . . 0.95
 - Rolltücher verschiedene Ausführung . . . 0.72 0.98

- Büstenhalter aus gutem Wäschestoff . . . 0.38
- Büstenhalter rosa oder weiß Trikot . . . 0.95
- Strumpfhalter-Gürtel mit Haltern, aus gutem Wäschestoff . . . 0.48
- Strumpfhalter-Gürtel aus festem Dreil, mit Haltern . . . 0.85
- Hüfthalter farbiger Dreil, mit Haltern . . . 1.25

- Große Posten**
- Jumper für Damen, gemast. Baumwoll-Biaseline . . . 1.25
 - Damen Kleider Kaschseide waschbar, viele Ausführungen . . . 3.90
 - Damen-Kleider reine Wolle, Gaberdine oder Ripa . . . 6.90
 - Kunstd.Mantel schwarz, modern, Bläsengarnierung . . . 19.50

- Handtuchstoff weiß Gerstenkorn, mit roter Kante . . . Meter . . . 0.28
- Handtuchstoff Dreil, gebleicht mit toten Streifen . . . Meter . . . 0.48
- Frottierhandtücher aus gutem Käuselstoff, ca. 50x100 cm . . . 1.18
- Kaffeedecken Javagewebe, viele Muster . . . 1.48
- Kinder-Badelaken aus gutem Käuselstoff . . . 0.98

Damenkonfektion u. Putz zum Teil bis **75%** herabgesetzt!

JANDORE

Ein Posten Damen-Wäsche bestehend a. Taghemden, Hemdhosen, Beinkleidern, Prinzebröcken, teilweise etwas angestaubt, zu fabrikhaft billigen Preisen.

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

Sozialvorlagen im Reichstag.

Die Liquidationsgeschädigten — Landarbeiter-Siedlungswejen — Reichsversorgungsgesetz — Regierungsrückzug in der Erwerbslosenfrage.

Bei Beginn der gestrigen Reichstagsitzung teilte der Präsident mit, daß voraussichtlich Freitag abend oder am Sonnabend noch eine Sitzung stattfinden werde.

Vor der Beratung des Gesetzesentwurfs, nach dem die Ausschließung der Auseinandersetzungen mit den früheren Fürstendauern bis zum 31. Dezember 1926 verlängert wird, erklärt

Reichsanwalt Dr. März:

Es dürfen aus der Einbringung dieses Gesetzes keine Schlüsse gezogen werden, als ob in den Auffassungen der Regierung über die baldige Erledigung dieser Frage eine Änderung eingetreten sei. Sie sei nach wie vor entschlossen, diese Frage noch vor den Ferien zur Entscheidung zu bringen. Die Regierung erwartet, daß auch die Mehrheit des Reichstags dazu sich bekennen werde: „Sollte diese Erwartung sich nicht erfüllen, so lege ich auf die Verlängerung des Gesetzes keinen Wert.“ (Hört, hört! links.)

Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichts der Ausschüsse für den Haushalt und für die Entschädigungsgesetze, über Bereitstellung von Mitteln für Bewilligung von Wiederaufbaudarlehen. Die Ausschüsse für die Abg. Schneider-Dresden (Dnat.) berichtet, stellen den Antrag, die Regierung zu ersuchen, Mittel bereitzustellen, um den Geschädigten, die einen entschädigungsfähigen Liquidationsschaden mit einem Grundbetroge von mehr als 200 000 Reichsmark erlitten haben und entwerfen sind, über den Rahmen der Richtlinien für Wiederaufbaudarlehen hinaus Darlehen zum Zwecke des Wiederaufbaus zu gewähren, sofern dieser der deutschen Außenwirtschaft dient und ein besonders volkswirtschaftliches Interesse an ihm besteht

Abg. Schirmer-Dresden (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach in dem Ausschuh Antrag die Worte „mit einem Grundbetroge von mehr als 200 000 Reichsmark“ zu streichen sind. Es gehe nicht an, einer Sondergruppe so große Entschädigungen zu zahlen. Der sozialdemokratische Antrag gebe die Möglichkeit, auch den kleineren Geschädigten Hilfe zu bringen.

Nach lebhafter Aussprache wird

in namentlicher Abstimmung der sozialdemokratische Abänderungsantrag mit 248 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Der Ausschuh-entwurf und die Resolution des Zentrums werden angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichts des Wohnungs- und Haushaltsausschusses über einige Anträge zur

Förderung des ländlichen Siedlungswesens.

Die Ausschüsse für die Abg. Rönneburg berichtet, beantragen, die Reichsregierung zu ersuchen, zwecks Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unter Beachtung der verfassungsmäßigen Verwaltungshoheit der Länder zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens, und zwar sowohl der Neusiedlung, wie der damit zusammenhängenden Anliegersiedlung in den dünn besiedelten Gebieten geeignete Maßnahmen zu treffen vor allem bis zur Wiederbelebung des Renten- oder Pfandbriefkreditwesens oder bis zur Erschließung sonstiger Dauerkreditmöglichkeiten in den nächsten fünf Jahren einen Betrag von je 50 Millionen Reichsmark bereitzustellen. Die Beschaffung des Landvorrats hat möglichst auf dem Wege freien Ankaufs zu erfolgen.

Nach Ausführungen des Abg. Beck (3.) begründet Abg. Vah (Komm.) eine Entschließung, wonach die vom Reich zu Siedlungszwecken bereitgestellten Mittel in erster Linie den Ansiedlern, die in den abgetretenen Gebieten liquidiert oder annulliert wurden, zur Entschädigung ihrer Siedlungsstelle bzw. Neuan siedlung zugewiesen werden. Der Redner erklärt, daß der Antrag des Ausschusses nicht weit genug gehe.

Abg. Dr. David (Soz.)

weist dem Vorredner gegenüber darauf hin, daß der Ausschuh-antrag viel weiter gehe und präziser gefaßt sei, als der kommunistische Antrag. Der kommunistische Antrag laßt, daß den liquidierten Ansiedlern „in erster Linie“ geholfen werden soll, der Ausschuh-antrag sagt mehr, er verlangt sofortige Hilfe. Die Kommunisten haben ja auch im Ausschuh für diesen Antrag gestimmt, ihren eigenen haben sie dann nicht mehr aufrecht erhalten. Wenn sie ihn jetzt wiederum einbringen, so geschieht das wesentlich aus agitatorischen Gründen, und das machen wir ihnen nicht nach. Worau es uns ankommt, ist, den Flüchtlingen zu helfen und das große Siedlungswerk zu fördern. Die Sache steht uns dabei höher als die Agitation. Die Bedeutung des Ausschuh-antrages kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Einmal soll mit dem Siedlungswerk wirkliche produktive Erwerbslosensarbeit geleistet werden, und ich bedauere, daß die Sache so weit hinauszogezogen worden ist. Die Ursache dazu waren die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Reich und Ländern. Wenn diese wichtige Aufgabe planmäßig eingeleitet wird, dann kann Tausenden von Arbeitern produktive Arbeit gegeben werden. Zweitens: der menschenarme Osten muß besiedelt werden, wenn er in Zukunft deutsches Land bleiben soll, und die bäuerliche Produktionsleistung muß entwickelt werden. Wir zahlen 1 1/2 Millionen für die Einfuhr dieser Produktion, wir müssen dahin streben, sie im Lande selbst zu erzeugen. Die Sozialdemokratie ist allerdings der Meinung, wenn man dieses Werk wirklich großartig anspannen will, man in ganz anderen Maßstab vorgehen muß. Wir haben bereits ein ausführliches Siedlungsprogramm aufgestellt, bei der jetzigen Teillösung haben wir darauf verzichtet, es zu vertreten, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben, im Herbst werden wir diese Frage wieder anfordern müssen, um das Siedlungswerk im größten Ausmaße zu fördern.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Gräfe (Natl.) und Rönneburg (Dem.) wird unter Ablehnung der kommunistischen Entschließung der Antrag des Ausschusses angenommen.

Zugestimmt wird ferner einer Entschließung, die Reichsregierung zu ersuchen, auf sofortige Fürsorgeeinrichtungen bezüglich der Flüchtlingsiedlungen hinzuwirken und dadurch die Existenz der liquidierten und annullierten Ansiedler zu sichern, sowie die zur Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der Siedlungen erforderlichen Mittel zur Gewährung von zinslosen Wirtschaftskrediten an die genannten Ansiedler zur Verfügung zu stellen.

Ohne Aussprache wird sodann der Gesetzesentwurf zur Änderung des § 81 des Gesetzes über die privaten Versicherungsgesellschaften angenommen, mit einer Entschließung des Haushaltsausschusses, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Landesregierungen dahin einzuwirken, daß sie von den ihrer Aufsicht unterstellten Versicherungsgesellschaften einschließlich der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten dieselben Gebühren erheben, die zugunsten des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung von den seiner Aufsicht unterstellten Versicherungsunternehmen erhoben werden.

Der Entwurf eines Süßstoffgesetzes wird ohne Erörterung verabschiedet.

Arbeitsministerium und Erwerbslosenunterstützung.

Abg. Rödel (Komm.) begründet nunmehr einen Antrag, die Reichsregierung aufzufordern, durch sofortige Anordnung den Regierungen der Länder und den Verwaltungsausschüssen bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu untersagen, die in der Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. März 1926 festgesetzten Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge herabzusetzen, oder die Begrenzung der Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge auf einen bestimmten Teil des Arbeitsverdienstes, den der Erwerbslose erzielen sollte, wenn er nicht erwerbslos geworden wäre, vorzunehmen.

Dieser Antrag geht auf die Veröffentlichung zurück, die im „Vorwärts“ vom Donnerstag morgen über derartige Maßnahmen gegenüber den Erwerbslosen erschienen ist.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt zu dem Artikel im „Vorwärts“, auf den sich der kommunistische Antrag stützt, daß dem Blatt bereits eine Erwiderung zugegangen sei. Es handle sich dabei um frühere Absichten der Regierung, die inzwischen aufgegeben worden seien. Man habe wiederholt öffentlich von der Begrenzung der Erwerbslosenunterstützung auf 75 Proz. gesprochen. Aber auch von dieser Lösung sei die Regierung abgekommen. Leider seien die Ausführungen des „Vorwärts“ nicht vollständig, die Regierung habe ausdrücklich betont, daß eine Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich sei. Der im „Vorwärts“ abgedruckte Teil des Briefes sei nur geschrieben worden, um den Ländern eine ernsthafte Grundlage zu geben. Das Reichsarbeitsministerium habe also nicht die Absicht, die Erwerbslosenunterstützungen abzuhauen. Haben nun die Länder das Recht, die Unterstützungssätze zu unterschreiten? Das sei ein Rechtsstreit, auf den man sich nicht einlassen brauche, die Reichsregierung stehe zu den Erklärungen, die sie im Ausschuh und im Plenum des Reichstages am 26. und 28. Juni abgegeben habe. Der Minister sei aber bereit, den Ländern ein Rundschreiben zuzuschicken, in dem von einer Unterschreitung der Sätze abgeraten wird. Den von den Kommunisten vorgeschlagenen Weg könne die Regierung nicht gehen. Ein Grund zur Beunruhigung der Erwerbslosen liege jedenfalls nicht vor.

Abg. Dörmann (Soz.)

weist darauf hin, daß die Veröffentlichung des „Vorwärts“ erst die Möglichkeit gegeben habe, diese Frage hier zu erörtern, wie so die sozialdemokratische Presse sich stets gegen die Versuche gewendet hat, die Unterstützungen der Erwerbslosen zu verschlechtern. Es kommt eben nicht darauf an, den Woffen Fragen vorzulegen, sondern sich auf ernstlichste zu bemühen, um das Mögliche zu verwirklichen. (Lärm bei den Kommunisten.) Rein Gehrei wird uns davon abbringen, die Interessen der Erwerbslosen auf das nachdrücklichste wahrzunehmen. Es lag in der Tat die Absicht vor, die Klassifizierung der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen, der Sozialdemokrat und den Gewerkschaften ist es zu danken, daß diese Absicht vereitelt wurde. Keine Gewerkschaft hat daran gedacht, der Absicht zuzustimmen, eine Verschlechterung der Erwerbslosensätze vorzunehmen. Im Augenblick, als diese Absicht bekannt wurde, haben ihn Sozialdemokratie und Gewerkschaften den schärfsten Kampf angefaßt. Die Regierung hat dann von dieser Absicht Abstand genommen. Wir haben bei diesem Abwehrkampf eine einseitige Linie innegehalten, ohne irgendwie daran zu denken, eine andere Partei (gegen die Kommunisten gerichtet) in Wort oder Schrift zu verletzen. Wie ich die vornehmste Aufgabe eines Arbeitervertreters eben darin, nicht andere Arbeitervertreter anzugreifen, sondern die Kräfte zusammenzufassen und gemeinschaftlich die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Von diesem Bege werden wir uns nicht abbringen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner weist darauf hin, daß immerhin die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 29 bzw. 32 Wochen erreicht worden sei. Die Erwerbslosen- und die Kurzarbeiterunterstützung sind in ihrer jetzigen Höhe bis Ende November 1926 verlängert worden. Die Sozialdemokratie hat weitergehende Anträge gestellt, die aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden sind. Nun hat der Reichsarbeitsminister im Ausschuh die Erklärung abgegeben, daß die Regierung davon abgekommen sei, die Unterstützung auf 75 Proz. des Arbeitsverdienstes zu begrenzen, und daß es bei den bisherigen Unterstützungssätzen bleiben soll. Der Reichstag hat nunmehr zu erklären, daß davon nicht abgegangen werden darf.

Das im „Vorwärts“ veröffentlichte Schreiben steht im Widerspruch zu der Erklärung der Regierung und zu den Beschlüssen des Reichstags. Die Länder haben kein Recht, die Unterstützungssätze zu senken, die hier beschlossen worden sind.

Wir erwarten vom Reichsarbeitsminister, daß er die Erklärung, die er am vergangenen Montag hier abgegeben hat, zur Grundlage seines Handelns macht. Im Ausschuh hat es sich darum gehandelt, die jetzigen Sätze auch für die Zeit zu sichern, in der der Reichstag nicht beisammen ist. Wir mußten deshalb unsere Verhandlungen auf dem Boden der Berordnung führen. Von keiner Partei, auch nicht von den Kommunisten, ist dagegen Einspruch erhoben worden. Ein neues Gesetz zu schaffen, wie es der kommunistische Antrag will, ist aus technischen Gründen jetzt, wo der Reichstag auseinandergeht, unmöglich. Mit dem Inhalt des Antrages sind wir durchaus einverstanden, er liegt in der Richtung unserer bisherigen Arbeit, aber aus technischen Gründen können wir ihm nicht zustimmen. Die Kommunisten wollen jetzt die Regierung auf-fordern, ein Gesetz zu schaffen. Das würde praktisch bedeuten, daß lange Zeit vergehen würde, bis wir uns überhaupt damit beschließen könnten. Der Reichstag würde sich vertagen, ohne daß den Erwerbslosen damit geholfen wäre. Wir schlagen demgegenüber folgende Entschließung vor und bitten um deren Annahme:

Der Reichsarbeitsminister hat am 28. Juni erklärt, daß die zurzeit geltenden Unterstützungssätze bis zum 30. November verlängert werden sollen, und daß der Anregung der Landesregierungen, die Unterstützung nur bis 75 Proz. des bisher erreichten Tagesverdienstes zu bemessen, von der Reichsregierung nicht entsprochen werde. In diesem Sinne hat der Reichstag den Ausschuhbeschlüssen zugestimmt. Daran muß festgehalten werden. Der Reichstag nimmt Kenntnis von der heutigen Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß er ein Schreiben an die Länder richten wird, um zu verhalten, daß eine Verschlechterung der Unterstützungssätze eintreffe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Leusch (3.) erklärt, daß das Zentrum sich gegen jede Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge wende. Sie werde den kommunistischen Antrag ablehnen, der sozialdemokratischen Erklärung dagegen zustimmen.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, die sozialdemokratische Entschließung gegen die Deutschnationalen angenommen. Auch die Kommunisten stimmen dafür.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen über den Entwurf eines vierten Gesetzes zur

Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes.

Es handelt sich um die Regelung der Leistungen der Rentenlaffen. Der Ausschuh, über dessen Verhandlungen Abg. Knoll (3.) berichtet, empfiehlt die Annahme der Vorlage mit einigen Änderungen. Ferner beantragt er Entschließungen, in denen für die Versorgung von Blinden, Kriegerwitwen und Kriegerhinterbliebenen einige Verbesserungen geschaffen werden.

In Verbindung damit steht die Beratung eines sozialdemokratischen Antrags, wonach der § 1 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter folgende Fassung erhalten soll: Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitsplätze in ihren Betrieben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Der Ausschuh stimmte diesem Antrage zu und beantragt die Einfügung folgenden Absatzes in § 21: „Betrifft die Entscheidung der Hauptfürsorgebehörde die Kündigung eines Schwerbeschädigten, so ist die Entscheidung dem Arbeitgeber und dem Schwerbeschädigten anzustellen. Die Beschwerde kann nur innerhalb einer Woche seit der Zustellung erhoben werden.“

Es wird ferner eine Entschließung beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß jenen Schwerbeschädigten, welchen die Folgen ihrer Dienstbeschädigungen beim Reisen in der 3. und in der 2. Wagenklasse Beschwerden verursachen, die Benutzung der 2. Wagenklasse gegen Lösung einer Fahrkarte 4. Klasse gestattet wird.

Abg. Tiedt (Komm.) erklärt, daß die Verbesserungen, die die Vorlagen bringen, so gering seien, daß an der mangelhaften Versorgung der Kriegsoffer nichts geändert werde.

Abg. Roßmann (Soz.)

erklärt gegenüber Schlussrufen der Rechten, daß über die Versorgung der Kriegsbeschädigten noch lange nicht genug gesprochen worden sei. Die Novelle ist in den Kreisen der Kriegsbeschädigten außerordentlich unfreundlich aufgenommen worden, weil sie keine materielle Aufbesserung bringt. Nur das bestehende Recht soll in mehreren Punkten geändert werden. Uns wäre die Zustimmung zu dieser Vorlage erleichtert worden, wenn sie mit einer sofortigen materiellen Besserstellung der Kriegsbeschädigten verbunden gewesen wäre. Wir dürfen diese Novelle nicht verabschieden, ohne die Gewißheit zu haben, daß der nächste Etat eine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Kriegsbeschädigten bringen wird. Die Kommunisten, die heute die in diesem Sinne abgefasste Entschließung ablehnen wollen, werden sich sicherlich bei der nächsten Beratung des Versorgungswesens darauf berufen. Durch unsere Mitarbeit haben wir immerhin sehr wichtige Konzessionen für die Kriegesblinden und für die Schwerverkriegsbeschädigten erreicht. Das Schwerverkriegsbeschädigtengesetz wird wieder vollkommen hergestellt. Es ist also nicht wahr, was der kommunistische Redner hier aufgeführt hat, daß diese Vorlage gar nichts bringe. Es sind jene Bestimmungen gefallen, die mit Recht Erbitterung unter den Schwerkriegsbeschädigten hervorgerufen haben. Ich darf feststellen, daß diese geringen Verbesserungen in ihrem wichtigsten Teil auf die unermüdete Arbeit meiner Fraktion zurückzuführen sind. Mehr war in diesem Augenblick nicht zu erreichen. Wir werden aber bei der nächsten Gelegenheit wieder die ganze Frage des Versorgungs-wesens aufrollen.

Die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz wird in zweiter Beratung angenommen.

In der dritten Beratung richtet Weber-Düffel (Komm.) heftige Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion, weil sie nach seiner Behauptung mit Schuld sei an der schlechten Versorgung der Kriegerhinterbliebenen. In Rußland sei das Versorgungswesen viel besser geregelt.

Abg. Roßmann (Soz.)

stellt demgegenüber aus dem Organ des von dem Abg. Tiedt geleiteten kommunistischen Bundes der Kriegsoffer folgendes über das Versorgungswesen in Rußland fest: Bis zum Ende des Jahres 1920 gingen die Versorgungsmahnmahnen in Sowjet-Rußland nicht über die deutschen Mindestleistungen hinaus. Jetzt scheiden alle Kriegsbeschädigten aus der Versorgung aus, die ihrer früheren Beschäftigung noch nachgehen können. Würde man das gleiche in Deutschland tun, so würden 60 bis 70 Proz. aller Kriegsbeschädigten aus der Versorgung ausscheiden. (Lebh. Hört! hört! Lärm v. d. Komm.) Die übrigen Kriegsbeschädigten erhalten 60—90 Mt. Nur die erwerbsunfähigen Kriegerwitwen haben Anspruch auf Rente. Auf Deutschland übertragen würde das bedeuten, daß 40 000 Kriegerwitwen überhaupt keine Rente beziehen würden. Verzichtliche Hüße wird den Kriegsbeschädigten nur im Bedarfsfalle gewährt. Der Redner erklärt weiter: Ich würde diese Dinge hier nicht genannt haben, wenn Ihr (zu den Kommunisten) mich nicht dazu herausgefordert hätte. Es gibt in Rußland nach Ihren eigenen Berichten kein Gesetz zum Schutze der Kriegsbeschädigten; die russische Regierung hat erklärt, das sei unmöglich, sie könnten nur im Rahmen des Möglichen verfolgt werden. Ich möchte einmal die Rede von Ihnen hören, wenn die gleichen Taktiken von der deutschen Regierung zu berichten wären. Ich habe unzählige Male festgestellt, daß das deutsche Versorgungswesen noch außerordentliche Mängel hat. Wer meine Rede liest, der kennt meine Auffassungen darüber. Aber ich war zu dieser Abwehr genötigt gegenüber denen, die auf das russische System schwören, um das deutsche herunter-ziehen zu können.

Abg. Tiedt (Komm.) bekennt sich unter großer Unruhe des Hauses als Verfasser der Berichte in dem Organ seines Verbandes. Die russische Bevölkerung bestehe zum größten Teil aus Bauern, denen bei der Revolution das Land der früheren Grundbesitzer gegeben worden sei, deswegen sei bei ihnen eine Versorgung unmöglich. (M)

Die Vorlage wird darauf in dritter Lesung angenommen, desgleichen die Novelle zum Kriegsbeschädigten-gesetz.

Der Gesetzesentwurf über die Rückgabe der für Besatzungszwecke in Anspruch genommenen Grundstücke wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso ein Antrag des Haushaltsausschusses auf Ueberlassung der etwa freierwerbenden Exerzier-, Schieß-, Sportplätze usw. der Besatzungstruppen an die früheren Besitzer.

Zu einer von der Sozialdemokratie zur Beratung gestellten Entschließung betr. Maßnahmen gegen die Auswüchse in der Parteibildung wird ein Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses angenommen, der die Reichsregierung ersucht, baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten, die diese Materie unter Verwertung der bisherigen Beschlüsse des Reichstages regelt.

Am 8 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag nachmittag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Dritte Beratung des Fürstenabfindungs-gesetzes, Spargesetz, sozialdemokratischer Antrag über Zolländerungen, Danischer und Schwedischer Handelsvertrag, Kleinere Vorlagen.

Der Staat im Staate.

Der Aufstieg der Genossenschaftsbewegung und ihre Zukunft.

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Mitte Juni in München stattfand, war Zeuge einer Neuerweckung von Selbstbewusstsein, wie man es vornehmlich bei Engländern findet, wie es aber allen zu wünschen wäre, die führend in den großen Wirtschaftsbewegungen unserer Zeit tätig sind. So auch allen Führern der Genossenschaftsbewegung. Denn die Ueberzeugung des Führers von dem Sieg der Sache wirkt suggestiv in allen Beziehungen mit, die die Massen mit der Sache verbinden.

„Bereits heute bilden die britischen Genossenschaften einen Staat im Staate, und es kommt mit absoluter Gewißheit die Zeit, wo der ganze britische Staat ein einziger genossenschaftlich organisierter Staat ist.“

So sagte der Engländer Horrocks in seiner Begrüßungsansprache beim Münchener Genossenschaftstag. Mit einem Selbstbewusstsein, das sich nicht nur auf theoretische Ueberzeugung, sondern auf Tatsachen gründet. Denn rund 75 Jahre konsumgenossenschaftlicher Bewegung in England haben genügt, um den Beweis zu erbringen, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform der privatakapitalistischen in Dekonomie und Moral unbedingt überlegen ist. Wie hätte es denn sonst sein können, daß in dem ältesten Industrie- und Handelsstaat der Welt die genossenschaftliche Warenverteilung und die darauf aufgebaute genossenschaftliche Gütererzeugung, ausgehend von dem genossenschaftlichen Kramladen der 27 Weber in der Krätzigasse zu Rochdale, nicht nur mit vollem Erfolg auf dem Warenmarkt ihre Konkurrenz gegen die jahrhundertalte Privatwirtschaft ausbauen, sondern ihren Mitgliedern bei gleichen Warenpreisen immense Vorteile verschaffen konnten?!

Das Geheimnis dieses Erfolges bestand eben darin, daß die Grundzüge und Methoden der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung zunächst theoretisch als richtig und zweckmäßig erkannt, dann praktisch erprobt, die Massen anzogen, die nun — genossenschaftlich organisiert wurden. Die Genossenschaft besitzt den geschlossenen Abnehmerkreis, sie braucht den freien Markt gar nicht und steht infolge ihrer Leistungen außer Wettbewerb. Die Organisation der „Genossenschaft“, d. h. der Bevölkerung, bildet die Grundlage der Genossenschaftswirtschaft, ihre ökonomische und sittliche Ueberlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft. Es ist das „Etwas“, das von der kapitalistischen Wirtschaft nicht nachgemacht werden kann.

Den Haushaltsbedarf von 5 Millionen englischer Familien, d. h. von etwa 45 Proz. des englischen Volkes, decken die Konsumgenossenschaften und deren Großhandelsbetriebe. Der Warenumsatz, die Warenherstellung und der Geldverkehr der englischen Konsumgenossenschaften gehen jährlich in Milliarden Goldmark — also, ein starker Teil der englischen Natural- und Geldwirtschaft ist genossenschaftlich — abgehandelt. Beseht, mit Beschlag belegt. Und wer daran denkt, wie in England die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrie mit dauernd über 1 Million Arbeitslosen und den nie endenden Streiks wachsen, und daß schon die feinerzeitliche Arbeiterregiment MacDonalds unter ihren Ministern fast lauter offener und bewährter Genossenschaftler zählt, wird ohne viel Phantasie den Zeitpunkt kommen sehen, wo der „Staat im Staate“ ein „genossenschaftlich organisierter Staat“ geworden ist.

Und sieht man sich weiter in der ganzen Welt des Genossenschaftswesens um, so findet man eine ungeheure Entwicklung in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren. Der Internationale Genossenschaftsbund, der am 3. Juli mit dem vierten Internationalen genossenschaftlichen Weltkongress das Prinzip der genossenschaftlichen Volkswirtschaft in allen Ländern der Welt manifestierte, stellt das Vorhandensein von rund 200 000 Genossenschaften in 34 Ländern fest, welche circa 45 Millionen Mitgliederfamilien zählen. Darunter befinden sich allein 80 000 Konsumgenossenschaften mit etwa 36 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Familien mehr als 140 Millionen Menschen umfassen, deren materielle Lebensbedürfnisse durch genossenschaftliche Organisationen gedeckt werden, oder gedeckt werden können.

Im Jahre 1905 gab es erst 18 000 Konsumgenossenschaften mit rund 3 600 000 Mitgliedern in allen Ländern der Welt; heute die zehnfache Zahl an Mitgliedern, während z. B. die Bevölkerungszahl Europas in den letzten 20 Jahren eben von 360 Millionen auf 450 Millionen anwuchs, also nur um 25 Proz. zunahm. Daß im gleichen Verhältnis die genossenschaftliche Wirtschaftsform die nationalen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft zu durchdringen und zu beleben beginnt, dafür bietet, wie gezeigt, das Konsumgenossenschaftliche England das beste Beispiel. Auch für das Werden des „Staates im Staate“.

Aber auch die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands befindet sich seit den letzten 20 Jahren in unverhältnismäßig stärkerer Entwicklung als seine Bevölkerung, die um 25 bis 30 Proz. zugenommen hat, während die Zunahme der Konsumvereinsmitglieder von rund 600 000 im Jahre 1903 auf nahezu 4 1/2 Millionen

im Jahre 1925 das Siebeneinhalbfache, also 750 Proz. beträgt.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung überhaupt zählt rund 53 000 Genossenschaften aller Art mit 7 bis 8 Millionen Mitgliederfamilien. Sie ist zusammengenommen die weitaus stärkste Wirtschaftsbewegung, und es ist deshalb von etwas mehr als nur geschichtlichem Interesse, wenn man angesichts des selbstbewußten Engländer daran erinnert, daß schon in den 1860er Jahren das Wort vom „Staat im Staate“ gegenüber den Genossenschaften geprägt wurde. Es war bei Beratung des ersten Genossenschaftsgesetzes, dessen Entwurf von Schulze-Delisch, dem „Vater“ des deutschen Genossenschaftswesens, im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht worden war, als der konservative Junker v. Pappenheim auf die Gefährlichkeit der Genossenschaftsgründungen mit der Bemerkung hinwies, daß dies ein „Staat im Staate“ sei. Da Schulze-Delisch als freisinniger Abgeordneter und Steuerverweigerer sowie in revolutionärem Verdachte stand, konnte das Wort des preussischen Junkers entsprechend ausgelegt werden, um die Entwicklung der Genossenschaften zu verhindern.

Aber es hat nichts genutzt: der „Staat im Staate“ hat sich bis jetzt in ungeahnter Weise entwickelt, und wenn nicht eine zehnjährige Unterbrechung dieser Entwicklung (1914 bis 1924) stattgefunden haben würde, so könnten mit dem gleichen Selbstbewusstsein, wie der Engländer Horrocks, die deutschen Konsumgenossenschaften von ihrem „Staat im Staate“ reden und als ein glänzendes Kompliment werten, was der preussische Junker zu denunziatorischem Zweck prophezeigte.

Dafür aber wird die Genossenschaftsbewegung und insbesondere die Konsumgenossenschaftliche, im nächsten Dezennium in gesteigertem Tempo nachholen, was 10 Jahre zuvor ohne ihre Schuld verflummt werden mußte. —ff.

Tagung des Elektrizitätsbeirates.

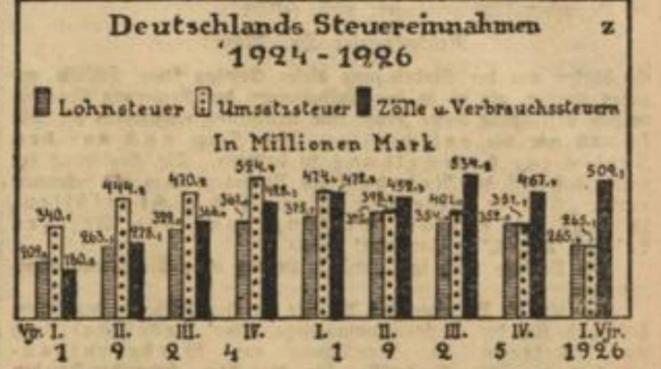
Am Mittwoch trat auf Einladung des Reichswirtschaftsministeriums der Elektrizitätsbeirat nach 3½-jähriger Pause im Reichswirtschaftsrat zusammen. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius leitete mit Rücksicht auf die Bedeutung der Tagung die Verhandlungen ein. Der Reichswirtschaftsminister betonte, daß man sich zwar Zurückhaltung hinsichtlich der Befehlsgebung auferlegt habe, daß man aber die Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft stets in vollem Umlange gewürdigt habe. Angesichts der bisherigen Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft können heute die früher vielfach erwoagten Maßnahmen einer Uebernahme dieser Wirtschaft in die öffentliche Hand als erledigt gelten. Die allmähliche Rückkehr zu normaleren Verhältnissen legt die Frage nahe, ob nicht der Abbau der in der Inflation erlassenen Schiedsgerichtsverordnung oder ihre völlige Aufhebung geboten sei. Das Schicksal der Verordnung ist mehrfach Gegenstand der Verhandlungen zwischen Lieferant und Abnehmervertretern sowie mit den Ländern gewesen, gerade jetzt werden neue Erörterungen darüber gepflogen. Das Betreiben des Reichswirtschaftsministeriums geht dahin, hier einen Rechtszustand zu schaffen, der den oft schwer gegeneinander abzuwägenden Interessen in gleichem Maße Rechnung trägt. Eingehend auf die wirtschaftlichen Seiten der Zusammenfassungsbewegung und Konzentration in der Elektrizitätswirtschaft stellte der Minister fest, daß sich in letzter Zeit Klagen mehren, daß Einflüsse nicht rein wirtschaftlicher Art hemmend und störend auf die gesunde Entwicklung einwirken. Es sind eine Reihe von Fällen mitgeteilt worden, in denen fiskalische und politische Gesichtspunkte einen schädlichen Stillstand herbeigeführt haben. Auch der sogenannte „Herr-im-Haus-Standpunkt“ verhindere die zweckmäßige Stilllegung veralteter kleinerer Werke. Es geht nicht an, diese Dinge weiterhin sich selbst zu überlassen, das Reich vielmehr müsse hier regelnd eingreifen.

Sodann sprach Ministerialdirektor Dr. Jaques vom Preussischen Handelsministerium über die preussische Elektrizitätswirtschafts-

politik. Preußen hätte sich allerdings erst spät in größerem Umlange aktiv beteiligt, um eine Monopolisierung von anderer Seite zu verhindern; die Gründe, die gegen die staatliche Befähigung angeführt worden seien, hätten sich nicht als stichhaltig erwiesen. Von einer Uebernahme der Elektrizitätswirtschaft auf das Reich müsse abgesehen werden; der Redner bemerkte noch, daß die selbständige Elektrizitätswirtschaft des Reiches in Preußen eine Art Nebeneinanderarbeit bedeute.

Darauf sprach Dr. Dr. Düren von der Gasfakel, der sofort auf die große Uneinheitlichkeit der deutschen Electrowirtschaft einging. Durch gesetzgeberische Maßnahmen müsse nach folgenden Gesichtspunkten eine bestmögliche Lösung für die Allgemeinwirtschaft gefunden werden:

Ein zu schaffendes überstaatliches Organ arbeite einen Generalplan für ein deutsches Höchstverteilungsnetz für alle Leitungen über 60 000 Volt aus unter Berücksichtigung der bisherigen Leitungen, der Hochzentralen, der Energiequellen und der Anschließmöglichkeiten über Deutschland hinaus. Alle Höchst-



spannungsleitungen unterliegen der Genehmigung dieser Stellen. Sobald eine Mitbenutzung technisch und wirtschaftlich auf Grund des Generalplanes richtig erscheint, hat jeder Großzeuger das Recht zum Anschluß. Bei Erweiterung oder Erbauung von Kraftwerken muß ein Einspruchsrecht der benachbarten oder günstig gelegenen Unternehmungen geschaffen werden.

Auch der folgende Redner, Dr. Bannwarth, Vorsitzender der Vereinigung der Elektrizitätswerke, forderie die Schaffung einer überstaatlichen Stelle unter gleichzeitiger Wahrung der Elastizität und Freiheit der Werke selbst. Die zu errichtende Reichsstelle soll selbst uninteressiert und neutral bleiben; sie soll wesentlich aus unparteiischen Sachverständigen zusammengesetzt sein und nur aus Anrufen zusammenreten. Der Erzeugung und der Verteilung des Stromes dürfen keine gesetzlichen Schranken irgendwelcher Art gezogen werden, nachdem die deutsche Elektrizitätswirtschaft einen Stand erreicht hat, der in anderen Ländern erst durch die Befehlsgebung erstrebt werden soll.

Das englische Kohlenproblem.

In einem Vortrag, den Staatssekretär Prof. Hirsch hierüber an der Berliner Universität hielt und in dem er sich darauf beschränkte, rein referierend die Zuhörer mit dem Stand der Dinge vertraut zu machen, führte er zum Schluß aus, daß man in England bewußt eine Verständigung mit Deutschland suche, das den Engländern als Vorbild bei der Kartellierung und bei der Verfüßigung der Kohle diene. Die Verständigung wegen des Exports liege auch in unserem Interesse. Wenn wir den Engländern unsere Erfahrungen auf dem Gebiete der Kohlenverfüßigung zur Verfügung stellen, müssen wir zur Bedingung machen, daß das Kräfteverhältnis auf lange Zeit gesichert bleibt; ferner muß uns die größere englische Kapitalkraft durch billige Kredite zugute kommen und außerdem müssen wir uns dagegen sichern, daß infolge des Vordringens der englischen Kohle bei den Reparationen nicht der Bartransfer übermäßig in Anspruch genommen wird.

Sachwertlagenjammer im Wolf-Netter- u. Jacobi-Konzern. Der Geschäftsbericht der Werksgesellschaft des früher rein auf den Eisenhandel beschränkten Wolf-Netter- u. Jacobi-Konzerns enthält über ihre während der Inflation erworbenen Erzeugerwerke die charakteristische Bemerkung, daß sich die Auffassung von der relativen Unzulänglichkeit der Sachwerte immer mehr als richtig erweist. Was sie damit meint, ist klar: Das Kapital, was drinsteckt, entwertet sich, weil die Konjunktur nicht gut genug ist, um auf die Dauer eine genügend hohe Rente abzuwerfen. Mit anderen Worten: die Sachwertespekulation erscheint dem Konzern heute als ein schlechtes Geschäft. Vereint sind in dem Wolf-Netter- u. Jacobi-Werke Kommanditgesellschaft auf Aktien Berlin die eisenindustriellen Werke des Konzerns und seit 1. Januar 1925 durch Fusion alle Eisenwerke, an denen der Konzern durch Aktienpakete maßgebend beteiligt war (Christinehütte in Reggen, Langsieder Walzwerk und Verzinkerei in H. G. Eisenbau Schlege, A. G. Leipzig-Baunsdorf, Biiggeler Eisenwerke G. m. b. H. Abteilung Wolf Netter u. Jacobi). Ob übrigens der Jammer über die Sachwerte ernst gemeint oder nur zur Beruhigung der Aktionäre angebracht ist, wird dadurch zweifelhaft, daß jetzt zu dem aus der Stimm-Rasse gekauften Majoritätspaket des Baroper Walzwerks der maßgebende Einfluß auf das Bandenwalzwerk L. Bielstein (Altenoerde) hinzugewonnen wurde. Beachtlich ist auch das offene Zugeständnis, daß der Export (trotz der Zölle) den Ausfall auf dem immer weniger ausnahmsfähigen Inlandsmarkt nicht ersetzen könne. Es wird ein Reingewinn von 268 000 M. ausgemessen, aus dem auf das 5-Milionen-Aktientkapital eine Dividende von 5 Proz. verteilt wird.



Großer Saison-Ausverkauf

Ab 1. Juli Bedeutende Preis-Ermäßigungen in allen Abteilungen unseres Hauses Ab 1. Juli

Farbige Sakko-Anzüge moderne Form in reichhaltiger Ausführung M. 37,50 herabgesetzt M. 29.— M. 41.— herabgesetzt M. 32.— M. 45.— herabgesetzt M. 36.—	Sport-Kleidung Sport-Anzüge 4teil. genüst. M. 48.— herabges. M. 39.— 3teil. genüst. M. 35.— herabges. M. 25.— 4teil. genüst. M. 65.— herabges. M. 52.— Sport-Brosche aus Leder mit Brosche oder lang. Hose M. 37.— herabgesetzt M. 29.— Loden-Joppe von M. 12,50 an Loden-Mäntel von M. 28,50 an Gummij-Mäntel von M. 13,50 an Imorägn. und Gabardine-Mäntel M. 32.— herabgesetzt M. 27,50 Herrn-Brosches aus Manchesier, Walpoco, Loden und Pausantstoffen im Preis be- deutend herabgesetzt M. 15.—, 12,50, 9,75	Leichte Sommer-Kleidung Wasch-Sakkos v. M. 5,85 an Lästro-Sakkos v. M. 7,20 an Schifflein-Joppen v. M. 6,50 an Wasch-Anzüge v. M. 20,25 an Lästro-Anzüge v. M. 24,50 an Chinosid. Sakos v. M. 29,75 an Chinosid. Anzüge v. M. 80.— an Wasch-Tennishosen v. M. 9,50 an Tennishosen, Flanel und Cheviot v. M. 13,50 an	Jünglings-Anzüge farbig M. 34.— herabgesetzt M. 27.— Jünglings-Anzüge Sport-Fasong mit 4 aufgesetzten Taschen M. 34.— herabgesetzt M. 27,50 Neue Jünglings-Anzüge 1- und 2-teilig M. 35.— herabgesetzt M. 31,50 Jünglings-Schifflein-Anzüge M. 14,50 herabgesetzt M. 12,25 Jünglings-Sommer-Mäntel M. 45.— herabgesetzt M. 36.— Jünglings-Loden-Mäntel M. 27,50 herabgesetzt M. 22.— Jünglings-Gummij-Mäntel M. 18.— herabgesetzt M. 13,50	Kittel-Stoff-Anzüge in reisenden Farben M. 13,50, 12.—, 9,50 Knaben-Blinen u. Schlaf-Anzüge farbig und blau M. 16.—, 13,50, 12,25, 11.— Knaben-Norfolk-Anzüge mit glatter Hose oder Breeches M. 23,30, 20.—, 17.—, 15,50 Knaben-Wasch-Brosen, -Hosen und -Anzüge, Kieler Wasch- und Stoff-Kleidung Knaben-Pyjacks in blau und farbig M. 14,75, 12.—, 9,75 Knaben-Mäntel M. 18.—, 12,50, 9,50
--	--	---	--	--

Winter-Paletots und Ulster
bedeutend herabgesetzte Preise

Wind Jacken
für Herren, Jüng-
linge und Knaben
zu besonders er-
mäßigten Preisen

Eiders & Dyckhoff
GEBRAUDTENSTR. 8-9 AN DER BETRIEMICHE
BERLIN C 19

Gestr. Herren-Beinkleider
herabgesetzte Preise!

Bicycle's Sweater, Hosen und Anzüge

Zweiggeschäfte: H. Dyckhoff, Hamburg · H. Dyckhoff, Bremen · H. Esders & Dyckhoff, Köln a. Rh.

Die Internationale der Buchbinder.

In den Tagen vom 7. bis 9. Juni wurde in Kopenhagen die Sechste Konferenz der Internationalen Buchbinder-Föderation abgehalten. Vertreten waren 13 Organisationen aus 12 Ländern durch 21 Delegierte, und zwar hatten entsandt: Belgien 1, Dänemark 4, Deutschland 3, Holland 2, Norwegen 1, Österreich 1, Schweden 2, Schweiz 1, Tschechoslowakei (Prag) 2, Tschechoslowakei (Reichenberg) 1, Ungarn 1, den auch Rumänien mit seiner Vertretung beauftragt hatte. Die Internationale Repräsentantenschaft war einschließlich des Internationalen Sekretärs durch vier Mitglieder vertreten. Das italienische Mitglied der Repräsentantenschaft konnte infolge der faschistischen Diktatur an der Konferenz nicht teilnehmen. Das Internationale Arbeitsamt in Genf hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Von den angeschlossenen Organisationen blieb nur Jugoslawien und Lugemburg unvertreten.

Hochstraher-Bern erstattete den Bericht des Internationalen Sekretariats. Er betonte vor allem, daß die Arbeiten des Sekretariats bewertet werden müssen unter Beachtung der in den einzelnen Ländern seit der letzten Konferenz eingetretenen Verhältnisse. Vor allem galt es, die Beschlüsse dieser letzten Konferenz (Leipzig 1922) durchzuführen. Er konnte feststellen, daß dies im großen und ganzen geschehen sei. Zu allem Bedauern mußte Hochstraher einen wesentlichen Rückgang der Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände feststellen, der seine Ursache in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression hat.

Der Verkehr mit anderen Organisationen, vor allem mit denen der übrigen graphischen Verbände, hat sich reger gestaltet, eine Erscheinung, die mit lebenswichtigen Ereignissen innerhalb einzelner angeschlossener Organisationen in Zusammenhang zu bringen ist. Maßgebenden Einfluß übten dabei aus

die Verhältnisse in Italien.

die große Bewegung der belgischen Buchbinder im Vorjahr und auch die tschechoslowakische Frage. Mit berechtigtem Stolz konnte Hochstraher am Schlusse seines Berichts der Ansehung Ausdruck geben, daß seit dem Wiederaufbau gute Fortschritte zu verzeichnen sind und daß die Internationale der Buchbinder trotz ihrer ziffernmäßigen Kleinheit nicht an letzter Stelle in der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht.

In der sehr ausgedehnten Debatte wurde die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats unter Beachtung der natürlichen Schwierigkeiten, die seiner Arbeit entgegenstehen, voll gewürdigt und allseitig anerkannt. Die skandinavischen Verbände beantragten, die Internationalen Konferenzen nur alle drei Jahre abzuhalten, doch soll das Sekretariat das Recht haben, eine Konferenz auch schon nach einer kürzeren Zeit einzuberufen. Beschlissen wurde, das „Mitteilungsblatt“ dauernd mit einem skandinavischen Teil auszustatten und eine der modernen Volkssprachen (Esperanto, Idu) zu propagieren. Das „Mitteilungsblatt“ soll möglichst sechsmal im Jahre erscheinen. Zur laufenden Uebersicht über die Organisations-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse soll eine besondere vierteljährliche Berichterstattung der einzelnen Organisationen über die Zahl der Mitglieder, der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, über die Lohnverhältnisse und über die Lebenshaltungskosten an das Internationale Sekretariat erfolgen. Die Konferenz schloß sich einer Erklärung der skandinavischen Verbände an, die die dringende Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses in einer beruflichen Internationale scharf betont. Die Konferenz begrüßt deshalb mit größter Freude jede ernstgemeinte Bestrebung, die gewerblichen Internationalen zu fördern und macht es jedem zur Pflicht, in diesem Sinne tätig zu sein.

Für die Folgezeit sind 16 Spigenstundenlöhne pro Jahr und 100 Mitglieder als Beitrag an das Inter-

nationale Sekretariat zu entrichten. Das Sekretariat müsse so gestellt werden, daß es allen Anforderungen nachkommen kann.

Die Anträge, Reise- und Arbeitslosenunterstützung mit internationalem Geltungsrecht durchzuführen, wurden dem Sekretariat zur näheren Prüfung überwiesen.

Einer der wichtigsten Verhandlungspunkte der Konferenz war die

Bildung eines Reservefonds

zwecks Unterstützung bei größeren Streiks oder Aussperrungen. Aus diesem Fonds soll ein Vorschuß auf die von den angeschlossenen Verbänden zu leistenden Unterstützungssummen gegeben werden. In der Sache selbst zeigte sich die Konferenz einmütig, über die Höhe der zu leistenden Beiträge bei größeren Bewegungen jedoch gingen die Meinungen sehr weit auseinander. Beschlissen wurde, der Internationalen Kommission Vollmachten zu geben, den von den einzelnen Organisationen zu leistenden Beitrag für Unterstützungen bei größeren Bewegungen selbständig festzusetzen unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit des einzelnen Verbandes. Der daneben zu schaffende Reservefonds soll gebildet werden aus einem Beitrag von 20 Schweizer Centimes pro Mitglied und Jahr der einzelnen Verbände ab 1. Juli 1926 solange, bis er eine ausreichende und die erste Hilfsleistung sicherstellende Höhe erreicht hat. Gegenstand einer längeren Debatte war

die Haltung der englischen Organisationen

zur Internationale. Es scheint, daß diese auf die internationale Verbindung überhaupt keinen Wert legt. Sie hat ihren Austritt aus der Internationalen Föderation erklärt und ihn begründet mit ihrem derzeitigen Unvermögen, die notwendigen Beiträge zu leisten. Alle Versuche, die Engländer zum Wiedereintritt zu bewegen und ihnen weitestgehendes Entgegenkommen zu zeigen, blieben erfolglos, ja fanden nicht einmal eine Antwort. Die Engländer waren bereits zweimal auf unseren Konferenzen, haben dort die Verhandlungen maßgebend beeinflusst und sich dann von allen Arbeiten und Verpflichtungen zurückgezogen.

Die Frage der Frauenarbeit, der Beihilfensensibilisierung und der Industrieverbände wurde von der Konferenz nur theoretisch behandelt und die vorliegenden Anträge dem Internationalen Sekretariat zur weiteren Verfolgung überwiesen. Die angeschlossenen Organisationen wurden verpflichtet, alles anzubieten, um die Frauenarbeit in unserem Berufe nicht überhandnehmen zu lassen.

Die tschechische Frage

spielte auf der Konferenz dann ebenfalls eine besondere Rolle. Die Bestrebungen, die beiden tschechischen Bundeszentralen zu vereinigen, stehen vor einem erfolgreichen Abschluß. Schwieriger ist es, die einzelnen Verbände zusammen zu bringen. Versuche, während der Konferenz durch Verhandlungen mit den anwesenden Vertretern der Verbände in der Tschechoslowakei eine gemeinsame Kundgebung zustande zu bringen, hatten nicht Erfolg. Eine endgültige Beschlussfassung über die Zulassung nur einer Organisation aus der Tschechoslowakei wurde ausgesetzt.

Die Erledigung der formell-geschäftlichen Angelegenheiten vollzog sich nicht ganz reibungslos, da für die westlich gelegenen Staaten ebenfalls ein Vertreter in der Repräsentantenschaft verlangt wurde. Die Abstimmung ergab, daß die Repräsentantenschaft zusammengesetzt wird aus zwei Vertretern der Schweiz und je einem Vertreter Deutschlands, Scandinaviens und Österreichs. Zum internationalen Sekretär wurde Hochstraher-Bern wiedergewählt.

Alles im allem hat unsere sechste Internationale gute Arbeit geleistet. Das wurde vom Verhandlungsleiter Hauelsen im Schlusswort sehr treffend zum Ausdruck gebracht. Er würdigte die gefassten Beschlüsse, die unsere Internationale innerlich gefestigt haben und dem Sekretariat die Möglichkeit geben werden, noch mehr als bisher seine Aufgaben zu erfüllen.

Verbandstag der Kupferschmiede.

Leipzig, den 1. Juli.

In den Tagen vom 27. Juni bis 1. Juli fand in Leipzig der Verbandstag der Kupferschmiede statt. Anwesend waren 26 Delegierte, 6 Bezirksleiter, die Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion. Genosse Hecht erstattete den Geschäftsbericht. Daraus ging hervor, daß sich der Verband auch in dem letzten Jahr gut entwickelt hat. In seinen Ausführungen dankte er besonders den ausländischen Bruderorganisationen, die den Verband in der schwersten Zeit der Inflation mit Mitteln unterstützten, so daß es gelang, die Organisation wieder in die Höhe zu bringen. Den Kassenbericht erstattete der Hauptkassierer Kabe. Er brachte zum Ausdruck, daß sich die Kassenverwaltung im letzten Jahre günstiger gestaltet hat, so daß der Verband sich finanziell an Reuegründungen der Gewerkschaftsbewegung beteiligen konnte. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 6300. Thalmann als Vorsitzender des Zentralausschusses gab Bericht über die verlorene Tätigkeit. Die eingegangenen Beschwerden der einzelnen Ortsgruppen wurden zur vollsten Zufriedenheit erledigt. Anschließend an die Berichte erfolgte eine längere Diskussion.

Den Höhepunkt der Versammlung bildete das Referat des Hauptvorstandes über die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses zum Industrieverbandsgebanten aus. Der Zentralvorstand sieht sich auf Grund der gefassten Beschlüsse in Breslau verpflichtet, die Frage der

Verflechtung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband

auf dem Verbandstag nochmals vorzutragen. Ueber den Zusammenschluß der beiden Organisationen machten Graßmann vom Bundesvorstand des DGB, sowie Dühmann vom Deutschen Metallarbeiterverband über dessen Bedeutung sowie Notwendigkeit längere Ausführungen. Die heutige Wirtschaftsumstellung erfordert einen festen Zusammenschluß der einzelnen Arbeiterorganisationen. Nach einer lebhaften Debatte wurde folgender Beschluss mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen:

„Entsprechend den Beschlüssen des Breslauer Gewerkschaftskongresses, der sich für Industrieverbände entschied, des ferneren mit Rücksicht darauf, daß die Wahrung der Arbeiterinteressen angeht, ist der gesamten Wirtschaftslage und den immer stärker hervortretenden Unternehmerorganisationen den Zusammenschluß aller Arbeiter in größere Organisationen bedingt, beschließt der Verbandstag, zwischen den Organisationen des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands und dem Deutschen Metallarbeiterverband

einen Kartellvertrag abzuschließen,

um ein enges Zusammenarbeiten beider Verbandsleitungen, der Bezirksleitungen, örtlichen Mitgliedschaften und deren Funktionäre herbeizuführen. Das Kartellverhältnis soll einem gemeinsamen Wirken dienen und den einheitlich anzustrebenden Zusammenschluß vorbereiten und sichern. Der Verbandstag hält eine Verflechtung des Verbandes der Kupferschmiede mit dem Deutschen Metallarbeiterverband aus den einseitig angeführten und sachlichen Gründen geboten, wobei die im Jahre 1922 von den Vorständen beider Organisationen getroffenen Vereinbarungen zugrunde gelegt werden. Es wird dem Hauptvorstand des Verbandes der Kupferschmiede in Verbindung mit den Bezirksleitern und dem Zentralausschuß anheimgestellt, an einem ihm geeignet erscheinenden Termin, eventuell noch vor der nächsten Generalversammlung, durch eine erneute Urabstimmung eine endgültige Entscheidung über diese Stellungnahme herbeizuführen.“

Als nächster Tagungsort wurde Hannover gewählt. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Mit einem Schlusswort und einem Hoch auf den Verband fand die Tagung ihren Abschluß.

Unterste Grenze Billigkeit = unsere Devise

der Saison

AUSVERKAUF

1.-21. Juli

Die ungeahnt günstigen Abschlüsse für die kommende Saison erlauben uns für die vorhandene und neu hereinkommende Ware während des Saison-Ausverkaufs zu Preisen zu verkaufen, die jeder bezahlen kann. Nachstehend einige Beispiele:

Für Herren:	Für Damen:	Für Kinder:
Moderne Halbschuhe 7 ⁹⁰ <small>in schwarz Rindbox, halbhohes Form, weiß gedoppelt, unvergleichlich billig M.</small>	Schwarze Halbschuhe 4 ⁸⁵ <small>Schwarz und Spangon, kräftiges Oberleder, rund und spitze Formen, halbhohes Absatz, billig . . . M.</small>	Rindleder-Sandalen 2 ⁷⁵ <small>braun, glatt, Material, kräftig, Ausl., Lederkappe u. Lederbrandausschlag, billig, 31/35 M. 5.30, 37/39 M. 5.90, 37/36 M.</small>
Braune Halbschuhe 7 ⁹⁰ <small>aus kräftigem Rindbox, neue halbrunde Form, weiß gedoppelt M.</small>	Braune Spangenschuhe 4 ⁹⁵ <small>mit franz. Absatz, ganz moderner Strassenschuh in guter Verarbeitung, unerreicht, preiswert . . . M.</small>	Schwarze Spangenschuhe 3 ⁵⁰ <small>a. kr. Rindbox, bequeme Paß, hübsche Ausl., unvergl. preisw. 31/35 M. 5.50, 37/39 M. 4.75, 37/36 M. 3.90, 37/34 M.</small>
Schwarze Rindbox-Stiefel 7 ⁹⁰ <small>kräftiges Material, breite und spitze Formen, Derby- und Rindboxbesatz, weiß gedoppelt, billig . . . M.</small>	Lackleder-Spangenschuhe 7 ⁵⁰ <small>gediegene Ausführung, amerikan. und franz. Absatz, ledolose Paßform, für die Straße M.</small>	Braune Spangenschuhe 3 ⁹⁵ <small>schöne mittelbraune Farbe, Naturform, mit Gummi-Sohle, 31/35 M. 5.90, 37/39 M. 4.90, 37/36 M. 4.50, 37/34 M.</small>
Lackleder-Halbschuhe 9 ⁹⁰ <small>weiß genähter Rand, eleganter Strassenschuh, vorzügliche Verarbeitung, unerreicht billig M.</small>	Blonde Spangenschuhe 9 ⁹⁰ <small>schöner Cherron, L. XV, Absatz, erstklassige Verarbeitung, seltene Gelegenheit M.</small>	Schwarze Stiefel 4 ⁹⁰ <small>aus Rindbox, kräftiges Material, bequeme Schultastiefel u. Strassenschuh, wirklich billig, 31/35 M. 5.50, 37/39 M.</small>
Eleganter Straßen-Stiefel 9 ⁹⁰ <small>prima Rindbox, Rindboxbesatz, weiß gedoppelt, gediegene Verarbeitung, wirklich preiswert M.</small>	Elegante Spangenschuhe 10 ⁹⁰ <small>prima braun Donzell, reizende Modelle, allererste Qualität, ausfallend billig M.</small>	Lackleder-Spangenschuhe 4 ⁹⁵ <small>neue halbhohes Form, hübsches Modell, vorzügliche Paßform, unvergleichlich billig, 31/35 M. 5.25, 37/39 M.</small>
Randgenähte Halbschuhe 11 ⁹⁰ <small>schwarz und braun, mit Gummi-Sohle, neue Form, eleganter Strassenschuh, exakt. Fabrikat M.</small>	Samtleder-Spangenschuhe 11 ⁵⁰ <small>hocheleg. Ausfüh., L. XV, Absatz, vorzögl. Fabrikat, jallern. Form M.</small>	Schwarze Halbschuhe 6 ²⁵ <small>Schwarz u. Spangon, neue Formen, hübsche Verarbeitung, beliebige Strassenschuhe, 31/35 M. 6.90, 37/39 M.</small>

SCHUH-HOF

Berlin W. 9, Linkstr. 11 ♦ Charl. Wilmersdorferstr. 117 ♦ Spandau, Breitestr. 22

Die Jabeljagd in Kamtschatka.

Von Eten Bergman.

Jabel und Sochs sind das K und D Kamtschatkas. Ohne diese würde das Land nur von den renntierjagenden Kamtschatkanern bewohnt sein. Einzig und allein nur diese beiden Tiere haben so viele Russen und andere Volksstämme hier heraufgelockt, und dazu gebracht, einem harten und ungemessenen Klima zu trotzen. Es ist seltsam, daß die Wirtschaft fast eines ganzen Landes von dem Jabel abhängen kann, dessen Pelzwert ein ganz ausgesprochenes Luxusartikel ist. Man kann sagen, daß dieses kleine Tier auf Kamtschatka die Münzeinheit bildet. Alle Geschäfte werden in Fellen abgeschlossen, dem einzigen Zahlungsmittel.

Die Jäger brechen früh am Morgen auf, ehe es ganz hell geworden ist. Der Jabel ist ein Nachttier und hat gerade seine Laub auf Hosen, Ratten oder Vögel beendet. Es gilt nun, seine nächtliche Spur zu finden. Manchmal kann es geschehen, daß die Jäger Tag um Tag ausgehen müssen, ohne eine Spur zu treffen. Haben sie aber Glück, so entdecken sie bald seinen großen, dem des Fuchses ähnlichen Fußabdruck. Die Hunde werden Feuer und Flamme. Sie haben bis dahin das Jabelfell nachgeschleppt. Nun werden sie davon befreit und verschwinden mit wedelnden Schwänzen auf der Spur. Die Kamtschatkaner bleiben stehen und überlegen, wohin sich das „Sobolischa“ gewendet haben mag, und laufen dann hinter den Hunden auf der Spur her.

Plötzlich ist von weit her das wütende Standgebell der Hunde zu hören. Man lauert, verfolgt die Spur und geht direkt dem Laute nach. An einem alten Windbruch sind die bellenden Hunde gerade dabei, nach Herzenslust zu graben. Die Schwänze bewegen sich unaufhörlich; man spürt, daß sie mit Leidenschaft arbeiten. Sie haben kaum Zeit, sich um ihre herannahenden Herren zu kümmern.

Wenn diese den Platz erreicht haben, müssen die Hunde sich für eine Weile zur Ruhe begeben. Die Jäger prüfen die Stelle und überlegen mit Verstand, wie man es anpacken müsse. Der Jabel ist unter den Windbruch gegangen und sitzt vermutlich versteckt in einem hohlen Teil des alten Baumes. Das Ergebnis ist, daß man sich entschließt, das Reh rund um den Windbruch auszuspannen. Das Futteral aus Seehundfell wird aufgeschmürzt und das Reh herausgenommen. Daran sind Städte befestigt, um es im Schnee festzustecken, und im Augenblick ist der Baum von einem knapp einen Meter hohen Reh umgrenzt.

Nun stellt sich der Jäger mit der Büchse bereit, und der andere mit den Hunden zur Seite, beginnt mit dem Holzspaten zu graben. Da und dort schlägt er mit dem Spaten an den alten Baum. Und auf eins, zwei, drei, kommt vielleicht das kleine Raubtier wie der Biß herausgeföhren. Mit ein paar langen Sähen eilt es fort, die Hunde hinterher und, vom Tageslicht geblendet, bemerkt es das Reh nicht und stürzt geradezu hinein und damit in den Rücken der Hunde. Gewöhnliche Hunde würden jetzt mit ihrer Beute fortstürmen und sie aufessen; aber die Jabelhunde sind so dressiert, daß sie den Jabel nur läsen und dann liegen lassen. Darauf wird das Reh wieder zusammengelegt, und man beginnt nach neuen Spuren zu suchen.

Aber so bequem wie im geschilderten Falle geht es selten ab. Der Jabel ist keine alltägliche Beute, was man daraus ersehen kann, daß sein Fell mit vierhundert bis sechshundert Goldmark bezahlt wird. Oft kommt es vor, daß man einen ganzen Tag lang ohne jedes Ergebnis graben muß. Wenn dann der Abend kommt, wird ein Hund zurückgelassen, der die ganze Nacht treu wacht und wacht. Hat der Jäger Glück, so kommt vielleicht der Hund mitten in der Nacht nach dem oft eine halbe Meile entfernten Fell mit dem Jabel im Maul. Aber zuweilen muß der Jäger am nächsten Morgen weiter graben, und das Ergebnis kann sein, daß er ein Soch entdeckt, aus dem das Tier herausgeschlüpft, auf einen Baum gelangt, und entkommen ist.

Wenn der Jabel, wie es oft der Fall ist, in einem hohlen Baum sich geborgen hat, gilt es für den Jäger, ihn auf irgendeine Weise heraus und vor den Schuh zu bekommen. Mit dem Beilhammer schlägt er gegen den Baum; gewöhnlich kommt dann der kleine Räuber herausgeföhren. Manchmal bleibt er auch trotz allen Klopfens und Lärmens in seinem Loch. Dann greift der Kamtschatkale zu einem Rabitalmittel. Er legt Feuer an den Baum. Wenn der Rauch drinnen zu arg wird, muß zuletzt das arme Tier doch flüchten. Der Kamtschatkale sieht unterdessen mit schweißtreuer Büchse da, und sobald sich der Jabel zeigt, knallt der Schuh.

Ist der Kamtschatkale auf seine Spur gestoßen, die er jedoch

Ein ungestörtes Plätzchen.



„Aber, Herr Wahlvorsteher, wenn uns die Leute überraschen . . .“
„Keine Angst! So lange mein Inspektor vor der Tür kontrolliert, traut sich kein Fias aus dem ganzen Dorf ins Abstimmungslokal!“

nicht bis zum Ende verfolgen kann, so legt er einige Schlaufen aus, von gleichem Typ wie unsere Fuchseisen, aber bedeutend kleiner. Als Köder ist Hase- oder Auerhahnfleisch sehr gut. Die Jabelbeißer, so zu stellen, daß sich Wild darin fängt, ist eine Kunst, die man nicht aufs erstmal lernt. Es fordert eingehende Kenntnis der Gewohnheiten des Tieres, wenn man Glück haben will. Die Kamtschatkale sind im allgemeinen Meister in dieser Kunst. Die Kamtschatkale fangen den Jabel nicht nur mit Schlaufen, sondern auch in Schlingen, und zwar namentlich im Spätherbst, bevor die Flußläufe zugefroren sind. Da fällt man einen Baum und legt ihn als eine Brücke quer über das Wasser. Die Schlinge

wird so angeordnet, daß der Jabel darin hängen bleibt, wenn er über den Baum ans andere Ufer des Baches laufen will. Mit der Schlinge um den Hals fällt er, zappelt ins Wasser und ertrinkt. Zu Weihnachten kehren alle Jäger aus dem Baibe heim, denn das Fest muß zu Hause gefeiert werden. Oft wird der erste Jabel in Branntwein umgelegt. Ohne diesen ist ein Weihnachtsfest nicht zu denken. Oft ist es aber nicht der erste Jabel, der diesen Weg geht. Noch einigen Wochen voll Festfeier geht es wieder hinaus in die Jabelwälder.

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Stroeter u. Schöber, Stuttgart, dem Hefen „Wulfen, Bären und Kamden“ entnommen.)

Die Nadel.

Von A. S. Smilovskii.

4]

„Wegen so einer Kleinigkeit!“

Rubafel richtete sich auf und blickte voll Verachtung auf sein Weib. Sein Kopf war von dem vorherigen Suchen durch den Blutandrang ganz rot. Eine Sekunde nahm er sich die Rubastin mit seinen Augen aufs Ziel und dann verfehlte er nachdrücklich und mit lauter Stimme:

„Reine Nadel!“

„So ein Lärm!“ sprach die Rubastin spitz. „Daß die Nadel Nadel sein und nicht dir eine andere! Wegen so einer dummen Nadel wirst du nicht eine Zweitkruzerkerze verbrennen!“

„Und ich sag' dir, Rutter, stühle nicht! Eine dumme Nadel! Du weißt, daß es me i e r e Nadel war! Und wenn ich eine wächserne Viertelpfundkerze verbrennen sollte, ich muß sie wiederfinden, ja, ich muß sie haben!“

„Ehe du sie findest, könnten die Hosen fertig sein!“

Rubafel schlug auf den Tisch, daß die Knöpfe in die Höhe sprangen.

„Ich sag' dir, Frau, quäl mich nicht! Du mußt immer etwas dagegen haben, immer irgendein giftiges Wort, daß sich einem danach die Seele undreh! Zünd lieber die Lampe an und hilf mir suchen!“

„Das möchte noch fehlen, daß ich mit dir närrisch werde!“

Rubafel ließ sich auf den Sessel niederfallen, daß die Knochen knirschten. Er glockte seine Frau an und schwieg. Die Rubastin ging hinaus. Als sie nach einer Weile zurückkam, sah er noch auf seinem Plage mit der Kerze in der Hand, und das Unschlicht hatte ihm das Holenbein ganz vollgetropft. Die Meisterin war inzwischen ein bißchen abgelüht und sie verlegte, sich zur Wäfigung zwingend:

„Rimm dir, Vater, eine andere Nadel, trink ein wenig, und beginn zu arbeiten. Du hast dich ohnedies diese Tage nicht ausgeschlafen. Du wirst mit der Arbeit bis morgen nicht fertig werden!“

„Daß du doch einsiehst, daß ich von der Arbeit ermattet bin! Wie soll ich zu arbeiten anfangen, wenn ich nicht meine Nadel habe? Mit einer anderen bring ich heute schon nichts mehr fertig. Das weiß ich. Such sie mir; ich weiß schon nicht, wo mir der Kopf steht. Mit einer anderen Nadel rühr' ich die Arbeit nicht an!“

„Das bißest du dir nur so ein!“ antwortete die Meisterin, und suchte mit der Kerze, die allmählich zu Ende brannte. Von der Nadel war keine Spur da. Die Kerze brannte ab.

„Das nenn ich sparen!“ sprach sie mit sich selbst, „wegen einer Nadel verbrennst du die ganze Kerze!“

„Das hab' ich schon gehört!“ zischte der Meister, sprang auf, als ob ihn eine Welppe gestochen hätte, nahm seine Röhre und stürmte zur Tür hinaus.

Die Rubastin wuschte sich mit der Schürze den Mund ab und dachte sich: „Soll er gehen, wenigstens wird er draußen ein wenig auslüften und sich abkühlen.“ Sie zündete die Lampe an, nahm ein Messer, schabte das Unschlicht von der Diele fort und machte sich daran, den verunreinigten Ort abzureiben. Es dauerte eine ordentliche Weile, ehe sie fertig wurde, und dann erinnerte sie sich erst des Vaters, wo er bliebe. Rubafel war nicht wiedergekommen. Sie lief über die Treppen zu ihren beiden Nachbarinnen herunter, um nach ihm zu fragen.

Der Meister war nicht dort, und sie sagten ihr, daß sie ihn nicht hinaufgehen gehört hätten. Die Rubastin lief vor das „Schiff“, auf die Straße, und sah sich um. Draußen war es schon finster, und es zog sich zu einem Regen zusammen; von nirgendher waren Schritte zu vernehmen. Der Meisterin packte die Angst um ihren Mann. Das hatte er ihr noch nie gemacht, seit sie beilammen waren, und wegen so einer Dummheit, einer elendigen Nadel, deren man zwei oder drei für einen Kreuzer bekommt. Da hörte sie jemanden von der Stadt her kommen, er ging wie auf Höffern daher und war offenbar betrunken. Wenn das ihr Rubafel wäre!

Das Blut und der Atem stockten ihr. Der Fußgänger näherte sich, der Rubastin fiel ein Zenner vom Herzen. Ihr Mann war es nicht! Sie lief in die Vorstadt und ging „Zum Däsen“ nachsehen.

Dort war Rubafel überhaupt nicht gewesen.

In ein anderes Wirtshaus ging er nicht. Die Rubastin kehrte wieder heim.

Vom Hofe der Frau Stranich ließ ihr der Knacht über den Weg.

„Seid ihr es, Rubastin?“

„Ja. Habt ihr den Rubafel nicht gesehen?“

„Eben jetzt hab ich ihn gesehen. Er geht hinter dem Hof beim Brunnen herum. Ich hab ihn gestrogt, was er dort mache, aber er ist nicht zum Reden aufgelegt.“

Die Rubastin lief pfeilschnell von der Straße hinaus gegen den Regen und längs der Schuvern hinter den Hof, wo sich der Brunnen befand. Dieser Brunnen stand schon außerhalb des Meierhofes, und nicht einmal am helllichten Tage war's dort gemütlich.

Ihr Mann stand wirklich beim Brunnen. Die Rubastin lief zu ihm, packte ihn mit beiden Händen beim Ellbogen und sprach zu ihm Liebesoll und weich:

„Alter, komm heim, es ist draußen kalt, und du könntest dich verfühlen. Komm, mein Alter, komm; das Bier wird ganz abziehen.“

„Gut, daß du gekommen bist, Weib“, entgegnete der Meister dumpf. „Eine Viertelstunde später, und ich wäre hier im Brunnen gewesen.“

Die Rubastin schüttelte der Frost.

„Beh mit so einer sündigen Rede, Alter! Du bist doch ein Christ, und soviel haben wir miteinander ertragen, und morgen ist doch das Pfingstfest . . .“

„Eben. Das Pfingstfest! Und ich bin heute schon nicht mehr zur Arbeit fähig, und ich kann dem Bubin der Zionas das Anzügeln nicht fertigmachen, und ich hab es heilig versprochen, daß ich es machen werde. Ich bin ein schlechter Kerl, daß ich mein Wort nicht halte, und noch dazu dem Ziona, der mir soviel Gutes getan hat, und dazu freut sich Benzjachen auf die neuen Kleider wie auf die Gnade Gottes. O, das geht mit bis zu meinem Tode nicht aus dem Kopfe!“

„Jetzt aber hör schon mit solchen Gedanken auf! Unmöglich ist unmöglich! Ich werde bei den Zionas schon alles entschuldigen. Komm, Alter, heut kannst du schon nicht mehr arbeiten; soviel Nächste hast du dich nicht ausgeschlafen, du wirst dich ausruhen. Komm, und morgen wirst du wieder pumpergsund sein. Benzjachen kann die Kleider auch am nächsten Feiertage tragen!“

Rubafel ließ sich willig fortföhren. Daheim trank er das Bier aus, und das Weib brachte ihm Holunderblütentee. Er ließ sich ausziehen und ins Bett legen.

Die Rubastin ging nicht eher von ihm weg, bevor er nicht eingeschlafen war. Und dies war schon spät nach Mitternacht.

In der Früh, kaum daß er sich die Augen rieb, schaute Rubafel guerst auf den Tisch beim Fenster, wo die unteren Kleider für den kleinsten Benzj lagen. Er blickte trübe drein, und es wurde ihm bang zu Rute.

Die Rubastin hatte das Frühstück schon fast fertig. Indem sie sich nach ihm umdrehte, sprach sie freundlich:

„Schlaf doch, Vater, schlaf, du hast nichts zu versäumen. Sobald ich gefrühstückt habe, werd' ich zu den Zionas hinüberlaufen, um es für dich auszurichten. Mach dir keine Strupel, alles wird gut ablaufen. Bis ich komme, wirst du schon frühstückt und dich rasieren. Wir haben Pfingsten, du mußt zum Hochamte und wirst schon die Trommel schlagen! Zum Mittag mach ich dir Kolbisch mit Zwiebeln, und ich will schauen, daß ich irgendwo auch eine Gurke zum Salat aufstreich'!“

(Schluß folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
Theater an Bismarckplatz
4 Uhr
Berf. Bilderbogen I. 3 Akt.
Morgen 5 Uhr
Darüber läßt sich reden

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 Uhr

Boris Godunoff

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr

Der fliegende Holländer
Abonn-Turnus IV

Theater a. Kolib. Tor

Elite-Sänger
Kab. 8 Uhr
Wolfsplatz
Ber. Crit. mal
Mad. G. d. g.

Elite-Sänger
Neben-Programm

Lesing-Th.
Paul Henckel
zum 514. Male:
Schneider Wibbel
Berf. Gedicht
Sommerpr. 1-8 M.
Voll d. Schöbn., Gewerkschaft, Friedmann
Kaufl. sehr Plaz 4 1/2, auch an Anstreng.

Kleines Th.
Leckerbissen
Vor. dieses zählt
50% d. Kassener

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 1/2 Uhr

Max Adalbert
in
Das Skel

Die Komödie
Bismarck 2414, 7511
8 1/2 Uhr

Weck-end
Berliner Theater
1/2 Uhr: Donner-
wetter, ganz famos

Theater d. Westens
8 Uhr:
D. große Unbekannte
Operette v. Suppe
Kleine Sommerpr.
Sonnt. nachm. 4.
Gräfin Mariza
Preise 0.50-3.50

Resistenz-Theat.
8 1/4 Uhr:
Fr. Julie u. d. Sittiker
Marie Knorke, Stasenoph

Barnaby-Röhren
Sommerpreise
Theater
Königsplatz, Str.
T. Hasenheide, 2111
8 1/2 Uhr:
Gefallene Engel

Homödienthaus
Fels Norden 6364
8 Uhr
Der Garten Eden

Rose-Theater
(Gartenbühne)
8 1/2 Uhr: Koarert
und bunter Tell.
U-Fa von ein Fench blaus

Deutsches
Kunstl-Theater
Täg. 8 1/2 Uhr
Der ironische
Weinberg

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926

Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung
23. APRIL BIS OKTOBER 1926

Internationale Kunst-Ausstellung
12. JUNI BIS OKTOBER 1926

Th. am Kurfürstendamm
8 1/2 Uhr:
Kavalier Jack
Operette in 3 Akten
Musik von
Carita von Horst
Sommerpr. 2-6 M.
Central-Theater
8 Uhr:
Eva Bonheur
Ilka Grünlag

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabenstellen

Stocklaternen
mit Licht u. Stock Drzd. 75 u. 90 Pf. Packeln
Dutzend 75 Pf. Lampions von 5 Pf. an
jeder Art. Sorti-
mente von 1 M. an;
Bengalfeuer, 20, 30, 50 Pf. Wachskekeln,
Papierbalons, Mützen, Dutzend von
20 Pfennig an. Alle Vereins-Sommer-
artikel sehr billig.
Markgrafestr. 84 (an der Lindenstr.)
Seit 36 Jahren

NELSON FAHRRÄDER

FÜR DAMEN U. HERREN
DIREKT AB FABRIK
Unverwundlich - Rastig

53-78-105-MK
1-5 JAHRE GARANTIE

3-M
WOCHENRATEN AB
KATALOG GRATIS

NELSON FAHRRADBAU G.M.B.H.
Fabrik-Versandh. Berlin - Schöneberg, Akazienstraße 28.
FABRIKVERKAUFSNIEDERLAGEN:
BERLIN-CENTRUM: GROSSE FRANKFURTER STR. 66
BERLIN-NORDEN: CHAUSSEESTRASSE 84
BERLIN-SCHÖNEBERG: HAUPTSTRASSE 96
BERLIN-NEUKÖLLN: BERLINER STRASSE No. 33-39

Komische Oper
8 1/2 Uhr: James Klein 8 1/2
Berlin ohne Hemd!
Die gewaltigste Revue
300 Mitwirkende
Sommerpreise

Schiller-Theater
Operettenspielzeit
Kaute 7 1/2 Uhr:
Die leichte Isabell
Operette von Hans N. Zerlett
Musik von Robert Gilbert
mit
Grete Mehlheim - Erika Nyman - Paul
Heldmann - Hugo Fischer-Körbe -
Adolphe Engers - Erich Kaiser-Titz -
Leopold von Ladebur - Hester Harvey.
Verkauft ist erlöst!

SCALA
Juli geschlossen!
Beginn der neuen Spielzeit:
1. August

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr
Sittener Sänger
Neu!
Ein Hausball bei Meyer's
Berliner Lustspiele von Meyer.
Dönhof-Brett! (G. u. Bert.)
Varieté! - Konzert! - Tanz!

**Sei kein Tor
wusch mit Perflor**

So mild u. schonend wie reinste Seifen-
flöcken, im Gegensatz zu diesen aber voll-
kommen selbsttätig und schneeweiß.
So bequem u. fleckenlos wie selbst-
tätige pulverige Waschmittel, aber ohne deren
Schärfe und Wäsche fressenden Gehalt an
Wasserglas
So wäscht nur

**Perflor, das
einzig milde
selbsttätige Waschmittel**



VICTORIA zu BERLIN
ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT
Bilanz für das Geschäftsjahr 1925.

Aktiva	R.M.	Passiva	R.M.
Grundbesitz	14.292.928	Grundkapital	3.000.000
Hypotheken	14.068.450	Gesetzl. Reservefonds	1.200.000
Wertpapiere	10.822.773	Prämienreserven und	
Darlehen an Versicherte	5.473.047	Lieberträge	53.177.888
Forderungen u. Guthaben		Schadenreserven	1.581.343
bei Banken usw.	21.499.097	Gewinnreserven	3.542.271
an rückständ. Prämien	7.126.740	Sonstige Reserven	16.270.535
an Teilpräm. fällig 1926	10.399.977	Guthaben v. Banken usw.	4.474.058
an Zinsen und Mieten	1.748.540	Aufwertungsreserve	126.138.800
Bare Kasse	32.138	Sonstiges	6.380.171
Aufwertungs fonds	126.138.800	Ueberschub	4.893.964
Sonstiges	8.956.943		
	220.659.050		220.659.050

Aus dem Ueberschub wurden den mit Gewinnanteil Versicherten RM. 4.485.353 zugewiesen; es beträgt die Dividende in der Abteilung der größeren Lebensversicherung wieder 3% von der Summe der seit Versicherungsbeginn gezahlten gewinnberechtigten Prämien und in der Lebensversicherung ohne Untersuchung (O. U.) 25% der Jahresprämie.

Mieten Sie von uns

**in 6 Monaten
Jhr Eigentum**
Nun verlange
Jander Prospekt!

PRADDATZ & Co
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 122-123

Tiedmann's Sonder-Angebot
in Obst-, Süd-, Weiß- und Rotweinen
Wegen Sauberkeit Weine nur in Literflaschen

Apfelwein, mild	p. Liter 0.60	Douro-Portwein	kräftig p. Liter 2.50
Apfel-Heidelbeerwein	Zucker gesüßt 0.75	Montagne, span. Rotwein	Fl. 1.00
Johannisbeerwein	Zucker gesüßt 0.95	Christolly	" " 1.25
Stachelbeerwein	" " 1.50	Emillon, Bordeaux	" " 1.50
Erdbeerwein	p. Liter 1.45	Beaunolais, rot. Burgunder	" " 2.20
Tarragona, feurig	" " 1.40	1924 Moselischer Königsb.	" " 0.80
Malaga, edel. süß	" " 1.60	1922 Hiessteler	" " 1.00
Griech. Süßweine	als Ersatz für Ungare, p. Lit. 1.90	1921 Neerer Weinberg	" " 1.15
Samos, edel, weiß	p. Liter 1.85	Liebfraumilch	" " Fl. 1.45
Santa Luzino	edel. Krankenw., kräftig, süß. 1.85	Erdener Herrenberg, Weißw.	1.65

Preise einschließlich städt. Steuer ohne Glas

Spirituosen in feinsten Qualität bedeutend herabgesetzt!

Feinst. Berliner Tadel-Kümmel	per Liter 3.95	Feinst. Weinbrand Verschn. 3 Sterne	38% in Flasche 3.35
Feinst. Richtenberg, Edelbranntwein	in Flasche 2.70	Afrikaner Likör	Orig.-Fl. 2.85
Feinst. Weinbrand Verschnitt 38%	in Flasche 2.75	Halb u. Halb, Stoudortler	in Fl. 3.80
		Sherry Brandy	in Fl. 3.95
		Altasch, Kümmel	" " "

Preise einschließlich städt. Steuer und Glas! Bei Bestellungen von Mark 10.- an Lieferung frei Haus Berlin durch die Zentrale

Bernhard Tiedmann, Likör-Fabrik
Centrale Berlin O 17 Fruchtstr. 5-6 Tel. Alexander 4086

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Graveure u. Zifeleure!
Sonabend, den 3. Juli, mittags
12 1/2 Uhr, im Zimmer 28 des Ver-
bandsaufes, Cinenste. 83-85:
Erwerbslosenverjammlung
Tagesordnung: Vortrag über:
"Historischer Metallismus".
Es ist Pflicht eines jeden organisierten
Mitglieds, an dieser Verjammlung teil-
zunehmen.
Die Ordeerungung.

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulhumoreske
mit Illustrationen
von Willi Steiner
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen
Vorwärts-Ausgabenstellen

Verkäufe
Selteneren, Schlachthaus, Schuh-
börren, Einzelebber, Hüfen, Federn,
Goldsch., Dresdenerstraße 55, Montaglich
12 1/2 Uhr.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Konfektionsstücke
von Brillen, Ketten, Knöpfen,
Fahelst. billige Preise. Empfehlung
Zellulosem., Polierst., Gams-, Gams-
m., Gamsausläse, Hosen, Sport-
Gehpelte, Gelegenheitsmäntel in neuer
Garderobe. Beförderer des Wohlens,
Katharinenstraße 56, 1. Treppen, Hofen-
häuser Tisch.

Möbel
Schlaffelkellerges., Bettkellerges.,
Chaisonges., B., Wandbelegung
5.-, Potentmatrasen 10.-, Rollmatten-
10.-, Hochschubler 3.-, Doppel-
ofen 12: Pantow, Schmitzstraße 1.
Metallbetten mit Auflegen 25.-,
Pantow 12: Pantow, Schmitzstr. 1.
Potentmatrasen „Veiniffina“, Metall-
betten, Auflegematrasen, Chaisonges.,
Balter, Gorgardergasse 82/83,
Spezialverfäht.

UFA
Gläserne Preise

SOMMERPREISE
IN ALLEN THEATERN

zu niedrigen Preisen liefert
Möbel Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Klubgarnituren, Einzelmöbel, Küchen,
Kleiderschränke, Bettstellen
Der heutigen Geldknappheit Rechnung tragend, erhalten Sie alles
bei mir zu den
günstigsten Zahlungsbedingungen
Die An- und Abzahlung wird ganz Ihrem Einkommen ent-
sprechend bemessen.
BEISER N, Lothringer Straße 67
O, Frankfurt. Allee 336

Stuhlfabrikation, Bettkellerges.,
Chaisonges., B., Wandbelegung
5.-, Potentmatrasen 10.-, Rollmatten-
10.-, Hochschubler 3.-, Doppel-
ofen 12: Pantow, Schmitzstraße 1.
Metallbetten mit Auflegen 25.-,
Pantow 12: Pantow, Schmitzstr. 1.
Potentmatrasen „Veiniffina“, Metall-
betten, Auflegematrasen, Chaisonges.,
Balter, Gorgardergasse 82/83,
Spezialverfäht.

Musikinstrumente
Billig preiswert. Klaviermacher
Carl Strassenstraße 25.

Fahrräder
3 Merk Wochenrate genügt zum Fahr-
radkauf. Bestimmen Sie meine Räder
auswahl. Handbroschüre hier.

Kaufgesuche
Fahrräder sucht Cinenste. 10.

Vermietungen
Wäme für Rehabilitationszwecke. Kauf-
gegenb. Konzeptionsmöglichkeit, werden
sofort zu mieten gesucht. Offerten unter
T. 20, 12 613 an Rudolf Meise, Berlin
S 48 19.

Unterricht
Billige Sommerwohnung bietet Genosse
Genselher Familie, Grünau, Erkrag;g;
Reihen, Köpcke 10.

Arbeitsmarkt
Sangehlfis, nicht unter 17 Jahren,
für Feiner Deutsch mit 2 Kindern
sucht Stofefe, Reimendorfer-Str., Zulen-
weg 10, Nähe Rathaus, Fortbildung er-
wünscht Countag 10-12.

Stellenangebote
Sangehlfis, nicht unter 17 Jahren,
für Feiner Deutsch mit 2 Kindern
sucht Stofefe, Reimendorfer-Str., Zulen-
weg 10, Nähe Rathaus, Fortbildung er-
wünscht Countag 10-12.